



Plenarprotokoll

87. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 3. Juni 1999

Gemeinsame Beratung

a) Entwicklung und Perspektiven der Hochschulen in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1915

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/2122

b) Langzeitstudierende an schleswig-holsteinischen Hochschulen

Landtagsbeschluß vom 11. Juni 1997
Drucksache 14/748

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2161

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	6527, 6550
Jost de Jager [CDU]	6531
Jürgen Weber [SPD]	6534
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6537, 6550
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	6540
Anke Spoorendonk [SSW].....	6544
Thorsten Geißler [CDU].....	6546
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD].....	6547
Helmut Plüschau [SPD].....	6548
Ingrid Franzen [SPD]	6549

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung

Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 1998/1999

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2146

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	6552
Jost de Jager [CDU]	6553, 6560
Sabine Schröder [SPD].....	6555
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6556, 6561
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	6557
Anke Spoorendonk [SSW].....	6559

Beschluß: Für erledigt erklärt 6562

Bericht zum Stand der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2185

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2204

Beschluß: Überweisung an den Agrarausschuß 6562

Verbeamtungskonzept für deutsche Lehrerinnen und Lehrer in Nordschleswig

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2170 (neu)

Ursula Röper [CDU]	6562
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD].....	6563
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6564
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	6564
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	6565
Beschluß: Annahme	6565

Bericht über den aktuellen Stand zum Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Informationen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2115

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister	6566
Anke Spoorendonk [SSW].....	6566, 6572
Klaus-Peter Puls [SPD]	6568
Thorsten Geißler [CDU].....	6569
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6570
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	6571

Beschluß: Überweisung des Berichts an den Innen- und Rechtsausschuß 6573

Dioxinverunreinigte Nahrungs- und Futtermittel aus Belgien

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2202

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus.....	6573
Peter Jensen-Nissen [CDU].....	6574
Friedrich-Carl Wodarz [SPD]	6575
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6576
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	6578
Anke Spoorendonk [SSW].....	6579
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten.....	6580

Beschluß: Überweisung des Berichts an den Agrarausschuß..... 6580

Keine Stufenlehrausbildung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2180

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2207

Jost de Jager [CDU]	6580, 6589
Sabine Schröder [SPD].....	6582
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6582
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	6584
Anke Spoorendonk [SSW].....	6585
Jürgen Weber [SPD]	6586
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6587

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur..... 6588

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/2207 6590

Pauschalierung der Sozialhilfe

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2173

Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß 6590

Abschlußbericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnik“

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2175

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2212

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	6590, 6597
Jürgen Weber [SPD]	6591, 6601
Gero Storjohann [CDU]	6593, 6599
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6593, 6597
Anke Spoorendonk [SSW].....	6595
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos].....	6595
Ursula Kähler [SPD]	6598
Dr. Jürgen Hinz [SPD].....	6599
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	6600
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6601
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten.....	6602

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/2212 6602

Norddeutsches Hafenkonzert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1189

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/2163

Klaus-Dieter Müller [SPD],
Berichterstatte 6603

Beschluß: Für erledigt erklärt 6603

Emissionsabhängige Hafengebühren

Antrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2116

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirt-
schaftsausschusses
Drucksache 14/2164

Klaus-Dieter Müller [SPD],
Berichterstatter 6603

Beschluß: Annahme 6603

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Ar-
tikel 91 a GG**

**hier: Anmeldung zum 27. Rahmenplan
„Verbesserung der Agrarstruktur und
des Küstenschutzes“**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2165

Beschluß: Überweisung an den Agraraus-
schuß und den Finanzausschuß zur
abschließenden Beratung..... 6603

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Eu-
ropaangelegenheiten
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie
Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Land-
wirtschaft, Ernährung und Tourismus
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und
Soziales
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur
und Forsten

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind die Herren Abge-
ordneten Peter Gerckens und Claus Hopp erkrankt. Wir
wünschen beiden gute Besserung.

Nach Mitteilung der Fraktion ist Herr Abgeordneter
Poppendiecker beurlaubt, und nach seiner persönlichen
Mitteilung ist er jetzt hier.

Einige haben es schon gemerkt: Ein sehr herzlicher
Glückwunsch geht an Herrn Abgeordneten Dr. Klug. Er
hat heute Geburtstag.

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 37 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Entwicklung und Perspektiven der Hochschulen
in Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1915

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/2122

**b) Langzeitstudierende an schleswig-holsteinischen
Hochschulen**

Landtagsbeschluß vom 11. Juni 1997
Drucksache 14/748

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2161

Das Wort hat zunächst Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissen-
schaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die Große
Anfrage der CDU-Fraktion ist für mich ein guter An-
laß, eine Zwischenbilanz sozialdemokratischer **Hoch-
schulpolitik** zu ziehen. Und da sage ich ganz selbstbe-
wußt: Diese **Bilanz** kann sich sehen lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Jost de
Jager [CDU])

- Sie kommen ja noch zu Wort, Herr de Jager!

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner
[CDU])

Ich wäre zwar sehr dafür, weniger über Zahlenkolonnen
zu reden, die Sie hier reichlich abgefragt haben.

(Zurufe von der CDU)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Nein, nein, keine Sorge, ich komme zu den Zahlen. - Wir sollten vielmehr gemeinsam für den Hochschulstandort Schleswig-Holstein streiten und werben. Aber dennoch muß und möchte ich natürlich einige Entwicklungsdaten nennen, die belegen, daß unsere Investitionen in Wissenschaft und Forschung nicht nur hoch, sondern auch erfolgreich waren.

Dazu ein paar Zahlen: Die Zahl der flächenbezogenen Studienplätze ist in den letzten zehn Jahren - der Zeitraum, den Sie abgefragt haben - von zirka 20.100 auf nunmehr 26.800 gestiegen. Das ist eine Zunahme von rund einem Drittel. Die Relation der **Studierenden** zu den **Studienplätzen** hat sich von 1987 bis 1998 von 1,45 - das ist ein wichtiger Indikator - auf 1,32 verbessert. Die Bedingungen an unseren Hochschulen sind damit besser als im Bundesdurchschnitt, der bei 1,73 liegt.

(Zuruf von der SPD: Deutlich besser!)

Die Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal an den staatlichen Hochschulen stieg von rund 2.600 im Jahr 1989 auf 3.300 im Jahr 1998. Die Zahl der Stellen für nichtwissenschaftliches Personal lag 1989 bei 6.100, 1998 waren es 7.300 Stellen.

Im Bereich der Förderung des **wissenschaftlichen Nachwuchses** ist die Zahl der Promotionen zwischen 1987 und 1997 von 437 auf 689 gestiegen, eine Zunahme um mehr als die Hälfte. Bei den **Habilitationen** haben wir nahezu eine Verdoppelung von 34 auf 66 zu verzeichnen.

Unsere Hochschulen und ihre Studierenden müssen den Vergleich mit anderen Ländern wahrlich nicht scheuen. Sie sind für den **nationalen Wettbewerb** gut gerüstet. Das belegt etwa ein Beispiel, viele andere kann ich nicht nennen: Die vor kurzem veröffentlichte Studie der TU in Hamburg-Harburg, die Kenntnisse in elementarer Mathematik im Studienjahr 1998/99 geprüft hat, hat gezeigt, daß die Studierenden aus Schleswig-Holstein vor denen der anderen Bundesländern rangierten. Das ist im übrigen auch ein guter Indikator für die Qualität unserer Schulen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz angespannter Haushaltslage haben wir in den vergangenen Jahren ganz besonders in Bildung, Wissenschaft und Forschung investiert, und das werden auch Sie nicht hinwegreden können. Die jährlichen **Ist-Ausgaben** für den Wissenschafts- und Forschungsbereich sind von 632 Millionen DM im Jahr 1987 - das ist ja das letzte Jahr Ihrer Regierungszeit, auf das Sie sich im Bericht beziehen wollten - auf rund 1,19 Milliarden DM im Jahr 1998 gestiegen. Das ist eine Steigerung um 61 %.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit der Regierungsübernahme ist der Anteil der Ist-Ausgaben für Wissenschaft und Forschung am Gesamt-

haushalt gestiegen. Das ist auch ein wichtiger Wert. Unsere Hochschullandschaft - darin drückt sich das Ergebnis dieser Investitionen aus - ist heute vielfältiger als 1988; das Angebot ist größer und auch regional ausgewogen.

Wir haben den **Hochschulstandort Schleswig-Holstein** erheblich ausgebaut. Ich nenne nur den Aufbau des Studienganges Informatik an der Medizinischen Universität zu Lübeck, den Bau des neuen Campus - hier vis-à-vis - in Kiel-Diedrichsdorf, die Technische Fakultät in Gaarden oder den Neubau von GEOMAR an der Schwentine-Mündung, den Bau zentraler Einrichtungen für die beiden Flensburger Hochschulen auf dem Campus Sandberg. Mit der Fachhochschule Westküste ist ein für die ganze Westküste komplett neuer Hochschulstandort entstanden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt - das muß bewußt betont werden, weil dies gelegentlich auch von Herrn Rühle in Frage gestellt worden ist -, daß **Hochschulpolitik** immer auch **Strukturpolitik** ist, übrigens nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit. Ich bin sehr dafür, daß wir das gemeinsam nicht in Frage stellen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das haben wir nicht in Frage gestellt!)

Damit sind auch strukturpolitische Weichen gestellt worden.

(Beifall bei der SPD)

Vor gut einem Jahr haben wir einige wichtige und wirklich nicht leichte politische Entscheidungen zugunsten der **Bildungswissenschaftlichen Hochschule in Flensburg** getroffen. Aus regionalpolitischen, strukturpolitischen und hochschulpolitischen Gründen haben wir beschlossen, die Studiengänge für die Lehrämter von Grund- und Hauptschullehrkräften insbesondere in Flensburg zu konzentrieren.

Die Reduzierung der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der CAU ist in Kiel und andernorts auf harte Kritik gestoßen. Sie war unabwendbar, wenn man dieser Hochschule eine hinreichende Basis für eine Zukunftsentwicklung geben will.

Obwohl die Studienplätze teurer als die in Kiel sind und obwohl aus qualitativen Gründen wirklich nichts für die Schließung der EWF in Kiel sprach - im Ge-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

genteil -, haben wir uns für die Bildungswissenschaftliche Hochschule in Flensburg entschieden. Das ist eine große Chance für die Region und für den Hochschulstandort Flensburg. Es ist eine Chance, aber ich sage, es ist kein Freibrief.

(Beifall bei der SPD)

Diese Hochschule hat meines Erachtens nur dann eine große und gute Zukunft, wenn sie erstens die neuen Schwerpunkte fortentwickelt und sich einen Namen macht und wenn sie zweitens ihre traditionelle gesellschaftlich wichtige Aufgabe, nämlich die Ausbildung von künftigen Lehrkräften - dies sage ich insbesondere auch vor dem Hintergrund der gestrigen Debatte -, mit Erfolg erfüllt. Sie hat in diesem Bereich einen hervorragenden Ruf, insbesondere was die seit langem gepflegte Praxisorientierung angeht.

Aber es entscheiden eben auch Zahlen über den Erfolg. Um es plakativ zu sagen: An allen Gymnasien Schleswig-Holsteins muß die Leistungsfähigkeit der BWH bekannt und anerkannt sein. Denn ihre Zukunft hängt auch davon ab, ob Elmshorner Abiturienten, die sich früher nach Kiel orientiert haben, in Zukunft nach Flensburg gehen und nicht nach Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Der **Hochschulstandort Flensburg** braucht Stabilität und Verlässlichkeit. Die Landesregierung hat dafür wirklich Vorleistungen erbracht. Jetzt ist auch die Leistung in der Region gefragt, und zwar Fortentwicklung und kreative Neuentwicklung, aber auch Bewahrung und Ausbau des Bewährten, nach dem alten Motto: Wenn du etwas entwickeln willst, dann setze in erster Linie auf deine Stärken. Das sind die Bausteine der Zukunft in bezug auf die Bildungswissenschaftliche Universität.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer die Tradition der Pädagogischen Hochschule vernachlässigt oder vergißt, der wird auf dem Weg zu einer lebensfähigen Universität scheitern.

Für alle Hochschulen und für viele Schulen des Landes, die sich der Konkurrenz stellen müssen, gilt im übrigen: Es reicht nicht, einfach abzuwarten und zu schauen, welcher neue Kunde, welche Schülerinnen oder Schüler oder Studierenden kommen. **Hochschulen**, die die **Studienqualifikation** ihrer Studienanfänger kritisch unter die Lupe nehmen, sind ganz besonders dann gefragt, wenn sie selbst diejenigen ausbilden und in das Berufsleben entlassen, deren Schüler und Schülerinnen künftig wiederum Studienanfänger sein werden.

Unsere Hochschulen leisten eine gute, zum Teil hervorragende Arbeit. **Studiengänge** wurden reformiert, neue, zukunftsgerichtete Studiengänge wurden eingerichtet, und es wurde insbesondere der Technologietransfer an den Fachhochschulen - aber nicht nur dort - ausgebaut. Aber auf dem Geleisteten dürfen sich die Hochschulen nicht ausruhen. Wer in der Weltliga mitspielen will,

muß kreativ, kommunikativ, kooperativ, flexibel, innovativ und international sein. In unserer Wissensgesellschaft werden Bildung, Information und Kommunikation noch stärker als bisher zu den entscheidenden Faktoren und Triebkräften des gesellschaftlichen Wandels und der wirtschaftlichen Entwicklung gehören. Das bedeutet: Auch in Zukunft kommen auf die Hochschulen nicht weniger, sondern mehr Aufgaben zu.

Mit den Aufgaben wachsen auch die Ansprüche an das **Bildungssystem Hochschule**. Es wird viel von ihnen erwartet und verlangt, und zwar seitens der Öffentlichkeit, der Wirtschaft, der Medien und auch seitens der Politik. Hochschulen sollen Orte der wissenschaftlichen **Spitzenforschung**, aber auch Einrichtungen der akademischen **Breitenförderung** darstellen. Sie sollen effiziente Dienstleistungsbetriebe sein, aber auch so etwas wie verlängerte Werkbänke der Wirtschaft. Sie sollen dynamische Schrittmacher und zugleich kritische Begleiter des technologischen Fortschritts und des strukturellen Wandels sein.

Diese Herausforderungen können nur mit großer Kraftanstrengung aller bewältigt werden. Ich rede hier nicht einer ausschließlich ökonomischen Verwertbarkeit das Wort. Aber wir brauchen eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen **Wirtschaft** und **Hochschulen**. Es ist nicht alles und jedes auf Schleswig-Holstein übertragbar. Aber ich bin überzeugt, daß wir zum Beispiel im Bereich des Wissens- und Technologietransfers von unseren skandinavischen, von unseren schwedischen und dänischen Nachbarn etwas lernen können.

In Schleswig-Holstein gibt es schon gute Ansätze, auf die wir aufbauen können. Know-how-Transfer über nationale Grenzen hinweg wird es sicherlich anlässlich des Projekts „Virtuelle Fachhochschule in Lübeck“ - um nur ein Beispiel zu nennen - geben. Dies ist ein bundesweites Projekt, das aber auch zu den Leitprojekten der Ostseekooperation gehört.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir diskutieren über zwei Berichte. Deswegen lassen Sie mich etwas zur **Situation der Studierenden** sagen. Mit Sorge müssen uns

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

die Zahlen erfüllen, die der vorliegende Bericht hergibt, und zwar bezüglich der langen Studienzeiten. Diese Entwicklung ist im übrigen wie vieles andere auch, was zum Hochschulbereich zu sagen ist, nicht auf Schleswig-Holstein beschränkt. In den letzten zehn Jahren sind die Absolventinnen und Absolventen unserer Hochschulen tendenziell älter geworden. Sie sind zum Zeitpunkt der Immatrikulierung im Durchschnitt bereits 21,5 Jahre alt, an den Fachhochschulen naturbedingt sogar 23,5 Jahre. Viele Fachhochschulstudierende haben ja vorher eine Berufsausbildung absolviert. Das Berufseintrittsalter nach dem Examen ist - im internationalen Vergleich gesehen - mit 28 beziehungsweise 29 Jahren - zum Teil sogar weit darüber hinaus - zu hoch. Hier müssen wir ansetzen, wenn unsere Studierenden in Zukunft auf dem internationalen Arbeitsmarkt eine Chance haben sollen.

Um so mehr ist unser Hochschulsystem gefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, die durchschnittliche **Studiendauer** deutlich abzusenken. Bislang wurde es nur bei relativ wenig Studiengängen in Schleswig-Holstein geschafft, den Großteil der Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit oder mit nur knapper Überschreitung der Regelstudienzeit zum Examen zu bringen. Ich nenne hier beispielhaft die Humanmedizin in Kiel und Lübeck, den Studiengang Wirtschaft der Fachhochschule Kiel und den Studiengang Agrarwirtschaft im Fachbereich Landbau derselben Hochschule. Eine diesbezüglich anhaltend sinkende Tendenz zeigen übrigens auch die Studiengänge BWL und Rechtswissenschaften an der CAU. In der Rechtswissenschaft macht sich vor allem die Einführung der Freischußregelung sehr positiv bemerkbar.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Die Gründe für längere Studienzeiten liegen überwiegend nicht bei den Studierenden selbst. Es gibt keine faulen Studenten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viele von ihnen bestreiten ihren Lebensunterhalt durch Aushilfsjobs. Naturgemäß leidet darunter die Studienintensität. Das mag auch mit den allgemein gesteigerten materiellen Ansprüchen der Studierenden zu tun haben. Aber die ausschlaggebende Ursache - das muß hier einfach betont werden - liegt in der jahrelang verfehlten **BAföG-Politik** der Kohl-Regierung,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die übrigens auch der CDU-Kandidat Rühle mitzuverantworten hat.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ja, das finden Sie komisch. Aber ich weise mit Nachdruck darauf hin, und das müssen Sie sich gefallen lassen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Komisch, daß Sie sich darüber gleich so aufregen.

Wie sonst ist es zu erklären, daß fast die Hälfte aller **Studierenden** neben dem Studium einer **Erwerbstätigkeit** nachgehen muß, um ihren **Lebensunterhalt** bestreiten zu können, wie die 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, die ich Ihnen sehr zur Lektüre empfehle, ausweist?

(Holger Astrup [SPD]: Die ist für die zu dick zum Lesen!)

Versäumnisse sind hier zu korrigieren. Ich bin froh, daß endlich eine Reform in Angriff genommen wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch durch neue Studienabschlüsse werden die Studienzeiten gesenkt. Mit der Einführung des **Bachelors** als erstem berufsqualifizierendem Studienabschluß werden und müssen wir bundesweit neue Wege beschreiten, um jüngere Absolventinnen und Absolventen in das Berufsleben zu entlassen - nicht jeder Studierende will und muß Wissenschaftler werden; viele wollen möglichst früh in den Beruf eintreten -, ohne daß dadurch die Qualität unserer Hochschulausbildung leidet.

Personal, staatlicher Zuschuß und Ausstattung werden auch in Zukunft trotz aller Konzepte und Reformen wichtige Kriterien sein. Aber ebenso wichtig ist auch die **Ressource Zeit** - Zeit, die für übermäßige Bürokratie verschwendet wird, statt sie für Lehre und Forschung vorzugeben, Zeit, die eher für die Studierenden verwendet werden sollte, Zeit, die durch zu lange Studienzeiten Studierende hindert, Gelerntes schnell anzuwenden und aus ersten Erfolgen Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein zu gewinnen. Hier müssen und hier werden wir in Zukunft ansetzen.

Meine Damen und Herren, in der letzten Woche hat in Weimar die **Hochschulrektorenkonferenz** getagt. Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz sieht die Hochschulen in Deutschland vor den größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Ihre Leistungsbilanz, sagt er, könne sich insgesamt sehen lassen. Aber zu Reformen gebe es beim Hochschuldienstrecht, bei der Weiterbildung, beim Einsatz neuer

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Medien, bei der Hochschulfinanzierung und bei der Evaluation der Lehre keine Alternative.

Die Adressaten dieses Appells sind unterschiedlich: Es ist der **Bund** mit dem zukünftig zu gestaltenden neuen Rahmen für das Dienstrecht. Die Kultusministerkonferenz hat in der letzten Woche beschlossen, den Bund dabei zu unterstützen, und hat dazu eine gemeinsame Position formuliert. Adressaten sind die **Länder** in ihrer Verantwortung für die Hochschulgesetze und im Rahmen der Finanzierung gemeinsam mit dem Bund. Adressaten - das sage ich mit aller Deutlichkeit - sind aber auch die **Hochschulen** selbst. Sie müssen sich von innen reformieren, statt - gelegentlich rückwärts gewandt - die guten alten Zeiten zu beschwören.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hochschulen streiten für eine bessere Finanzierung und Ausstattung. Aber sie sollten immer auch in eigener Sache werben, und zwar für die Zukunftsaufgaben, die sie zu erfüllen haben, und auch für ihren kulturellen Auftrag. Dabei wollen und sollten wir sie alle mit Nachdruck unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucherinnen und Besucher der Realschule Sandesneben und der Polizeischule Eutin. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, ich muß feststellen, daß offenbar in Ihren Gedanken Herr Rühle allgegenwärtig ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Denn Sie scheinen den Erfolg Ihrer Hochschulpolitik offenbar mittlerweile daran zu messen, wie Herr Rühle sie kommentiert.

(Zurufe von der SPD)

Zunächst einmal möchte ich nun den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die zügige und nicht zuletzt durch den tabellarischen Anhang sehr umfassende Arbeit an der Antwort auf unsere **Große Anfrage** danken.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Dank gilt natürlich vor allem auch den Hochschulen im Lande und deren Mitarbeitern, die ja die Hauptlast der Arbeit zu tragen hatten. Wir wissen, daß

wir den Hochschulen einiges an Arbeit zugemutet haben. Aber entgegen den Unkenrufen aus dem Ministerium - etwa, wenn sich die Pressesprecherin darüber beklagt, wie schrecklich teuer die Anfrage doch gewesen sei - hat die **Bestandsaufnahme** bei den Hochschulen und bei den Beteiligten der Hochschulen eine durchaus positive Resonanz gefunden und damit ihren Zweck erfüllt.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Einige Rektoren haben mir dies persönlich bestätigt. Ich führe eine sicherlich unverdächtige Quelle an, wenn ich die Hauspost der Hochschulgruppe „Graue Panther“ und „Pälikan“ der Christian-Albrechts-Universität zitiere. Es heißt da:

„In jedem Falle aber ist nun dafür gesorgt, daß die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf dem aktuellen Stand sind, wenn sie über die Änderungen des Hochschulgesetzes beraten.“

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Haargenau darum geht es, nämlich, in welchem Zustand diese Landesregierung die **Hochschulen** im Zuge der HSG-Novelle in die **Autonomie** entläßt. Und es geht auch darum, klar zu machen, wer ab welchem Zeitpunkt unter welchen Bedingungen in der weiteren **Entwicklung** der Hochschulen wofür verantwortlich ist. Es klingt ja wunderschön, wenn man sagt, wir entlassen die Hochschulen jetzt endlich in die finanzielle Eigenverantwortung, nur muß man dafür doch zuerst wissen, wie es um die finanzielle Situation der Hochschulen in Schleswig-Holstein bestellt ist, bevor man die Hochschulen für die weiteren Ergebnisse auch wirklich verantwortlich machen kann. Mit anderen Worten: Entlassen wir die Hochschulen auf einer guten und gesicherten Grundlage in die Eigenverantwortung, oder wollen Sie sich als Landesregierung nur Ihrer eigenen Verantwortung entziehen, indem Sie die Mangelverwaltung künftig den Hochschulen selbst überlassen?

Da entnehmen wir der Antwort auf die Große Anfrage, daß die **Wissenschafts- und Forschungsmittel** des Landes rückläufig sind. So liegen im Jahre 1999 die Soll-Ausgaben für Wissenschaft und Forschung unter dem Stand von 1994.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Bei den Ist-Ausgaben lagen wir bereits im vergangenen Jahr unter dem Stand des Referenzjahres 1994. Wenn wir demgegenüber allerdings einbeziehen, daß

(Jost de Jager)

sich die **Zahl der Studierenden** wie die **Zahl der Studienplätze** an den schleswig-holsteinischen Universitäten und Hochschulen in der Zeit rasant gesteigert hat, dann erkennen wir, daß die Relation der Ausgaben deutlich negativ ist.

Dies muß man wissen, wenn man jetzt die **finanzielle Selbstverantwortung** auf die Hochschulen übertragen will. Und vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Zielvereinbarungen, wie sie jetzt geführt werden, in der Tat zu reinen Spardiktaten werden. Denn Sie haben den Hochschulen bereits in Aussicht gestellt, daß die rückläufige Tendenz der Landesfinanzierung auch in der mittelfristigen Finanzplanung beibehalten werden soll. Mit anderen Worten: Sie wollen in den Zielvereinbarungen den Hochschulen Entwicklungsziele ins Stammbuch schreiben, ohne sich um die Finanzierung dieser Ziele auch wirklich zu kümmern. Ihren hehren Worten und Beteuerungen, Frau Erdsiek-Rave, ist kein Glauben zu schenken. Im Zusammenhang mit dem Thema „Zielvereinbarungen“ findet sich auf Seite 38 der Antwort auf die Große Anfrage ein bemerkenswerter Satz. Dort heißt es, daß die Landesregierung bei den anstehenden **Zielvereinbarungen** die Einigung auf folgende Ziele anstrebt, nämlich wörtlich „die Zusicherung, daß Rücklagen nicht mit dem Zuschuß für das nächste Jahr verrechnet werden“. Noch einmal für alle: Die Beträge, so heißt es zumindest in der Antwort auf die Große Anfrage, die die Hochschulen durch **Sparmaßnahmen** erwirtschaften, sollen sie selber zur absoluten Verfügung behalten, und sie werden nicht auf die **Zuweisungen** des Landes angerechnet.

Dem ist natürlich nicht so. Das jüngste Beispiel dafür haben wir mit der Husumer Kabinettsentscheidung erhalten, nach der das Land angeblich mit 7,9 Millionen DM den Hochschulen bei der Bewältigung des Personalkostenzuwachses durch die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst unter die Arme greifen will. Angeblich! Denn zum einen ist der Betrag von 7,9 Millionen DM ohnehin viel zu kurz gegriffen - allein die Christian-Albrechts-Universität hat es mit Mehrkosten in Höhe von 6,0 Millionen DM zu tun -, zum anderen angeblich aber auch deshalb, weil laut Kabinettsentscheidung die Hochschulen die Hälfte dieser 7,9 Millionen DM durch die von ihnen gebildeten Rücklagen selbst finanzieren müssen. Also werden die Rücklagen doch angegriffen. Ihren Zusagen, Frau Erdsiek-Rave, glaubt im Hochschulbereich niemand mehr. Und da können Sie sich überhaupt nicht damit loben, daß Sie den Hochschulen im schwierigen Fahrwasser geholfen haben. Das ist nämlich wirklich so, als wenn man einem Ertrinkenden einen Rettungsring hinwirft, den er selbst aufpusten muß.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die künftige Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein ist die Frage, mit welcher **Personalausstattung** sie in die Autonomie entlassen werden. Da reden Sie sich die Hochschulwelt schön. So antworten Sie auf die Frage

nach der Entwicklung des wissenschaftlichen Personals, der Entwicklung des nichtwissenschaftlichen Personals und der Relation der Studierenden zu wissenschaftlichem Personal, daß es durchgehend eine Verbesserung gegeben hat. Das ist aber reine Papierform, denn Sie arbeiten mit einem Trick. Sie geben dabei die **Soll-Zahlen** an, sprich die Stellenzahl, die pro Hochschule vorgesehen ist, die es tatsächlich aber nicht gibt, weil die **Stellen** nicht besetzt oder nicht ausfinanziert sind.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Würden Sie bei der Antwort auf diese Fragen die **Ist-Zahlen** angeben, dann würden Sie zu ganz anderen Werten kommen, und zwar zu Werten mit einem deutlich negativen Trend. Denn wir wissen, daß die Stellenpläne der Hochschulen unterfinanziert sind. Das bedeutet im Nichthochschuldeutsch, daß die Hochschulen nicht das Geld haben, um all die Stellen zu besetzen, die für sie vorgesehen sind. Nun kann ich - im Umkehrschluß - allerdings mit nichtbesetzten Stellen nicht eine Personalrelation schönreden, die es in Wirklichkeit in den Hörsälen und in den Übungsräumen der Hochschulen überhaupt nicht gibt.

Bei der Frage nach den unbesetzten Stellen und den Vakanzan arbeiten Sie mit dem umgekehrten Trick. Dort geben Sie - damit die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht gar so groß wird - die Ist-Zahlen an. Und die sind schon bitter genug. An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat sich die Zahl der Vakanzan von 1988 auf 1997 vervielfacht, und das sind nur die Ist-Stellen, also die wissenschaftlichen Stellen, die auch tatsächlich besetzt waren und dann durch Ruhestand oder Wegbewerbungen der Stelleninhaber freigeworden sind. Wenn man zu diesen Ist-Zahlen die unbesetzten Soll-Stellen noch hinzufügt, dann ergibt sich ein in der Tat katastrophales Bild. Aufgrund der Kleinen Anfrage des Kollegen Klug, der ja heute Geburtstag hat,

(Beifall)

und der Bestätigung durch einen Sprecher der Universität in Kiel ist klargeworden, daß allein an der CAU zu Kiel 10 Millionen DM erforderlich wären, um alle wirklich freien Professorenstellen zu besetzen.

(Jost de Jager)

Daraus ergibt sich insgesamt ein sehr präzises Bild der Lage der Hochschulen in Schleswig-Holstein. Die Hochschulen sind in einem bemitleidenswerten Maße unterfinanziert, und wir haben eine sich verschlechternde Überlast in den Hochschulen insgesamt.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Und Sie wollen durch Ihre hochschulpolitischen Vorstellungen und Ihre HSG-Novelle, daß die Hochschulen dieser Zustände künftig selber und in Eigenverantwortung Herr werden, ohne daß Sie Ihren Beitrag noch weiter dazu leisten.

Und so etwas hat natürlich Auswirkungen. Denn es ist nicht so, daß die hohe **Abbrecherquote** im Studium und die weiter steigende **Studiendauer**, wie sie dem Bericht über Langzeitstudierende an schleswig-holsteinischen Hochschulen zu entnehmen sind, allein in den Verantwortungsbereich der Hochschulen fallen. Sie können sich hier nicht einfach aus der Affäre ziehen. Denn natürlich hat die Studiendauer und natürlich hat die Abbrecherquote auch etwas mit den **Rahmenbedingungen** des Studiums zu tun, mit Wartezeiten für Laborplätze, für Pflichtveranstaltungen und mit der Intensität der Betreuung von Studierenden durch Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal. Dies sind nun einmal die Probleme unterfinanzierter Massenuniversitäten.

Wenn sich die Studienabbruchquote in den alten Ländern zwischen 1974 und 1991 fast verdoppelt hat, dann ist das ein alarmierendes Zeichen. Und wenn die größte Universität des Landes mittlerweile einen Bruttoanteil von 41 % Studienabbrechern hat, dann müssen auch bei uns dringend Änderungen herbeigeführt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Denn es sind - das müssen wir zur Kenntnis nehmen - oftmals nicht die Schlechtesten, die ihr Studium abbrechen, sondern es sind meistens diejenigen, denen mühelos eine berufliche Orientierung auch während des Studiums gelingt. Gleiches gilt für den Umstand, daß sich in den meisten Studiengängen die Studienzeiten der Absolventen sogar noch verlängern.

Nun geht die Landesregierung in dem Bericht davon aus, daß dies nichts mit der **Überlast** zu tun hat. Wie die Landesregierung zu dieser Erkenntnis kommt, ist mir auch nach intensiver Lektüre dieses Berichts und der Antwort auf die Große Anfrage nicht ganz klar geworden. Insgesamt schließen an schleswig-holsteinischen Hochschulen nur 10 % der Studierenden tatsächlich in der Regelstudienzeit ab. Das ist ein viel zu geringer Anteil.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie wahr!)

Und als jemand, der selber englische Philologie im Nebenfach an der Christian-Albrechts-Universität studiert

hat, ist mir natürlich besonders das Beispiel der Anglistik in Kiel aufgefallen. Dort haben im Jahre 1994 - das ist im übrigen das Jahr, an dem ich in Kiel mein Examen gemacht habe - 0,0 % das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen.

(Zurufe und Unruhe)

Und natürlich gibt es dafür immer individuelle Gründe - wie bei mir -, aber es gibt auch strukturelle Gründe. Dazu gehört, daß immer mehr Studierende praktisch Teilzeitstudierende sind. Ich bin der festen Auffassung, daß wir im Rahmen der HSG-Novelle auch hier zu Lösungen kommen müssen.

Aber ein weiterer Punkt sollte uns Sorge bereiten. So werden übereinstimmend als ein Grund für die Verlängerung der Studiendauer fehlende fachliche **Vorkenntnisse** - vor allem in den Bereichen Mathematik und Latein - angegeben. Ich meine, daß wir daraus Rückschlüsse ziehen müssen. Zum einen müssen wir erreichen, daß diejenigen, die an den Schulen die allgemeine Hochschulreife erhalten, diese Vorkenntnisse auch tatsächlich haben oder eben das Studium erst dann aufnehmen können, wenn sie diese Vorkenntnisse tatsächlich erworben haben, damit dies nicht erst während des Studiums auf Kosten einer höheren Semesterzahl geschieht. Ich glaube, daß die Zulassungsregeln für die Hochschulen in diesem Punkte strenger werden müssen. Ich glaube aber auch - im Unterschied zur Landesregierung -, daß studienbegleitende **Leistungsnachweise** in der Tat ein geeignetes Mittel sind, Studiengänge stärker zu strukturieren und Abbruchquoten zu vermeiden.

Einer der Gründe für unsere Große Anfrage war die Weigerung der Landesregierung, den **Landeshochschulplan** fortzuschreiben. Er stammt - wie Sie wissen werden - aus dem Jahre 1991 und ist damit völlig überaltert. Dort stehen noch Vorhaben als Ziele einer Hochschulentwicklung drin, die heute schon Geschichte sind - ich nenne das Stichwort „Erziehungswissenschaftliche Fakultät an der Christian-Albrechts-Universität“, die aufgrund von Strukturentscheidungen der Landesregierung von der Uni jetzt nicht mehr weitergeführt werden kann -, oder aber Vorhaben, die bereits ihre leidvolle Geschichte haben, obwohl sie noch gar nicht so alt sind; als Beispiel sei an dieser Stelle die Technische Fakultät an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel genannt. Dies zeigt, daß Sie hinsichtlich der strukturellen **Weiterentwicklung der Hochschulen** im Lande ohne klare Konzepte und ohne Ideen sind. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen.

(Jost de Jager)

Erstes Beispiel ist die **Orthopädie**. Dazu vermeiden Sie in der Antwort auf die Große Anfrage jede konkrete Aussage; dabei handelt es sich wirklich um ein drängelndes Problem in der Hochschulpolitik. Der Kritik des Wissenschaftsrates an Parallelstrukturen der Orthopädie in Kiel und Lübeck müssen wir durch neue Konzepte begegnen, wenn wir die Orthopädie in Kiel tatsächlich halten und erhalten wollen. Ich kann mir gut vorstellen, daß man Anregungen aufnimmt, an der Christian-Albrechts-Universität ein „Orthopädie- und Sportzentrum“ einzurichten, das Synergieeffekte ermöglicht und auch der Medizin ein klares Profil gibt.

Zweites Beispiel ist die **Bildungswissenschaftliche Hochschule/Universität**. Die Hochschule selbst sieht ihre Zukunft darin, ihre Existenz unabhängig von der Nachfrage nach Lehramtsstudiengängen eben durch lehramtsunabhängige Studiengänge zu sichern. Darin bestand bisher Übereinstimmung.

Nun ist aber dem „Flensburger Tageblatt“ von gestern zu entnehmen, daß Sie, Herr Hay, anderer Auffassung sind. Sie führen dort aus: „Eine attraktive Lehrerbildung für ganz Schleswig-Holstein“ - „für ganz Schleswig-Holstein“, haben Sie gesagt! -, „ist das künftige Hauptstandbein“ für Flensburg. Wir halten das für falsch. Eine Weiterentwicklung der BU ist nur durch zusätzliche Angebote möglich. Die CDU-Fraktion hat dafür das Konzept der Europa-Hochschule vorgeschlagen. Ich warne davor, Herr Hay, falschen Entwicklungen das Wort zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere **Verlagerung von Lehramtsstudiengängen von Kiel nach Flensburg** ist mit uns nicht zu machen. Die Teilkonzentration der Grund- und Hauptschullehrerbildung hat die gewünschten Ergebnisse bereits vermissen lassen. Studenten kann man eben nicht einfach verschieben und versetzen. Insofern kann die Zukunft der Hochschule in Flensburg eben nur darin liegen, daß dort stärker lehramtsunabhängige Studiengänge angesiedelt werden und auch ein ausgeprägteres Profil erhalten. Anders wird das nicht möglich sein.

Wir werben dafür, Frau Erdsiek-Rave, daß sich natürlich auch die Abiturienten in Elmshorn darauf besinnen sollten, nach Flensburg zu gehen. Das ist zwar ein hehrer Appell, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Zukunft von Flensburg liegt in innovativen Studiengängen; diese müssen wir fördern. Herr Hay, setzen Sie nicht auf Standbeine, die schon jetzt einknicken!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über eine insgesamt etwa fünf Pfund schwere Antwort auf eine Große Anfrage der CDU - zumindest für diejenigen, die das vollständige Exemplar bekommen und gelesen haben, ein sehr schweres Papier -,

(Frauke Tengler [CDU]: Das sagt gar nichts!)

die uns durchaus eine ganze Reihe von neuen Erkenntnissen bringt. Wer sich die Mühe macht, dort genauer nachzuschauen, der weiß: Er kann darin beispielsweise die Erfolgskurve isländischer Theologiestudenten mit dem Studienziel der Promotion genauso nachverfolgen,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So weit bin ich nicht vorgedrungen!)

wie auch die Entwicklung der Zahl bestandener Prüfungen in der Fächergruppe Agrar-, Forst- und Ernährungswirtschaft der BWH Flensburg in Relation zur durchschnittlichen Verweildauer und zum Studienalter bei Studienabschluß.

Was will ich damit sagen? Es ist umfangreiches **Material**, aber bei der Masse der Daten muß man dann doch eine gewisse Zuspitzung und eine gewisse Strukturierung vornehmen. Deswegen lassen Sie mich nicht auf Tausende von Details eingehen, sondern ein paar Grundzüge formulieren, die sich aus der Bilanz ableiten lassen, und die Perspektiven für die Hochschulen in diesem Lande formulieren.

An dieser Stelle sei natürlich auch unsererseits der Dank an diejenigen gesagt, die dieses umfangreiche Material zusammengestellt und es uns vorgelegt haben, sowohl im Ministerium als auch in den Hochschulen. Es ist selbstverständlich, diesen Dank hier auszusprechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den **Bilanzen** will ich im Detail schon deswegen nicht so viel sagen, weil die Ministerin einiges davon bereits dargestellt hat. Um aber einmal deutlich zu machen, daß der enorme Ausbau der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein durchaus Strukturmerkmalen und strukturellen Planungen gefolgt ist, möchte ich doch nur kurz zwei oder drei Aspekte anmerken.

(Jürgen Weber)

Der Ausbau folgt **regionalen Gesichtspunkten**; das geschieht mit dem Ausbau der Fachhochschule Heide und anderen Maßnahmen.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist die Orientierung an **neuen qualifizierten Einrichtungen**, die zu schaffen waren, wie beispielsweise die Technische Fakultät an der CAU, aber auch die Einrichtung des Studiengangs Informatik an der MUL und andere mehr.

Ein dritter Grundgedanke, der richtig war und weiterhin richtig ist, sind die **Konzentration** und die Neugestaltung wie beispielsweise die Verlagerung der Fachhochschule Kiel insgesamt an das Ostufer oder aber auch die Schaffung des Campus auf dem Sandberg in Flensburg mit zentralen Einrichtungen für beide Hochschulen. Das sind zukunftssträchtige Investitionen, die wir loben sollten.

Meine Damen und Herren, zur Bilanz gehört natürlich auch der enorme **Innovationsschub** neuer Studiengänge. Wer sich einmal die Mühe macht, in diesen Bericht hineinzuschauen, wird nachlesen können, was es alles an neuen Studiengängen und profilbestimmten Forschungsschwerpunkten hier in Schleswig-Holstein gibt, die sich herausgebildet haben und die bei der Betrachtung der Hochschulen manchmal etwas zu kurz kommen, weil man wegen der Zahl der betroffenen Menschen natürlich sehr viel über Lehre und über Studierende redet. Man sollte aber nicht unterschätzen und kleinreden, was an Forschungsleistungen in diesem Land geschieht und was auch an Forschungsstruktur vom Forschungs- und Technologiezentrum Westküste über Graduierten-Kollegs bis hin zum Ökologiezentrum geschaffen worden ist. Auch dies ist eine positive Bilanz, die wir heute festzuhalten haben.

(Beifall bei der SPD)

Zur Steigerung der Studierendenzahlen, zur Steigerung des wissenschaftlichen Personals, zur Steigerung der Haushaltsmittel für Wissenschaft und Forschung ist einiges gesagt. Man sollte dann aber doch noch einmal eines festhalten. Wenn die CDU schon das Referenzjahr 1987 bemüht - ehrlich gesagt: wenn ich der Opposition angehörte, hätte ich ein anderes Bezugsjahr genommen;

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

aber es ist Ihnen ja unbenommen, das Referenzjahr 1987 zu wählen -, dann werden Sie feststellen, daß trotz schwieriger Finanzbedingungen und schwieriger Haushaltsbedingungen der Anteil der **Hochschulausgaben** am Gesamthaushalt höher liegt als 1987. Das muß man doch einfach auch einmal festhalten; das kann man auch nicht einfach beiseitereden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte nur auf ein Argument eingehen, Herr Kollege de Jager, das Sie vorhin angesprochen haben; das

betrifft die Frage der **Finanzierung der Stellen**. Da muß man natürlich darauf achten, welche Größenordnung und welche Referenzgröße man wählt. Unbesetzte Stellen hat es an den Hochschulen immer gegeben. Entscheidend ist, daß zum ersten Mal sozusagen die Nichtfinanzierung der noch nicht besetzten Stellen virulent wird, wenn wir mit Globalhaushalten arbeiten. Früher gab es einen großen „Bauch“, den wir vor uns hergeschoben haben. Insofern muß man die Rechnung konkret und detailliert anstellen; dann sehen die Zahlen, die ich nicht schönreden will, die für die CAU schwierig sind - das konzedere ich -, wahrlich nicht so dramatisch aus, wie Sie sie hier darstellen wollen.

Ein Blick auf die letzten zwölf Jahre, den dieser Bericht tut, macht allerdings eines deutlich: Seit Mitte der neunziger Jahre gibt es eine Neuorientierung, eine notwendige **Neuorientierung** durch die dramatische Verschlechterung der Möglichkeiten der **Finanzierung** durch die öffentlichen Hände. Es ist richtig, daß der bis dahin deutliche Nettozuwachs der Hochschulausgaben auch in diesem Land so nicht mehr möglich war und deshalb auch im bisherigen Umfang nicht realisiert worden ist.

Deswegen reden wir über neue Möglichkeiten, die Hochschulen dennoch weiter zu profilieren. Wir reden über mehr Effizienz, über Evolution und Transparenz, über Umstrukturierung, über die Möglichkeit, mehr Drittmittel einzuwerben und auch private Mittel für die Hochschulen zu gewinnen. Dies sind Wege, die wir weiter beschreiten müssen. Ich bin sicher, daß wir uns trotz der Anstrengungen der Bundesregierung bei unserer zukünftigen Politik daran orientieren müssen, daß größere Nettozuwächse in den Haushalten - auch für den Bereich von Hochschule und Wissenschaft - nicht in dem Maße möglich sein werden, in dem der Hochschulbereich in der gesamten Bundesrepublik defizitär ist.

Ich will es noch einmal sagen - das ist ja kein originär schleswig-holsteinisches, sondern ein deutsches Problem, über das wir schon seit vielen Jahren diskutieren - : Die grundsätzlichen **Krisenzeichen der Hochschulbildung** in Deutschland sind nicht vom Tisch: chronische Unterfinanzierung, lange Studienzeiten, unzureichende Investitionen in Gebäude und Geräte, unterentwickelte internationale Ausrichtung, überholte hierarchische Strukturen und eine ausgesprochen mangelbehaftete Nachwuchsförderung, antiquierte Personalstrukturen und ähnliches mehr.

(Jürgen Weber)

Dies sind Überbleibsel einer verfehlten Hochschulpolitik, wie sie seit zwanzig oder dreißig Jahren in dieser Republik betrieben wird und die jetzt, in einer Situation knapper Haushalte, nicht von heute auf morgen geheilt werden kann. Wir brauchen konsequente und vor allem intelligente Lösungen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Ich möchte nun auf einige Detailprobleme kurz eingehen, die der Bericht aufwirft und bei denen wir noch zu neuen Antworten kommen müssen.

Das erste ist die für mich frappierende und in der Größenordnung mir bisher nicht bekannte Anzahl der abgelegten **Prüfungen** innerhalb der **Regelstudienzeiten**. Bei der CAU sind dies gerade einmal 10 %, an den Fachhochschulen gut 50 %. Für eine solche Situation - darüber sind wir uns sicherlich einig - wird es nicht nur einen Grund geben. Ich bin fest davon überzeugt - viele Rahmendaten in diesem Bericht sprechen dafür -, daß wir uns die Frage stellen müssen, ob nicht die in hohem gesellschaftlichen Ansehen stehende universitäre Ausbildung und der in hohem Ansehen stehende Status eines Universitätsstudenten Menschen dazu verleiten, ein wissenschaftliches Studium aufzunehmen, obwohl sie vielleicht besser in einer berufsorientierten Ausbildung aufgehoben wären, die ja auch in Hochschulen durchgeführt werden kann. Deswegen müssen wir auch darüber nachdenken, ob wir nicht den Anteil der Fachhochschulplätze an den Studienplätzen insgesamt erhöhen und ob wir nicht erste berufsqualifizierende Abschlüsse in konsekutiven Studiengängen - Bachelor, Master - deutlich forcieren und stärken sollten. Dies ist - denke ich - eine Erkenntnis, die aufgrund des uns vorliegenden Berichtes noch einmal deutlich wird.

Ich glaube, daß uns das Thema der **Langzeitstudierenden** noch eine ganze Weile beschäftigen wird, weil auch diesbezüglich keine einfachen Lösungen zu haben sind. Zentral ist ohne Frage eine auskömmliche, individuelle Studienförderung. Es geht kein Weg daran vorbei: Eine BAföG-Reform muß dringend her.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich sage auch: Es gehört auch die Einsicht unserer Gesellschaft dazu, daß Langzeitstudierende eigentlich im Kern Teilzeitstudierende sind.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und von Abgeordneten der SPD)

Insoweit müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir das Studium so organisieren, daß es in Teilzeit zu absolvieren ist. Dies wird sicherlich auch Konsequenzen für die Form der Lehrangebote und der studienbegleitenden Prüfungen haben. Diesbezüglich gibt es - denke ich - eine ganze Menge nachzuarbeiten.

Nun haben Sie in Ihrem Bericht auch den Gesamtkomplex der **Studierfähigkeit** angesprochen. Ich will dies nicht länger kommentieren, sondern nur noch einmal

mein Lieblingszitat vortragen, das - wie ich finde - die Dinge sehr treffend zusammenfaßt.

Der Kieler Strafrechtsprofessor Samson hat vor einiger Zeit folgendes formuliert - ich zitiere -:

„Leute, laßt euch da nichts vormachen. Es gibt eine 2.500jährige Geschichte von Klagen über angeblich unfähige Studierende. Demnach ist jede Studentengeneration schlechter als die vorhergehende. Wenn diese Schelte zutreffen würde, dann wären diejenigen, die da heute schelten - die Professoren -, nur das vorletzte Glied in einer Kette des fortwährenden Niedergangs. Die Studierfähigkeit ist offensichtlich umgekehrt proportional zum Alter des Betrachters. Das alles sind Alpträume alternder Männer.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf das deswegen sagen, weil dies ein Zitat ist und weil es aus berufenem Munde kommt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluß ein paar zentrale Elemente benennen, die wir als Konsequenz und als Perspektive aus dem formulieren, was im Hochschulbereich zu bilanzieren ist. Ich nenne fünf Punkte.

Erstens. Steigerung der Effizienz, Stärkung der Autonomie und der Partizipation! Ziel muß eine größere **Autonomie der Hochschule** und gleichzeitig die Stärkung der Teilhabe aller Gruppen an der Hochschule sein, um mehr **Effizienz** an der Hochschule zu erreichen und außerdem **Kreativität** zu entwickeln und auch die Profilbildung der Hochschulen zu fördern. Dabei wollen wir eine stärkere Orientierung als bisher auf die Anforderungen der Studierenden, ein stärkeres Gewicht der Lehre und eine effizientere selbststeuernde Hochschule bis hin zur Qualitätssicherung der Forschung. Denn mehr Autonomie bedeutet für uns in erster Linie eine stärkere Kompetenz für Hochschulleistungen plus Stärkung der Mitwirkungsrechte aller Hochschulangehörigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Jürgen Weber)

Zweitens sind wir davon überzeugt, daß die **Personalstruktur** einer dringenden Überholung bedarf. Wir brauchen eine Personalstruktur, die gerade jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mehr Freiräume schafft. Wir wollen, daß darüber nachgedacht wird, wie das Habilitationssystem zugunsten eines Systems von eigenverantwortlichen Assistenzprofessuren verändert werden kann. Es ist und bleibt ein Unding, daß in Deutschland wissenschaftlicher Nachwuchs über Examen, Promotion und Habilitation in 20jähriger Qualifikation bis zur Lebenszeitprofessur verschlissen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

- Wir werden noch ausreichend Gelegenheit haben, hierüber zu reden. Herr de Jager, Ihre Parteifreunde in Sachsen streben gerade eine Regelbefristung von Professuren an. Aber das ist heute nicht unser Thema. Selbstverständlich sind auch noch andere Dinge erforderlich, so zum Beispiel der Einstieg in die leistungsorientierte Bezahlung von Professoren. Wir sind der Auffassung, daß auch dringend darüber nachgedacht werden müßte, ob es im Wissenschaftsbereich nicht sinnvoll wäre, einen eigenständigen Wissenschaftstyp zu haben, der den spezifischen Bedingungen von Wissenschaft und Forschung Rechnung trägt. Last but not least ist, was den Bereich der Personalstruktur angeht, die Frage der Förderung von Frauen keineswegs erledigt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die hohen Potentiale von Leistung und Begabung von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Wir sollten die personelle Erneuerung der nächsten Jahre durch ein hohes Maß an Pensionierungen und Neubesetzungen nutzen, um den Anteil von Frauen in der Wissenschaft und in den Hochschulen deutlich zu stärken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich einen dritten Punkt kurz ansprechen, nämlich die **Modernisierung und Internationalisierung von Studiengängen**. Hierzu wäre eine ganze Menge zu sagen. Ich will hier nur zwei Beispiele nennen. Wir müssen die Studienvorbereitung dringend verbessern, wir müssen die Modularisierung von Studieninhalten vorantreiben. Ich bin der Überzeugung, daß wir schließlich auch zur Profilbildung eines innovativen und europaoffenen Wissenschaftsstandortes internationale Studiengänge und gemeinsame Abschlüsse mit kooperierenden Hochschulen brauchen. Der vierte Punkt - dies soll mein vorletzter sein - ist die Stärkung der **Kooperation der Hochschulen**. Ich nenne hier nur die Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen, die auch hier im Lande eine Rolle spielt. Wir wissen, daß die beiden verschiedenen Formen der Hochschulen unterschiedliche Funktionen

hinsichtlich der Lehre und Forschung erfüllen; aber wir wollen mehr Kooperation. Unseres Erachtens brauchen wir dringend integrative Studienkonzepte mit gemeinsamen Abschlüssen und die Möglichkeit des Zugangs zur Promotion auch von FH-Absolventen über ein Vorbereitungsprogramm in Kooperation mit der Universität. Hier sind noch viel Phantasie und Arbeit nötig, aber auch möglich. Aber ich glaube, dies werden wir bald erreichen, weil die Notwendigkeit allgemein eingesehen wird.

Mein letzter Punkt ist der **Technologie- und Wissenstransfer**. Auch hier will ich nicht alle Details aufzählen, sondern nur sagen, daß wir mehr darüber nachdenken müssen, wie wir in einer konzertierten Aktion vor allem auch die Förderung des Transfers aus den Fachhochschulen in die Wirtschaft stärken können. Das hat uns auch die Konferenz kürzlich in Rendsburg gezeigt. Diese Aufgabe werden wir gemeinsam abuarbeiten haben.

Noch viele Punkte ließen sich anfügen. Ich denke, daß mit dem Bericht und der Antwort auf die Große Anfrage ein ganzes Paket an Material für die weitere Arbeit zur Verfügung steht, das uns in die Lage versetzt, erfolgreich zu streiten und zu diskutieren und hoffentlich auch zu vernünftigen Lösungen zu kommen.

Den Namen des Unausprechlichen, der Ihnen immer glänzende Augen macht, habe ich nun nicht erwähnt. Aber wir diskutieren heute ja noch mehr.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Rektoratsübergabe in der Christian-Albrechts-Universität vor einer Woche hat die Ministerpräsidentin darauf hingewiesen, daß Statistiken sehr flexibel sind. Wie man sieht, gilt das auch für die Datenreihen, die in der Antwort auf die Große Anfrage „Entwicklung und Perspektiven der Hochschulen“ geliefert wurden. So unterschiedlich Interpretationsansätze und Ziele auch sein mögen, zwei Punkte wird niemand wegdiskutieren können. Herr de Jager, ich

(Irene Fröhlich)

bin Ihnen dankbar, daß Sie diese Große Anfrage gestellt haben.

Die schleswig-holsteinischen **Hochschulen** sind seit 1987 ein großes Stück vorangekommen. Zum einen gab es einen **quantitativen Ausbau**, der sich sehen lassen kann. An allen bestehenden Standorten wurden neue Studienangebote eingerichtet, und die bis dahin völlig vernachlässigte Westküstenregion besitzt jetzt eine innovative Hochschule, wenn ich es als Husumerin auch bedauere, daß es die Husumer leider „verpennt“ haben, sie nach Husum zu holen.

Zum anderen verdienen auch die **inneren Reformen** Anerkennung, die in den Hochschulen umgesetzt oder auf den Weg gebracht wurden. Dabei wurde sowohl im Großen als auch im Kleinen viel geleistet. Dafür gebührt allen Beteiligten Respekt. Jedoch gibt es keinen Grund, sich zurückzulehnen. Die Hochschulen stehen weiter wachsenden Anforderungen gegenüber. Zugleich können sie seit einigen Jahren nicht mehr von Einsparungen verschont bleiben. Deshalb müssen wir ihre Leistungsfähigkeit weiter erhöhen. Die Hochschulen müssen flexibler reagieren, sich schneller bewegen und in die Zukunft planen können. Sie benötigen Freiheitsräume, klare Verantwortlichkeiten und ausgewogene innere Entscheidungsstrukturen. Wir sind dabei, diese zu schaffen. Ich werde auf beides - das Erreichte und die notwendigen weiteren Schritte - anhand einiger Punkte aus der Antwort auf die Große Anfrage näher eingehen und zum Schluß auf den Bericht über Langzeitstudierende zu sprechen kommen. Seit 1987 hatten wir einen kräftigen Anstieg der **Anzahl der Studierenden**. Damals studierten in Schleswig-Holstein rund 29.300 Menschen. 1998 waren es 35.700. Das ist ein Anstieg um fast 22 %, der nur durch den Ausbau möglich wurde. Der gleichzeitige Ausbau der Hochschullandschaft wird eindrucksvoll durch die Zahl der flächenbezogenen Studienplätze dokumentiert, aber dies hat auch die Ministerin bereits gesagt. Diese Zahl hat auch schon Einzug in das Zitat der Woche der „Landeszeitung“ gefunden, daher muß ich sie hier nicht weiter erwähnen.

Ein weiterer wichtiger - vielleicht der wichtigste - Indikator ist das Zahlenverhältnis von Studierenden zu wissenschaftlichem Personal. Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt, daß die **Betreuungsrelation** an den meisten Hochschulen verbessert oder wenigstens gehalten werden konnte. Hier kommen wir der Wirklichkeit schon sehr nahe. In Heide ist ausbaubedingt eine gewisse Verschlechterung zu verzeichnen. An der Fachhochschule Flensburg kamen 1998 weniger als 18 Studierende auf eine Wissenschaftlerstelle. Das ist eine deutliche Verbesserung. Die Bildungswissenschaftliche Universität ist dagegen die zweite Hochschule mit einer Verschlechterung der Betreuungsrelation. An der Kieler Hochschule konnte die Betreuungsrelation gehalten oder leicht verbessert werden.

In den letzten Jahren hat sich die Lage an allen drei Hochschulen ein wenig entspannt. In Lübeck ist an der

Medizinischen Universität und an der Musikhochschule eine leichte Verbesserung zu verzeichnen. Die erfreulichste Entwicklung finden wir ebenfalls in Lübeck, nämlich an der Fachhochschule. Dort konnte die Zahl der Studierenden pro Wissenschaftlerstelle von 27 Studierenden im Jahr 1987 auf unter 18 im vergangenen Jahr gesenkt werden. Das kann sich sehen lassen!

Diese Daten ergeben ein überwiegend positives Bild. Ich weiß wohl, daß die Situation innerhalb der Hochschulen von Studiengang zu Studiengang stark variiert, und ich will die teilweise schwierigen Bedingungen, unter denen Studierende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Professorinnen und Professoren arbeiten, nicht schönfärben. Bei den Ausgaben für die Hochschulen haben wir nach kräftigen Zuwächsen seit einigen Jahren Rückgänge. Ich bin - wie gesagt -, froh, daß die Antworten auf die Große Anfrage Daten seit 1987 berücksichtigen, denn so kann man die Entwicklung gut nachvollziehen.

Ich will meine Rede ein wenig abkürzen und kurz erwähnen, daß wir mit unseren Hochschulen immer noch deutlich über dem Stand von 1987 liegen. In den letzten zehn Jahren wurde im Hochschulbereich vieles aufgeholt, was die CDU-Regierung in 38 Jahren versäumt hat. Es wäre keine gute Reklame für den **Standort Schleswig-Holstein**, wenn man die große **Aufbauleistung** schlechttreden würde. Die Liste der seit 1987 neu eingerichteten Studiengänge und Forschungseinrichtungen ist lang, und vielleicht ist es ein gutes Zeichen, daß meine Zeit nicht ausreicht, alle aufzuzählen, aber ich möchte dennoch die Studienrichtung Kulturmanagement und den Studienschwerpunkt Medieninformatik erwähnen. Beide scheinen mir in die Zukunft zu weisen. Die Universität Kiel besitzt ein Zentrum für Frauenforschung und ein Ökologiezentrum. Das sind qualitative Fortschritte, die das widerspiegeln, was sich in der Gesellschaft entwickelt.

Beeindruckend ist auch die von den Hochschulen gelieferte Aufstellung ihrer **internationalen Kooperationen**. Die Entwicklung von Bachelor- und Masterstudiengängen ist vorangeschritten. Aus grüner Sicht ist es wichtig, daß das System durchlässig bleibt. Alte und neue Studiengänge müssen allerdings nebeneinander bestehen können. Es muß ein direkter Übergang vom Bachelorabschluß zum Masterstudium

(Irene Fröhlich)

möglich sein, und auch die BAföG-Förderung - das wurde hier schon mehrfach gesagt - muß weiterlaufen. Dazu komme ich später noch.

Trotz aller Anstrengungen ist Schleswig-Holstein ein **Studierendenexportland** geblieben. Das liegt auch daran, daß wir keine Millionenstädte haben, die für viele junge Leute besonders attraktiv sind. Dafür können wir denjenigen, die hier studieren, in mancher Hinsicht angenehmere Studienbedingungen bieten. Wenn man vom Studierendenexport spricht, muß man außerdem bedenken, daß Schleswig-Holstein im Fach Medizin überdurchschnittlich viele Studienplätze unterhält. Damit haben wir ein Schwergewicht auf einem besonders teuren Sektor. Das ist eine Leistung gegenüber anderen Bundesländern.

Unbefriedigend - das hat dankenswerterweise der Kollege Weber bereits angesprochen - ist der **Frauenanteil** auf den verschiedenen Qualifikationsstufen. Das muß man leider immer wieder konstatieren. Während heute immerhin ein Drittel der Promotionen von Frauen geleistet wird, beträgt ihr Anteil an den Habilitationen nach wie vor weniger als ein Zehntel. Ähnlich ist es bei den Professuren: Zwar ist inzwischen etwa jede zehnte C 2-Professur mit einer Frau besetzt, aber bei den C 4-Spitzenpositionen ist es nur jede achtzehnte.

Die Landesregierung hat mit ihrem Stipendienprogramm einen wichtigen Schritt getan, um Frauen bei der Qualifikation für eine Fachhochschulprofessur zu unterstützen. Die Bundesbildungsministerin hat dies mit einem Stellenprogramm ebenfalls in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Das stimmt mich zuversichtlich.

Auch die Hochschulen müssen ihre Anstrengungen fortsetzen und verstärken, und Fortschritte bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages müssen sich auf die Mittelzuweisungen auswirken. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es auf Dauer keine Frauen gibt, die es verdienen, an die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche, die Technische und die Theologische Fakultät unserer Landesuniversität berufen zu werden. Im Berichtszeitraum 1993 bis 1997 verzeichnen diese drei Fachbereiche keine einzige Professorin. An allen anderen Fachbereichen im Land ist das alte Bild, daß Lehrstühle nur mit Männern besetzt sein können, korrigiert worden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestehen auf einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an der Wissenschaft, und die wird nicht dadurch erreicht, daß man jedem Professor eine Sekretärin zuordnet.

Bei der **Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses** wird es darauf ankommen, Verkrustungen zu lösen. Wir Grünen plädieren seit langem dafür, gewisse Initiationsriten endlich aufzulösen. Ich freue mich sehr über die wachsende Zahl von Mitstreitern, kürzlich zum Beispiel die von der Bund-Länder-Kommission eingesetzte Kommission zur Systemevaluierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft. Ich will das jetzt nicht ausführlicher beleuchten; Sie kennen unsere Haltung. Auch zur not-

wendigen Dienstrechtsreform haben wir hier schon genug Worte gewechselt; ich erwähne das hier lediglich als Merkposten.

Beim **Technologie- und Wissenstransfer** haben die schleswig-holsteinischen Fachhochschulen und Universitäten beachtliche Schritte unternommen. Beide Hochschultypen brauchen, ohne ihr unterschiedliches Profil zu verwischen, die Verankerung in der Gesellschaft. Die Schaffung von Hochschulbeiräten ist ein begrüßenswerter Schritt und kann genau dieses Thema vorwärtsbewegen.

Wichtig ist auch die **Aufwertung von Fachschulen** im Hochschulrahmengesetz und im Landeshochschulgesetz. Angewandte Forschung soll auch unter dem Aspekt Technologie- und Wissenstransfer zu einem Aufgabenschwerpunkt der Fachhochschulen werden.

Universitäten und Fachhochschulen - das wurde hier schon gesagt, dem stimme ich zu - sollen ihre Ressourcen gemeinsam nutzen. Dafür haben wir eindrucksvolle Beispiele in Schleswig-Holstein.

Wir meinen es ernst mit der **Bestandsgarantie** für alle **Hochschulstandorte**. Um sie mit Leben zu erfüllen, müssen wir die kleinen Hochschulen stabilisieren, das heißt unter anderem, die Unterbringungsfrage der Muthesius-Hochschule lösen - das ist ganz wichtig -, den Aufbau in Heide vorantreiben und die Bildungswissenschaftliche Universität in Flensburg weiterentwickeln. Hier hat allerdings die Ministerin schon so ausführlich die kommunale Mitwirkung angesprochen, daß ich mir hierzu nähere Ausführungen erspare.

Die Hochschulen haben sich in vielen Bereichen profiliert. Sie werden darin fortfahren müssen. Wir brauchen ein **Studienangebot** in hoher **Qualität**, das durch Modularisierung flexibel kombinierbar ist. Die Hochschulen müssen freier und beweglicher werden. Dazu brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen. Zielvereinbarungen sind ein geeignetes Instrument.

Zu erweiterten Handlungsspielräumen gehört auch eine verbesserte Rechenschaftspflicht. Zur Autonomie gehört auch die innere Demokratisierung. Mit der **Hochschulgesetznovelle** liegt uns inzwischen ein guter Entwurf vor, über den wir in diesem Monat mit den Betroffenen diskutieren werden. Ich halte nichts

(Irene Fröhlich)

davon, einige dieser Reformschritte auf die lange Bank zu schieben, wie es von seiten der Opposition gefordert worden ist. Wir würden damit nur die künftige Entwicklung bremsen. Durch die Strukturüberlegungen in den von Ministerin Böhrk 1997 eingesetzten Arbeitsgruppen und durch die Verhandlungen über die Zielvereinbarungen in den Hochschulen gewinnen wir eine tragfähige Basis für die Fortschreibung des **Landeshochschulplans**.

Ich habe mir dasselbe schöne Zitat von Herrn Samson zur **Studierfähigkeit** herausgefischt wie Herr Weber; das muß ich mir nun leider verkneifen. Vielen Dank, Herr Weber, daß Sie mir da zuvorgekommen sind. Ich habe aber noch etwas anderes Schönes gefunden. Der Kollege de Jager hat die Hochschulgesetznovelle kritisiert und gesagt, es fehlten neue Regelungen zur Auswahl der Studierenden durch die Hochschule. Es folgt nun eine Äußerung eines nicht unbedeutenden Repräsentanten von Wissenschaft und Forschung, nämlich von Professor Ruprecht Haensel, dem Rektor der Christian-Albrechts-Universität, zitiert nach der „Ente“, der Studentenzeitschrift:

„Es gibt jede Menge Beispiele von Leuten, die mit mäßigem Abi-Zeugnis zur Universität gegangen sind und dort mit sehr guten Noten abgeschlossen haben. Eine Selektion am Anfang, die auch soziale Defizite aus dem Elternhaus oder aus einer pubertären Entwicklung widerspiegeln würde, würde sehr viele ausschließen, die sich sonst prächtig entwickeln würden.“

Man hört ihn förmlich sprechen.

Zum Thema **Studienzugang** sei abschließend noch erwähnt, daß Schleswig-Holstein beim Studium ohne Abitur Vorreiter war. Auch darauf können wir stolz sein.

Ich komme jetzt zum Bericht über die Langzeitstudierenden und zum unglücklichen Thema Studienabbruch. Die Verlängerung der Studienzeiten und der Anstieg der Abbruchquote gehen mit der Verschlechterung der staatlichen Ausbildungsförderung einher. Wir werden die angestrebte **Verkürzung der Studienzeiten** nur erreichen, wenn wir das **BAföG** verbessern. Wir sollten bedenken - dazu kommt dies allerdingshinzu -, daß Langzeitstudierende häufig - das wurde bereits gesagt - Teilzeitstudierende sind. Es gibt keinen Grund, sie als Faulenzer zu verunglimpfen.

Viele der Vergünstigungen für Studierende sind übrigens altersbegrenzt. Es gibt keine Basis für die Strafgelühren, die in Baden-Württemberg eingeführt worden sind und die der Kollege Klug vor einiger Zeit auch für Schleswig-Holstein gefordert hat. Trotz Geburtstag - ich muß es leider sagen, Herr Dr. Klug!

Restriktionen würden mehr schaden als nutzen. Sie würden die Abbruchquote unsinnig in die Höhe treiben. Wir müssen statt dessen die Bedingungen für **Teilzeitstudierende** verbessern. Da geht es auch zum Bei-

spiel um Kinderbetreuung. Wir müssen die Beratung und Betreuung der Studierenden weiter verbessern, die Hochschuldidaktik fördern und die Studienreform vorantreiben.

Aus den vorliegenden Daten geht hervor, daß es im Land Studienfächer gibt, in denen von 1988 bis 1997 niemand in der **Regelstudienzeit** den Abschluß erreicht hat. Diese Studiengänge will ich hier jetzt nicht einzeln aufzählen. Sie alle kennen sie selber - zumindest die Fachleute, die dieses dicke Werk studiert haben. Das ist für mich ein Signal dafür, daß man sehr genau hinterfragen muß, wie der Studiengang und die Prüfungen organisiert sind, ob das Studium inhaltlich überfrachtet ist und ob die Betreuung stimmt.

Durch die Modularisierung und die Einführung von sogenannten credit points - oder, deutsch ausgesprochen: Kreditpunkten - wird im übrigen der bisherige Begriff der Regelstudienzeit relativiert. Die Studienzeitverkürzung bleibt dennoch auf der Tagesordnung. Da sind alle Beteiligten gefragt. Da soll man nicht mit dem Finger auf einzelne weisen. Es zeigen sowieso immer drei auf einen selber zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir befinden uns auf dem richtigen Kurs. Den vielzitierten Ruck werden wir nur schaffen, wenn wir Neues wagen. Wir werden es wagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hochschule und Forschung sind Themen, für die unser Grundgesetz die politische Verantwortung zu großen Teilen den Bundesländern zuweist. Allerdings ist der Blick über den Tellerrand der Landes- und auch der Staatsgrenzen gerade in diesem Bereich ratsam. Deshalb möchte ich meinem Beitrag ein Zitat voranstellen, das von dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft stammt, Hubert Markl, der im vergangenen Jahr auf einer Festveranstaltung der Max-Planck-Gesellschaft folgendes erklärt hat:

(Dr. Ekkehard Klug)

„Es ist ja nicht so, daß sich unser Land mit den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung übernimmt: Gerade mal 2,3 % statt der anzustrebenden 3 % vom Bruttoinlandsprodukt sind es, die wir uns dafür aus privaten und öffentlichen Mitteln leisten.“

2,3 % des Bruttoinlandsprodukts - das ist weniger, als wir in Deutschland für Tabakwaren und Alkoholika ausgeben. Es ist zu wenig - davon bin ich überzeugt -, um auf Dauer den Wohlstand zu erhalten, den unser Land im internationalen Wettbewerb erwirtschaften muß.

Wenn man mit dem **internationalen Vergleich**, mit dem, was andere konkurrierende Staaten für **Hochschule** und **Forschung** ausgeben, beginnt, kann man das im Grunde auch auf eine Etage tiefer übertragen, nämlich auf den Vergleich innerhalb des **föderalen Systems** in der Bundesrepublik. Es ist kein Zufall, daß die wirtschaftlich prosperierenden **süddeutschen Bundesländer** eine vergleichsweise bessere Hochschulsituation aufweisen als andere Länder. Man kann beispielsweise gerade am Fall Bayern sehr gut nachvollziehen, wie ein ehemals strukturell rückständiges, benachteiligtes Land über lange Zeiträume hinweg mit gezielten Investitionen auch in seine Forschungs- und Hochschulinfrastruktur erreicht hat, daß es in der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik heute weit nach vorn gerückt ist.

Natürlich können sich die süddeutschen Länder mehr leisten als die ärmeren Bundesländer. Weil sie mehr in Hochschule und in Forschung investieren, geht da unten im tiefen Süden auch die Post ab. Wer in seine Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur investiert, bekommt dafür eben auch eine hohe Rendite.

Ich will zum Vergleich nur eine Zahl in Erinnerung rufen. Von den 15 Universitäten, die zwischen 1991 und 1995 die höchsten Drittmittelzuwendungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft erhalten haben, liegen fünf in Baden-Württemberg und vier in Bayern. Das macht zusammen neun der Top 15 von 69 Universitäten im Bundesgebiet, die von der DFG Forschungsgelder bekamen.

Im Vergleich zu dieser positiven Entwicklung im Süden ist die Bilanz in **Schleswig-Holstein** nach elf Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung durchwachsen. Es sei anerkannt, daß nach 1988, als Engholm und Genossen die Regierungsgeschäfte übernommen haben, zumindest erkannt wurde, daß die Hochschulen Schleswig-Holsteins im Interesse der Zukunft des Landes ausgebaut werden mußten. Mit der Technischen Fakultät und verschiedenen neuen Einrichtungen insbesondere im Bereich der Fachhochschulen - ich nenne hier nur die wichtigsten Punkte - hat es in der Folgezeit tatsächlich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auch hier im Land bemerkenswerte, beachtenswerte neue Akzente gegeben. Das - denke ich - kann man anerkennen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Leider war der damit verbundene höhere Anteil von **Hochschulausgaben** am Gesamthaushalt des Landes nur ein kurzes Strohfeuer. Betrachtet man die Bilanz, stellt man fest: 1988 war das letzte Jahr, das die alte Regierung vom Ist-Ansatz her gestaltet hat. Damals betrug der Ist-Anteil vom Landeshaushalt 5,8 %. Das ist in den folgenden Jahren - sicherlich durch Mehrausgaben - auf über 6,1 % gestiegen. Inzwischen sind sie bei 5,6 % gelandet. Das ist die letzte Zahl, die die entsprechende Tabelle im Bericht der Regierung aufweist. Das heißt, der Anteil am Gesamthaushalt liegt bei den Ist-Ausgaben für die Hochschulen inzwischen niedriger als 1988, also dem letzten Jahr, in dem die Vorgängerregierung den Landeshaushalt gestaltet hat.

Das ist die Bilanz. Sie sind hinter das zurückgefallen - vom Anteil der Hochschulausgaben am Landeshaushalt aus gesehen -, was Sie vorgefunden haben - nach einem durchaus bemerkenswerten Zwischenhoch.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist die Faktenlage, Frau Kollegin Fröhlich. Sie können sich das in den Unterlagen auch gern genau anschauen.

Daß prominente Spitzenforscher aus unserem Land vermehrt abwandern, ist ja nur das sichtbarste Zeichen dieser Krise. Das Gebäude des schleswig-holsteinischen Hochschulwesens bekommt Risse und Löcher, und wir stehen heute vor der Entscheidung: Soll der Abstieg weitergehen, oder bringt die Landespolitik die Kraft für eine Konsolidierung und für einen neuen Aufstieg auf?

Um eben diese Weichenstellung geht es heute in der Hochschulpolitik des Landes. Wir Liberalen sind fest davon überzeugt, daß unser Land im Wettbewerb der Bundesländer und der europäischen Nachbarregionen nur dann bestehen kann, wenn wir diese Herausforderung aufnehmen und in Zukunft wieder erkennbar einen höheren Anteil für Aufwendungen für Hochschulen und Wissenschaft vorsehen.

Wir wollen, daß Schleswig-Holstein für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wieder

(Dr. Ekkehard Klug)

Anziehungskraft entfaltet, statt sie zum Exodus zu veranlassen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.] und Thomas Stritzl [CDU])

Wir wollen Studierende bei uns halten, weil wir sie als qualifizierte Arbeitnehmer und Selbständige und nicht zuletzt auch als Existenzgründer für die Zukunft brauchen.

Im Landeshochschulplan von 1991 hatten die damaligen sozialdemokratischen Autoren darauf hingewiesen, daß Schleswig-Holstein seinen Akademikernachwuchs traditionell in beträchtlichem Maße außer Landes ziehen läßt. Im Verwaltungschinesisch nennt man das auch **Studierendenexport**. Blickt man auf die entsprechenden Tabellen des kürzlich vom Bundesbildungsministerium veröffentlichten Taschenbuchs „Grund- und Strukturdaten 1998/99“, so findet man ein teils ernüchterndes, teils erstaunliches Ergebnis: Bei den Universitätsstudenten und -studentinnen weist unser Land mit einem Minus-Saldo von 34,2 % mit größtem Abstand unter allen Bundesländern den höchsten Studierendenexport auf - noch weiter hinter Sachsen-Anhalt mit minus 25 % und Brandenburg mit minus 24 %. Schleswig-Holstein ist das Bundesland mit dem höchsten Studierendenexport in den universitären Studiengängen.

Bei den Fachhochschulen nehmen wir dagegen mehr Studierende auf, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Schleswig-Holsteins erworben haben, als umgekehrt Schleswig-Holsteiner an Fachhochschulen jenseits unserer Landesgrenzen gehen. Der Saldo liegt hier bei den **Fachhochschulen** bei plus 14,3 %; das heißt, bei den Fachhochschulstudenten haben wir tatsächlich einen Studierendenimport; wir bilden hier sozusagen über den Durst aus.

Deshalb möchte ich anhand dieser Zahlen eines feststellen:

Erstens. Einen **Abbau universitärer Studienangebote** kann sich unser Land partout nicht leisten. Die Warnung, die der scheidende Kanzler der Christian-Albrechts-Universität, Horst Neumann, in der vergangenen Woche ausgesprochen hat, darf nicht überhört werden: Bei wachsenden finanziellen Problemen ist die Lage der Kieler Uni, an der rund die Hälfte der schleswig-holsteinischen Studenten eingeschrieben sind, mittlerweile „besorgniserregend“. Wenn der Trend anhält, werden sich die besten Wissenschaftler und die begabtesten Studenten vermehrt anderswo umsehen. Das können und das wollen wir uns nicht leisten.

Zweitens. Bei den Fachhochschulen stellt sich die Frage, ob man - bezogen auf die Gesamtkapazität, Kollege Weber! - frühere Ausbauziele wirklich weiterverfolgen sollte. Ich bin anderer Meinung als Jürgen Weber, der vorhin die Frage gestellt hat, ob man nicht vermehrt das Studienplatzangebot in Richtung Fachhochschulen verschieben sollte, und stelle fest: Wir bilden hier schon

überdurchschnittlich viele junge Menschen für andere Bundesländer aus. Einmal abgesehen davon, daß man angefangene Vorhaben wie Heide natürlich abschließt - das ist völlig logisch -, sollte man sich nach meiner Meinung also im **Fachhochschulbereich** eher Gedanken über einen qualitativ orientierten **Umbau** und über eine **Umstrukturierung** machen, und zwar in Richtung auf Fächer und Arbeitsgebiete, in denen ja auch hierzulande Mangel und Nachfrage bestehen, die aber große Zukunftschancen bieten. Hier nenne ich an erster Stelle die „IT-Fächer“, also die Fächer, die von ingenieurwissenschaftlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Seite her etwas mit den modernen Informationstechnologien zu tun haben. Technische Informatik, Wirtschaftsinformatik, Medieninformatik seien hier nur beispielhaft genannt.

Des weiteren nenne ich Spezialgebiete, von deren Ausbau auch wir hier im Land erheblichen Nutzen hätten; das sind zum Beispiel statt allgemeiner Betriebswirtschaftslehre die Spezialisierungen im Bereich des Managements von Krankenhäusern und großen Sozialeinrichtungen. Hier kompetent ausgebildete Nachwuchskräfte zu haben, die dann auch dafür sorgen, daß unsere großen Sozialeinrichtungen und Krankenhäuser effizienter, wirtschaftlicher geführt werden, das wäre auch eine zukunftssträchtige Aufgabe. Also hier im Fachhochschulbereich - das sehe ich insoweit anders als Kollege Weber - nicht aufstocken, sondern sich überlegen, wie man im System sinnvoll umstrukturieren kann!

Der Bericht der Landesregierung weist auf einen massiven Rückgang der Studienanfängerzahlen in den ingenieurwissenschaftlichen Fachhochschulstudiengängen hin, und zwar hat sich die Zahl von 1.774 Anfängern im Jahre 1992 bis 1997 fast halbiert.

Angesichts der in diesen Fächern zur Zeit noch vorhandenen freien Kapazitäten sollte man hier meines Erachtens jedoch nicht an Abbau denken. Die starken Schülerjahrgänge, die in den kommenden Jahren in die weiterführenden Schulen drängen werden, werden ja eines nicht allzu fernen Tages auch vor den Toren der Hochschulen stehen, und die guten Berufsaussichten in den Ingenieurwissenschaften sprechen sich allmählich herum. Erstmals wächst - so nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes - bundesweit wieder die Zahl der Erstsemester in den ingenieurwis-

(Dr. Ekkehard Klug)

senschaftlichen Fächern. Also auch hier gilt, sich Gedanken über Umstrukturierungen zu machen, aber nicht über einen Abbau.

Auch im **universitären Bereich** müssen Fächer - ich schließe damit an das an, was ich eben gesagt habe -, die die modernen Informationstechnologien bedienen, mit Nachdruck gefördert werden. Das gilt in Lübeck für die Medizininformatik und an der CAU nicht zuletzt für die Studiengänge Diplominformatik und Ingenieurinformatik.

Es ist ein katastrophales Versagen der Landesregierung, daß man in den letzten Jahren sehenden Auges das Kieler Uni-Institut für Informatik in eine existenzielle Krise hat hineinrutschen lassen. Zehn Professuren wurden vor fünf Jahren bei Gründung der **Technischen Fakultät** eingebracht; 13 Professorenstellen sah das Strukturkonzept vor. Sechs Professoren - also nicht einmal die Hälfte - tragen zur Zeit in diesem Fach die Forschung und die Lehre, und mit Ablauf dieses Sommersemesters wird einer von diesen sechs Professoren auch noch emeritiert. Das ist die Bilanz der letzten Jahre!

Der Globalhaushalt der Technischen Fakultät ist - das ist die Ursache für diese Entwicklung - mit 2,7 Millionen DM unterfinanziert. Da kann sich das Ministerium nicht einfach aus der Verantwortung herausmogeln. Erstens ist es für die Veranschlagung des Haushalts verantwortlich, und zweitens sitzt das Kultusministerium auf allen Stellenausschreibungen und Berufungen wie bei allen Personalangelegenheiten auf den Verfahren wie die Henne auf dem Ei. Das Ministerium hat diese Vakanzen sehenden Auges - oder etwa aus Inkompetenz? - eintreten lassen. Die Stellen anderer Fächer an der Technischen Fakultät konnten zügiger besetzt werden, und plötzlich fehlt für die freien beziehungsweise frei werdenden Informatikprofessuren das Geld.

Ausgerechnet der Schlüsseltechnologie des Informationszeitalters nimmt man an der Kieler Uni das wissenschaftliche Fundament in Forschung und Lehre. Schlimmer kann sich ein Land nicht blamieren und seine Zukunftschancen verspielen! Der ganze Firlefanz mit „Zeitsprüngen“ und „Zukunftswerkstätten“ entlarvt sich da doch als hohles Gerede.

Meine Damen und Herren, in Kürze noch ein paar Stichworte zu anderen Punkten!

Erstens. Die Abschlüsse „Bachelor“ und „Master“! Ich warne davor, allzusehr in Euphorie zu verfallen, wenn es um diese **neuen Studiengänge und Abschlüsse** geht. Ich teile die Einschätzung des sächsischen Wissenschaftsministers Meyer, daß man sich bei der Einführung solcher neuen Angebote vor „dem deutschen Hang zur Maßlosigkeit“ hüten sollte.

Im übrigen: Erst gestern erschien in der „Zeit“ ein sehr interessanter Artikel, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die quer über die Republik spießenden neuen Studiengänge vielfach doch nichts anderes sind als nur geringfügig retouchierte und leicht gekappte Magister-

oder Diplomstudiengänge. Wenn es denn darauf hinausläuft, dann - so denke ich - wird das kein erfolgversprechendes Reformmodell sein, sondern nur eine Moggelpackung. Wir müssen uns davor hüten, daß dann diese Absolventen, wenn sie keine entsprechenden Angebote auf dem Arbeitsmarkt finden, bloß Treppchen für Treppchen mit einem weiteren „richtigen“ Studiengang weitergehen, so daß sich dieses Studium für sie nicht etwa verkürzt, sondern am Ende bloß endlos verlängert. Das wäre absoluter Unfug.

Zweitens. Hochschulmanagement und Verwaltung! Der Übergang zu Globalhaushalten erfordert neue Formen des **Hochschulmanagements**. Das wird im Bericht auch angesprochen. Ich habe auch nach Gesprächen in den Hochschulen den Eindruck, daß wir zumindest an vielen Hochschulen in Schleswig-Holstein zur Zeit nicht die personellen und sachlichen Voraussetzungen haben, um das so schnell zu „handeln“, wie sie es wollen. Die Hochschulen werden in eine sehr schwierige Lage gebracht, und die neuen Verfahren wie Kosten- und Leistungsrechnung sind noch gar nicht so an die Bedingungen, Gegebenheiten und Bedürfnisse der Hochschulen angepaßt, daß sie dort auch tatsächlich funktionieren könnten. Man darf die Hochschulen hier also nicht einfach ins kalte Wasser werfen, um dann zu gucken, ob sie auch schwimmen können. Diesen Reformprozeß, der richtig und wichtig ist, muß man begleiten und so gestaffelt und so moderat ablaufen lassen, daß die Hochschulen dabei in kein schwieriges Fahrwasser kommen.

Letzter Punkt: Vor allem muß das Land ernst machen mit der oft versprochenen **Deregulierung**, statt den Hochschulen neue Regelwerke vorzulegen. Auch da gibt es einige kritische Anmerkungen zum Hochschulgesetzentwurf. Ausländische Professoren, die an deutschen Hochschulen arbeiten, sind über kaum einen anderen Aspekt des deutschen Hochschulwesens so perplex wie über Verwaltungsabläufe und in dem Zusammenhang auch über das grassierende Gremienwesen. Man ist, wie die Münchner TU-Professorin Jean K. Gregory, eine Amerikanerin, kürzlich in einem Artikel feststellte, „übermäßig mit Vorgängen belastet, deren Zeitaufwand mehr kostet als ihr Geldwert“. Es besteht die Gefahr, daß bei all diesen Reformen ein merkwürdiger Zwitter entsteht,

(Dr. Ekkehard Klug)

nämlich ein Hochschulwesen, das man immer mehr an den Anforderungen des Managements eines Wirtschaftsunternehmens orientiert, das aber in öffentlich-rechtliche Strukturen eingebunden ist, mit denen ein Wirtschaftsunternehmen gar nicht funktionieren könnte. Der Weg zu einer wirklichen Befreiung der Hochschulen von administrativer Gängelung ist noch lang. Ich komme zum letzten Satz - Herr Präsident, wenn Sie mir das am heutigen Tag vielleicht noch genehmigen!

(Beifall und Heiterkeit)

Ich habe zum Schluß noch ein schönes Beispiel: Noch ist in Schleswig-Holstein alles in bester deutscher Verwaltungstradition geregelt, bis hin zu jenem Erlaß aus dem Innenministerium, von dem ich im März dieses Jahres bei einem Besuch bei einem Rektorat erfahren habe. Es handelt sich um einen Erlaß, den die Hochschulen regelmäßig bekommen, so auch Ende Februar dieses Jahres - also so, wie in den Vorjahren auch regelmäßig. Und jetzt fragen Sie, was dieser Erlaß denn wohl regelt. Die Antwort ist: die zentrale Beschaffung von Kalendern für das Jahr 2000!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Klug, den Geburtstagsrabatt gibt es aber nur bei einem Tagesordnungspunkt!

Ich begrüße auf der Tribüne Kursteilnehmer der Deutschen Angestelltenakademie und Damen und Herren von der Realschule Schönkirchen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sowohl der gesonderte Bericht zu den Studienabbrechern als auch der entsprechende Teil im Entwicklungsbericht zu den Perspektiven der Hochschulen bestätigen - was wir auch bisher angenommen haben -: Studierende studieren länger, weil sie in den **Hochschulen** auf ungünstigere **Rahmenbedingungen** treffen und ein schnelles Studium nicht finanzieren können.

Sicherlich wissen manche Studierende nicht, worauf sie sich bei der Wahl ihres Studienfaches einlassen, und so ist es natürlich, daß manche länger brauchen, weil sie nicht auf Anhieb das richtige Studium gefunden haben, oder abbrechen, weil sie feststellen, daß das Studieren doch nichts für sie ist. Viele Probleme ließen sich aber auch dadurch lösen, daß die Studienordnungen verschlankt werden und von unrealistischen Anforderungen an den Umfang des Studiums abrücken.

Es ist sicherlich eine begründete Hoffnung, daß sich dies teilweise durch die **Einführung neuer Abschlüsse** wie des Bachelors bessern wird. Ich möchte hinzufügen, daß ich auch etwas skeptisch bin. Ich denke, die Erfahrungen nördlich der Grenze hinsichtlich des Bachelor-

Studiums sind eigentlich so, daß ein bißchen Vorsicht geboten ist. Da es aber erklärtes Ziel der Landesregierung ist, diese neuen Abschlüsse als Ergänzung zu bestehenden Magister- und Diplomstudiengängen einzurichten, wird man nicht umhin kommen, auch letztere zu durchforsten. Ohne solche Maßnahmen sind keine wesentlichen Verbesserungen zu erwarten.

Möglichkeiten der **Beschleunigung** wie die Freischußregelung, die absolut mehr genutzt werden sollte - das ist keine Frage -, werden aber letztendlich nicht den erhofften Effekt haben, wenn die vorausgesetzte Stoffmenge zu umfangreich ist oder wenn Lehrveranstaltungen nicht so regelmäßig angeboten und zeitlich koordiniert werden, daß ein reibungsloser Studienablauf gewährleistet ist.

In diesem Zusammenhang bleibt aber vor allem darauf hinzuweisen, daß ohne eine **Reform der Ausbildungsförderung** die zeitlichen Einsparpotentiale begrenzt bleiben werden. Ein einseitiger Druck auf die Verkürzung der Studiendauer ohne eine Reform der Studiengänge und eine erweiterte Ausbildungsförderung müssen notwendigerweise dazu führen, daß Studieren wieder eine Frage der Finanzstärke einer Familie wird. Der Bericht zu den Studienzeiten bestätigt, daß ein Hauptgrund für die langen Studienzeiten die mangelnde finanzielle Absicherung vieler Studierender ist. Es bleibt also zu hoffen, daß die Bundesregierung doch noch etwas mehr Kreativität im Umgang mit der Ausbildungsförderung entwickelt.

Die bisher angestrebten Änderungen stellen zweifelsohne Verbesserungen dar. Sie werden aber kaum zu einer wirklichen Lösung des Problems beitragen können. Das kann unserer Ansicht nach immer noch nur eine Studienförderung, die unabhängig vom Elterneinkommen ist. Der SSW-Antrag befindet sich ja noch in der Ausschußberatung. Ich hoffe, daß er dazu beitragen kann, daß wir einen Schritt in diese Richtung weiterkommen.

Was die Situation der **Frauen** an den Hochschulen angeht, so gibt sie bisher immer noch keinen Anlaß

(Anke Spoorendonk)

zum Jubeln, wenn es um andere Gruppen als die Studierenden geht. Es sind eindeutig schon Erfolge zu verzeichnen, aber der Frauenanteil in den höheren Positionen gibt keinerlei Anlaß zur Zufriedenheit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hier bleibt allerdings dann auch abzuwarten - möchte ich hinzufügen -, wie sich das neue Hochschulgesetz auswirken wird. In dem Gesetz sind ja Neuregelungen enthalten, die auch unserer Meinung nach wegweisend sein könnten - jedenfalls wenn es um die Gleichstellung, um die Gleichberechtigung geht. Darüber hinaus möchte ich hier und heute nicht weiter zur **Personalsituation** an den Hochschulen Stellung nehmen. Dazu werden uns die Beratungen zum neuen Hochschulgesetz noch reichlich Gelegenheit geben. Aus der Antwort der Landesregierung zur **Hochschulentwicklung** geht hervor, daß sich die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein seit 1987 maßgeblich verändert hat. Das sehen wir auch so. Und das begrüßen wir ausdrücklich. Nicht zuletzt begrüßen wir natürlich auch, daß die Landesregierung das Prinzip „Hochschulpolitik ist auch immer Strukturpolitik“ wirklich umgesetzt hat. Ich kann jetzt in Klammern hinzufügen, daß ich im Moment nicht weiß, wo sich dieser berühmte Spaten,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ich glaube, da gibt es zwei!)

der eigentlich in den achtziger Jahren den ersten Spatenstich zur **Universität Flensburg** machen sollte, befindet. Aber das ist ja ein Bild dafür, daß es ganz notwendig war, die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein zu verändern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade für strukturschwache Regionen wie den Landesteil Schleswig stellen starke Hochschulen einen nicht zu unterschätzenden Lebensnerv dar. Dies ist unter anderem ausschlaggebend für die Entscheidung gewesen, die Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule in Flensburg zu konzentrieren.

Allerdings bleibt für die Zukunft zu hoffen, daß die unglückliche Aufteilung mancher Studiengänge auf Kiel und Flensburg je nach Studienphase oder Schwerpunkt noch aufgehoben wird. Vor allem die Aufteilung von Grund- und Hauptstudium an zwei Orten bei der Sonderschullehrerausbildung belastet die Studierenden unnötig und dürfte auch in fachlicher Hinsicht nicht optimal sein.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist richtig!)

Wir hoffen, daß man hier zumindest schrittweise eine bessere Lösung finden wird. Und wir stehen dazu, daß es ein richtiger Kompromiß war; wir stehen auch dazu,

daß man sich ernsthaft überlegen sollte, ob man die Lehrerausbildung nicht weiter in Flensburg konzentrieren sollte. Denn die Lehrerausbildung stellt für die BU in Flensburg das Fundament dar.

Darüber hinaus ist es der Universität aber in den letzten Jahren - ich sage auch: in hervorragender Weise - gelungen, weitere Standbeine zu entwickeln. Die besondere Stärke und Perspektive dieser Hochschule liegt ja in ihrer Platzierung im Grenzland. Ich werde jetzt nicht das wiederholen, was ich mehrfach schon gesagt habe, nämlich daß die Weiterentwicklung dieser deutsch-dänischen Studiengänge in Kleinarbeit und unspektakulär erfolgt ist; denn die Zusammenarbeit mit den dänischen Hochschulen ist ein Lebensnerv der BU und muß auch schrittweise und mit Bedacht erweitert werden. Wenn aber die **deutsch-dänische Kooperation** verstärkt werden soll, setzt dies auch voraus, daß die BU Flensburg weiter gestärkt wird. Sie muß vor allem in die Lage versetzt werden, eine solide und breitgefächerte Zusammenarbeit über die Grenze hinweg eingehen zu können.

Für uns ist besonders die Entwicklung der Sydjysk-Universität interessant, weil mit ihr ein sehr starker Partner heranwächst. Voraussetzung dafür, daß sich dieses neue Bildungszentrum im südlichen Dänemark dauerhaft mit Flensburg verbindet, ist, daß wir es südlich der Grenze mit einem gleichwertigen Partner zu tun haben. Davon ist die BU allerdings noch um einiges entfernt. Ich werde jetzt nicht auf die Diskussion zwischen dem Ministerium und der BU eingehen. Dazu wird es noch genügend Gelegenheit geben.

Eine Bemerkung muß ich dennoch loswerden. Anscheinend hat es hier nicht nur Meinungsverschiedenheiten, sondern auch Kommunikationsschwierigkeiten gegeben. Die müssen ausgeräumt werden, denn man kann nur gemeinsam weiterkommen.

Wird die Chance der weiteren **Zusammenarbeit über die Grenze** hinweg nicht genutzt, dann geht uns für die **Hochschullandschaft** und für die Region als Ganzes etwas verloren, denn die Stärke dieser Zusammenarbeit liegt ja gerade darin, daß nicht nur Sprachkenntnisse vermittelt werden und vermittelt werden sollen, sondern daß man im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Instituts für Nordistik

(Anke Spoorendonk)

ernsthaft und konkret überlegt, wie man Kulturvermittlung stärken kann. Weil das aus unserer Sicht ein richtiger Ansatz ist, möchte ich hinzufügen, daß die Signale, die mir bezüglich der Besetzung der Dänisch-Professur zu Ohren gekommen sind, nicht so glücklich gewesen sind. Hier muß uns ein großer Wurf gelingen. Es kann nicht sein, daß man zu einem Sparmodell übergeht, daß man meint, man könne die Dänisch-Professur vielleicht auch noch mit der Friesisch-Professur verbinden. Da müssen wir uns genau überlegen, wie der nächste Schritt auszusehen hat.

Bezüglich des **Austausches** zwischen Gesellschaft und Hochschulen, insbesondere zwischen der **Wirtschaft** und den **Hochschulen**, kann die Verzahnung durchaus noch optimiert werden. Ein guter Ansatz dazu ist unserer Meinung nach die Schaffung von Beiräten an den Hochschulen, in denen - wie es das neue Hochschulgesetz auch vorsieht - Wirtschaftsvertreter sitzen. Daß auch hier bedeutende Impulse für die Strukturpolitik liegen, zeigen die geplante Einrichtung eines Studienganges Biotechnologie an der Fachhochschule Flensburg und insgesamt natürlich auch die Bemühungen, Flensburg als Standort für Biotechnologie zu stärken.

Bei den Fragen der CDU-Fraktion zur **Studierfähigkeit der Studienanfänger** klingt die altbekannte Annahme mit, das Abitur sei als allgemeine Hochschulreife nicht zu gebrauchen. Ich finde es äußerst bedenklich, diese Relation nur einseitig zu sehen. Angesichts der Zahl derer, die ihr Abitur nicht verwenden wollen, um eine Hochschulausbildung anzufangen, kann die Universitätskompatibilität nicht das einzige Kriterium sein. Eine solche Differenzierung halte ich für falsch, zumal die Gliederung des Schulwesens in der Bundesrepublik zu einem Zeitpunkt ansetzt, an dem weder Eltern noch Schüler noch Lehrer nur annähernd treffsicher sagen können, ob jemand nachher studieren wird oder nicht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Berichte der Landesregierung - insbesondere der Bericht zur Entwicklung und den Perspektiven der Hochschulen in Schleswig-Holstein - stellen ein großes Stück Fleißarbeit dar, für das wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungsministeriums Dank schulden. Das aufwendige Material stellt eine gute Grundlage für die weitere Beratung der Hochschulpolitik dar, vor allem auch für die Ausschlußberatung des Entwurfs eines neuen Hochschulgesetzes.

Ich habe vieles weggelassen, aber einen Aspekt möchte ich zuletzt doch noch anführen, weil er schon mehrfach - auch von uns - angesprochen wurde, als wir das Hochschulgesetz zuletzt debattierten. Es ist ganz entscheidend, daß wir uns auch bei der Weiterentwicklung der Hochschulen mit der Frage auseinandersetzen, wie mehr Demokratie in die Hochschulen hineinkommen kann. Wir müssen dafür sorgen, daß die Studierenden mehr Mitbestimmung bekommen, daß sich die Demo-

kratie verbreitet und daß heute mehr Demokratie an den Hochschulen gewagt wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich zunächst Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Kollegen Weber gebührt durchaus Anerkennung und Respekt für seinen Redebeitrag,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder
[SPD])

weil er sich nämlich bemüht hat - wie ich sehe, hat er dabei die Unterstützung seiner Fraktion -, ein durchaus realistisches Bild der Lage an den Hochschulen in Schleswig-Holstein zu zeichnen.

Herr Kollege Weber, Sie haben von **Krisenzeichen der Hochschulausbildung** gesprochen, von chronischer Unterfinanzierung, zu langen Studienzeiten, unzureichenden Investitionen in Gebäude und Geräte, mangelnder Praxisorientierung der Ausbildung, unterentwickelter internationaler Ausrichtung und mangelhafter Nachwuchsförderung. Meine Damen und Herren, das ist in der Tat ein realistisches Bild der Situation auch in Schleswig-Holstein, und das geht zu Lasten dieser Landesregierung. Das ist eine deprimierende Bilanz nach elf Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung.

Ich sage sehr klar und der Fairneß halber, auch in anderen Bundesländern gibt es natürlich diese Krisenzeichen. Aber der Kollege Dr. Klug hat meines Erachtens sehr deutlich gemacht, daß es Unterschiede gibt, daß die Lage in Bayern, Baden-Württemberg und in den süddeutschen Ländern deutlich besser als in Schleswig-Holstein ist.

(Zuruf von der CDU: Das war in Bayern schon immer so!)

- In der Tat hat Bayern immer einen großen Akzent auf eine zukunftsorientierte Wissenschafts- und Technologiepolitik gelegt. Die Früchte dessen kann man heute bewundern und einsehen.

(Thorsten Geißler)

In Ihrer Bilanz, Frau Erdsiek-Rave, hat die CAU einen bemerkenswert geringen Raum eingenommen. Das kann auch niemanden überraschen, denn wenn man sich heute die Bedingungen anguckt - es wird bemerkenswert gute Arbeit unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen geleistet -, stellt man fest, daß an vielen Ecken und Enden die Mängel nicht mehr länger zu verschleiern sind. Die Landesregierung hat den finanziellen Spielraum dieser Landesuniversität permanent verschlechtert. Daher ist sie auch im Ranking an vielen Stellen ohne eigenes Verschulden zurückgefallen.

(Ursula Kähler [SPD]: Das stimmt nicht!)

Wenn wir das nicht korrigieren, dann gerät der Hochschulstandort Schleswig-Holstein in Gefahr und verliert an Ansehen. Wir müssen dringend Akzente an dieser Stelle setzen.

Ich komme zum nächsten Punkt: Natürlich ist Hochschulpolitik immer auch **Strukturpolitik**. Niemand hat das jemals bestritten. Aber ich höre die Zwischentöne in Ihrer Rede, Frau Erdsiek-Rave. Da behaupten Sie, die Landesregierung habe ihre mutigen Vorleistungen für Flensburg erbracht. Wir haben Sie immer darauf aufmerksam gemacht: Die Verlagerung der Lehrerausbildung allein ist keine Zukunftsgarantie für Flensburg. Jetzt versuchen Sie, die Verantwortung auf die Region zu schieben, und sagen, jetzt sei Leistung in der Region gefragt. Wer die Tradition dieser pädagogischen Hochschule vergißt oder vernachlässigt, wird auf dem Weg zur lebens- und leistungsfähigen Universität scheitern.

Es mangelt doch nicht an **Konzepten** in Flensburg selbst. Natürlich hat man Ideen, welche lehramtsunabhängigen Studienplätze man verwirklichen möchte. Auch die Union - der Kollege de Jager hat zu Recht darauf hingewiesen - hat längst ein Konzept vorgelegt. Woran es fehlt, sind klare **Entwicklungsperspektiven** dieser Landesregierung. Flensburg wird zunehmend allein gelassen. Ich sage ganz klar: Wir als CDU-Fraktion werden ein klares Augenmerk darauf werfen, wie diese Landesregierung während des verbliebenen Rests ihrer Amtszeit mit dem Hochschulstandort Flensburg umgehen wird. Was wir brauchen, ist eine klare Konzeption in der Hochschulpolitik. Der Kollege de Jager hat vollkommen zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß es seit 1991 keinen neuen Landeshochschulplan gibt. Das vermissen wir, weil der Landeshochschulplan die Grundlage für eine konzeptionelle, sachorientierte und zukunftsorientierte Hochschulpolitik ist. Meine Damen und Herren, ich fordere die Landesregierung nachdrücklich auf: Setzen Sie zumindest endlich das Verfahren in Gang, damit wir in der Hochschulpolitik für Schleswig-Holstein ein Stück weiterkommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon erwähnt worden, aber ich möchte es auch noch einmal ansprechen: Wer über die Hochschulpolitik der Landesregierung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN redet, wer ein Fazit über zwölf Jahre sozialdemokratischer Politik ziehen möchte - und das wollen Sie ja, sonst hätten Sie einen anderen Berichtszeitraum für diese Daten gewählt -, muß auch darüber reden, was diese Politik für die Region des Landes gebracht hat.

Das erste Mal in ihrer Geschichte überhaupt hat die **Westküste** Schleswig-Holsteins eine eigene **Hochschule** erhalten, nämlich die Fachhochschule Westküste. Wissen Sie, was das bedeutet? - Junge Menschen aus der Region sind nicht mehr dazu verdammt, die Region zu verlassen, wenn sie sich weiterbilden wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch wichtiger ist aber, daß die Region direkten **Zugang zur Technologieentwicklung** in der Welt hat. Bisher war sie abgehängt. Es kommen neue Menschen in die Region, die ihr Wissen, ihre Dynamik und auch ihre Ansprüche mitbringen. Früher war es so, daß es zu einem ständigen Abfluß von Menschen kam, da diese nicht bei uns bleiben konnten. Darunter hat die gesamte Region gelitten; sie blutete aus und konnte mit Recht darüber klagen, daß man sie vergessen hatte.

Wenn jetzt ein Bundestagsabgeordneter aus Harburg meint, Hochschulpolitik habe nichts mit **Strukturpolitik** zu tun, dann kann man ihm nur empfehlen, einmal auf den Deich vor seinem Tönninger Ferienhaus hinaufzugehen und über die Eider zu blicken. Das würde ihm etwas bringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist ja nur in den Ferien da!)

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

Wenn er das nämlich nicht tut, dann läuft er Gefahr, daß der Deich vor seinem Haus zu einem Brett vor seinem Kopf wird.

(Beifall bei der SPD)

Es war eben die SPD-Landesregierung - das ist nicht zu leugnen -, die in diesem Bereich an der Westküste Abhilfe geschaffen hat. Dieser Schritt kann aus unserer Sicht nur mit so wichtigen Gründungen wie die der CAU im 17. Jahrhundert verglichen werden. Das war damals eine Vision für das ganze Land und wahrscheinlich die wichtigste Leistung der Gottorfer Herzöge, auch wenn Anke Spoorendonk den Namen „Gottorfer Herzöge“ nicht gern hört.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So wie sich das Ganze damals auf das Land ausgewirkt hat, so wird sich die FH Westküste auf die Entwicklung der Westküste auswirken. Dies ist eine Folge, die nicht hoch genug geachtet werden kann. Insofern können wir der Landesregierung nur dankbar sein und stolz sein, daß sie es geschafft hat, hier an der Westküste Zeichen zu setzen, die weit in die nächsten Jahrhunderte hineinwirken werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es waren die SPD und die Landesregierung aus SPD und Grünen, die etwas für die Westküste getan haben. Die anderen Landesregierungen haben Forderungen immer nur im Munde geführt, aber keine Taten gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen können wir von der Westküste auf unsere Landesregierung stolz sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir ja bei der Wahl sehen, wie stolz Sie sein werden!)

- Herr Kubicki, wissen Sie eigentlich, was Talleyrand über Napoleon gesagt hat?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das weiß ich!)

- Das sollten Sie sich zu Herzen nehmen!

Eines möchte ich noch betonen: Es wird immer gesagt, die Bayern seien das große Vorbild. Ich möchte daran erinnern, daß es genau umgekehrt war: Dies waren die Nordlichter in Bayern. Ich weiß nicht, ob Sie diesen Begriff kennen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ja, ja!)

Wir sind nämlich die Nordlichter, und wir sind stolz darauf. Es war König Max Joseph I., der die norddeutschen Universitätsprofessoren an seine Universität nach München geholt hat, damit endlich die Bildung in Bayern vorankommt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das wissen wir!)

Sehen Sie, wir sind immer noch Exportschlager.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Plüschau das Wort.

Helmut Plüschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt Erfolgsgeschichten. Diese soll man auch nennen. Auch wenn sich die Fragen und Antworten im Rahmen der vorliegenden Tagesordnungspunkte nur mit den staatlichen Hochschulen befassen, so ist es doch sinnvoll, auch einmal die hervorragenden Leistungen der privaten Einrichtungen, der Fachhochschule Wedel und der Nordakademie in Elmshorn, ins Blickfeld zu rücken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Das sind nämlich Erfolgsgeschichten der Landesregierung. Das muß man eindeutig feststellen.

(Beifall bei der SPD - Roswitha Strauß [CDU]: Trotz der Landesregierung! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Dazu mußten wir Sie hintreiben!)

- Sie sind nicht im Bilde, Herr Dr. Klug!

Die **Nordakademie Elmshorn** mit 600 Studenten, die bekanntlich von der Privatindustrie im Rahmen des dualen Systems getragen wird, hat 1998 in einer Untersuchung der Stiftung Warentest - nun hören Sie gut zu! - beim Ranking von 91 öffentlichen und privaten Fachhochschulen mit der Gesamtnote 1,2 bei weitem das beste Ergebnis in der gesamten Bundesrepublik erhalten. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Bemerkenswert ist, daß im Rahmen eines zielorientierten Studiums mit der Perspektive ab 2002 mit sechs anderen Fachhochschulen der **Aufbau einer virtuellen Fachhochschule** geplant ist.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

(Helmut Plüschau)

- Ja, das ist ein großer Vorteil! - Somit wird ein Online-Studium ermöglicht und werden die herkömmlichen Veranstaltungen ergänzt. Den Studenten ist durch diese zielorientierte Studienmethode eine Chance auf dem Arbeitsmarkt gegeben. Sie werden spätestens einige Monate nach ihrem Examen auf dem Arbeitsmarkt unterkommen, wenn sie nicht schon vorab Verträge abschließen und von der Industrie abgesogen werden. Gerade im Umfeld von Hamburg ist das natürlich etwas leichter. Die Nachfrage - von 2.000 Bewerbern werden 150 angenommen - wirft geradezu die Frage auf, ob hier nicht eine Kapazitätsausweitung erfolgen müßte. Denn das ist eine Erfolgsgeschichte, die eine Fortsetzung erfahren muß.

Die **Fachhochschule Wedel** mit über 1.100 Studierenden wird von der Landesregierung jährlich mit 4,2 Millionen DM unterstützt und in die Gemeinschaftsaufgabe der Hochschulbauförderung einbezogen. Die Fachhochschule Wedel hat 1998 ihren 50. Geburtstag gefeiert. Sie ist dabei aber nicht stehengeblieben. Sie hat neue Studiengänge eingerichtet, und sie hat den Bereich der Medieninformatik ausgeweitet auf 320 Studierende, zehn Professoren und 15 Assistenten. Dieses Verhältnis muß man sich einmal deutlich machen, Herr Dr. Klug, um die bestehenden Erfolge zu erkennen. Sie hat also in der Zusammenarbeit mit den Hamburger Medienanbietern ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Die dort Studierenden werden geradezu abgeworben.

Ich sehe, ich muß zum Schluß kommen. Aber ich muß feststellen, daß die Erfolgsgeschichten dieser Fachhochschulen nicht wegzudiskutieren sind. Ich danke dafür der Landesregierung und bitte die Kultusministerin und den betreffenden Staatssekretär, daß, auch wenn von der Fachhochschule Wedel noch Forderungen gestellt werden, diese bedacht und gefördert werden, damit wir noch mehr Studierende in der Wirtschaft unterbringen können, die dann den Arbeitsmarkt und unseren Wirtschaftsstandort beleben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Franzen das Wort.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche hier als Nichtlehrerin. Das ist für meine Fraktion nicht selbstverständlich. Ich spreche ohne Studienerfahrung in Flensburg oder Schleswig-Holstein. Ich habe eine Erfahrung im Fachstudium Hannover gemacht. Herr Dr. Klug, ich halte es für einen großen Vorteil, auch als Landesbeamtin auswärtig ausgebildet zu sein. Ich spreche insofern sicherlich als Flensburger Abgeordnete - das wird man hören können -, aber auch als Nutzerin

des Bildungssystems, als Schülerin und Mutter. Auch da gibt es Erlebnisse, über die man Bücher schreiben könnte.

Bezüglich des **Standortes Flensburg** will ich ausdrücklich hervorheben, daß wir dort bis 1998 gemeinsam mit Bund-Länder-GA-Mitteln 81,6 Millionen DM investiert haben. Davon können sich alle Vorgängerregierungen eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei der SPD)

Das kleine Gebäude, das Sie uns an die Mürwiker Straße hingestellt hatten, wäre längst nicht genug gewesen. Es gibt bereits auf dem Sandberg eine gemeinsame Bücherei. Sie wird bereits benutzt. Weitere Gebäude sind im Bau. Dies ist eindrucksvoll. Der Bau einer Mensa und eines Audimax wird folgen. Damit wird dem Herzenswunsch nach einem Campus, der ja berechtigt ist, nachgekommen. Ohne diese zentralen Einrichtungen läßt sich ein Campus schwer entwickeln. Wir sind dabei, dies zu schaffen.

Wir haben 1994 die Pädagogische Hochschule - eine der letzten in der Bundesrepublik - in die **Bildungswissenschaftliche Hochschule/Universität** umgewandelt. Damit haben wir - das wissen gerade wir Flensburger Abgeordneten aus vielen Gesprächen - einem Herzenswunsch vieler Professoren entsprochen. Nun gilt es zu powern. Das sei noch einmal von hier in Richtung Flensburg gesagt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als PH, als Regionalhochschule wäre kein Überleben möglich gewesen. Die Zahl der Studierenden ging bis 600 hinunter. Ich sage ganz deutlich: Ohne die zweifache Vitaminspritze aus Kiel - es kam ja zu zwei verschiedenen Stärkungsaktionen - wäre die weitere Existenz der Pädagogischen Hochschule nicht möglich gewesen. Heute haben wir dort 2.200 Studenten. Das ist sicherlich gut.

Ich will den gemeinsamen Studiengang für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen besonders positiv hervorheben, wobei die Fachhochschule die grundsätzliche Fachausbildung durchführt und die pädagogische Ausbildung von der Bildungsuniversität übernommen wird. Das war ein Herzenswunsch unseres ehemaligen Abgeordneten Uwe Gunnesson, der hier noch einmal genannt werden soll. Dies ist ein gutes Bindeglied zwischen den beiden Hochschulen. Wenn es

(Ingrid Franzen)

dazu Kritik der Universitäten aus dem Rest des Landes und auch Kritik seitens der Berufsschulverbände gibt, dann habe ich dafür kein Verständnis. Denn wir bilden für den Markt aus. Wir bilden für die Wirtschaft, den Mittelstand und das Handwerk aus. Die dort ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer werden hervorragend sein.

Die Fachhochschule hat sich weiterentwickelt. Ich freue mich, Frau Ministerin, daß es eine gemeinsame bundesweite Werbung für die Fachhochschulen im Bereich der technischen Studiengänge gibt. Wir haben gerade Motorola besucht. Dort sucht man händeringend wieder junge Leute. Ich glaube, wir können uns freuen, daß Sie dort hilfreich sind.

Zur CDU will ich am Schluß auch noch ein Wort sagen. Ich glaube, Sie liegen eindeutig falsch mit Ihrer Schwerpunktlegung auf die Euro-Universität. Wir brauchen hier in Flensburg schon das Lehramtsstudium so, wie es zugeordnet ist, als grundsätzliche Auslastung. Und dann kann und muß uns in Flensburg auch noch viel einfallen, damit es weiter eine Erfolgsstory bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, Herr Geißler, weil es mich sehr nachdenklich gemacht hat, was Sie gesagt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Immerhin!)

Zunächst mußten Sie Wert darauf legen, alles schlechtzureden. Was aber tatsächlich an Aufwuchs vorhanden ist, ist selbstverständlich über das ganze Land verteilt, wenn auch etwas mühsam, weil ja der Bund seine Mittel in den vergangenen Jahren auch nicht gerade aufgestockt hat. Das sollte man ehrlicher Weise doch hinzufügen.

Was ich außerdem noch bemerkenswert finde, ist folgendes. Wenn man über die **regionale Ausweitung von Wissenschaftsstrukturen** redet und wir uns doch offensichtlich darüber einig sind, daß Bildungspolitik auch Regionalpolitik ist, dann kommt mir eine vergleichsweise unsägliche Debatte an der Westküste in den Sinn, bei der Wissenschaft systematisch und mit Mithilfe Ihrer Partei, Herr Geißler, verdächtigt und schlechtgemacht wird. Das ist die Nationalparkdebatte.

(Unruhe und Zurufe von der CDU)

Ich habe so etwas in den neunziger Jahren dieses Jahrhunderts nicht für möglich gehalten, was ich da hören mußte an Sätzen wie, die seien ja nur zugereist, die würden nur auf Staatskosten leben, sie würden nur um sich selber kreisen und sich kaum um die Belange der Menschen in der Region kümmern.

Dies alles, Herr Geißler, trägt mit dazu bei, daß Menschen, die sich möglicherweise für eine wissenschaftliche oder auch eine praktische Hochschulkarriere entscheiden, eher abgeschreckt werden. Sie sagen eher, ich gehe lieber aus Schleswig-Holstein weg; hier ist das Klima ungeeignet. Das wollte ich Ihnen gerne noch mitgeben, damit Sie das Bild komplett haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Ingrid Franzen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat nun Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar kurze Bemerkungen, alles weitere dann im Ausschuß! Als erstes ein Wort zu den Zielvereinbarungen, Herr de Jager. Ich erinnere mich gut, daß Sie bei der Debatte um das Hochschulgesetz nachgefragt haben, auf welcher Rechtsgrundlage wir verfahren würden, wenn wir jetzt schon mit den **Hochschulen** Zielvereinbarungen erarbeiten. Heute verlangen Sie, daß wir das, was in Zukunft Element in den Zielvereinbarungen sein soll, nämlich die jährliche Übertragung der Reste auf das nächste Haushaltsjahr, bereits vollziehen. Ich finde etwas merkwürdig, was Sie da sagen.

(Jost de Jager [CDU]: Das wäre glaubwürdig von Ihnen!)

Zu dem Aufhänger, den Sie dazu benutzt haben, nämlich die **Finanzierung** der in den Hochschulhaushalten natürlich nicht einkalkulierten Besoldungserhöhung in diesem Jahr, ist folgendes festzuhalten. Die 3,9 Millionen DM, die wir dafür zusätzlich zur Verfügung gestellt haben, und die Sicherstellung der Finanzierung der **Haushaltsreste** in Höhe von 4 Millionen DM, waren wahrlich keine Selbstgänger. Ich will dem Finanzminister ausdrücklich dafür danken, daß dies nun möglich geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Wir haben den Hochschulen damit kräftig unter die Arme gegriffen. Es geht eben nicht mehr alles hundertprozentig. Das, was wir geleistet haben - das zeigen im übrigen auch die Reaktionen der Hochschulen -, war durchaus ein Beitrag, der sich sehen lassen kann.

Zu den **Strukturempfehlungen des Wissenschaftsrates**, die Sie auch angesprochen haben, Herr de Jager - Sie haben vermißt, daß zu diesem Thema in dem Bericht ausführlicher Stellung genommen wurde -, ist zu sagen, daß die diesbezüglichen Überlegungen der Landesregierung, wie den Strukturempfehlungen des Wissenschaftsrates gefolgt werden soll, bis zur Sommerpause abgeschlossen sein werden. Ich wünsche mir natürlich bei dem Ziel, das wir dabei verfolgen, nämlich die Hochschulen weiter zu profilieren, daß diese Empfehlungen des Wissenschaftsrates beachtet werden und daraus wirkliche Chancen für die Universitäten, insbesondere in Kiel und Lübeck, sowie die Kliniken entwickelt werden, daß diesen Vorschlägen gefolgt wird und Sie sie unterstützen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist doch keine Bibel!)

Ich habe aus Ihren Anmerkungen dazu ein paar konstruktive Vorschläge herausgehört.

(Jost de Jager [CDU]: Sie brauchen ihnen nur zu folgen!)

Zu den **ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen**, Herr Dr. Klug, ist zu sagen, daß wir natürlich nicht beabsichtigen, Studienplätze abzubauen. Wir wollen vielmehr in der gemeinsamen Initiative der Fachhochschulen in dieser Woche wirklich versuchen, Studienanfänger zu werben, und zwar nicht nur in den Berufsoberschulen, sondern in Zukunft auch in den Gymnasien.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Daß dies zum erstenmal von allen Fachhochschulen gemeinsam mit der Landesregierung geschieht, daraus können Sie ersehen, daß wir nicht nur das Problem gesehen haben, sondern auch etwas tun wollen, damit in diesem Bereich wirklich Nachwuchs ausgebildet wird, der noch dazu steigende Berufschancen hat.

Zu **Flensburg** und zu den **Hochschulen** insgesamt ist folgendes zu sagen, Herr de Jager. Sie mahnen hier gewissermaßen eine Konzeptplanung von oben an, die man dann den Hochschulen überstülpen kann. Das ist nicht mein Verständnis von Autonomie. Alle Hochschulen arbeiten derzeit an eigenen Hochschulentwicklungskonzepten. Diese werden auf der sogenannten Arbeitsebene besprochen und dann zwischen dem Ministerium und den einzelnen Hochschulen erörtert. Aus Flensburg ist ja bereits einiges an die Öffentlichkeit gedrungen, aus dem Sie ersehen können, daß an den Hochschulen selbst gearbeitet wird. Sie sollen sich ja auch von innen heraus reformieren, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Abschließend lassen Sie mich folgendes sagen. Wer an der Klagemauer steht, bewegt sich zwar, aber er kommt nicht voran. Dieses Zitat von Herrn Landfried will ich hier gern noch einmal bringen. Es gibt so etwas wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Da muß man aufpassen. Bei allen Klagen über Unterfinanzierungen und Überbelastungen sollte ein Hochschulstandort und sollten auch die betroffenen Hochschulen nicht dazu beitragen, sich selbst schlechtzumachen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh Gott!)

Das dient nicht dem internationalen Renommee und Wettbewerb. Es ist eine gewisse Gratwanderung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sage ich in vollem Ernst. Ich finde, unsere Hochschulen im Land müssen sich nicht verstecken.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Sie sind allerdings schlecht beraten, wenn sie ihr Heil darin suchen wollten, immer nur mehr Geld zu fordern. Hochschulpolitik besteht nicht nur aus Geldbeschaffung, lieber Herr de Jager,

(Jost de Jager [CDU]: Wollen Sie wieder Plakate kleben?)

sondern der Auftrag an die Hochschulen ist wirklich einer, sich von innen heraus zu verändern und zu reformieren. Ich finde, auch da sind die Hochschulen schon auf einem guten Weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Mir ist mitgeteilt worden, daß die CDU-Fraktion bittet, sowohl die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2122, als auch den Bericht der

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Landesregierung über die Langzeitstudierenden, Drucksache 14/2161, in den Bildungsausschuß zu überweisen. Ich gehe davon aus, daß dies zur abschließenden Beratung sein soll.

(Zurufe: Ja!)

Das ist so gewünscht. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 1998/1999

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2146

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie erinnern sich alle an die hervorragende Aktion „Schüler helfen Leben“ der Landesschülervertretung. Ich gehe davon aus, daß wir alle hier im Hohen Hause diese Aktion nicht nur gutheißen und gutgeheißen haben, sondern sie auch mit Nachdruck unterstützen und unterstützen.

Wie würden Sie eigentlich darauf reagieren, wenn ich diesen jungen Menschen sagen würde: „Eure Aktion ist hervorragend, aber alle Maßnahmen und Aktionen dazu führt ihr bitte am Nachmittag und am Wochenende durch. Wenn ihr das nicht tut, erhöht ihr den statistischen Unterrichtsausfall“?

Jeder von Ihnen würde wahrscheinlich an dieser Stelle sagen: Absurd! Die jungen Menschen lernen vielleicht in solchen Aktionen und Maßnahmen mehr als von mancher Unterrichtsstunde. Und - das will ich Ihnen ganz ehrlich sagen - da ist es mir egal, daß die Teilnahme an solchen Aktionen letzten Endes statistisch jedenfalls als Unterrichtsausfall gewertet wird.

(Beifall bei der SPD - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

- Danke! Unter dem Strich hat diese Aktion etwas gebracht, auch wenn sie sich unter dem Strich in der Statistik negativ abbildet. Und in diesem Sinne muß man jede Statistik und alle Zahlenkolonnen in allen Berichten immer in Frage stellen. Das haben wir auch bei dem eben diskutierten Thema gesehen.

Dennoch: Die Zahlen im Bericht sprechen natürlich auch eine beredte Sprache. Erstens zeigen sie, wie ich finde, daß wir uns für eine gute **Unterrichtssituation** in Schleswig-Holstein heftig angestrengt haben. Ich verhehle dabei nicht, daß es bei ungefähr 1.100 Schulen in Schleswig-Holstein immer wieder auch zu Engpässen und zu schwierigen Situationen kommt, durch langfristige Erkrankungen und schwierige Umstände vor Ort,

die ich nicht im einzelnen beschreiben will, die ich aber natürlich sehr gut kenne und die jeder von Ihnen ebenfalls kennt. Aber die Gesamtschau ergibt ein gutes Bild von Qualität an unseren Schulen, ein gutes Bild von wirklich vielfältigen innovativen Ansätzen, von vielfältiger Beteiligung an Wettbewerben in ungewöhnlich hoher Zahl, an Programmen und ähnliches, sei es nun das Bund-Länder-Projekt zum mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht oder sei es die Zahl der COMENIUS-Schulen, also der Schulen mit europäischem Austausch, die in Schleswig-Holstein bundesweit mit am höchsten ist.

Dies alles und vieles mehr, was ich noch aufzählen könnte, wäre wohl kaum möglich, wenn die Situation so dramatisch schwarz wäre, wie Sie sie immer gern malen wollen, meine Damen und Herren von der Opposition.

Zweitens: Das **Unterrichtsangebot** an den Schulen ist deutlich erhöht worden.

Drittens: Die **Klassenfrequenzen** sind in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern am niedrigsten und bleiben es; das ist Fakt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens: Der durchschnittliche **Unterrichtsausfall** ist gesunken. Der Ländervergleich der erteilten Unterrichtsstunden je Schüler siedelt Schleswig-Holstein in vielen Bereichen über dem Durchschnitt an.

Ich füge noch einen Vergleich hinzu, weil er eben auch in der Hochschuldebatte eine Rolle gespielt hat: Wieviel Geld wird eigentlich pro Schüler insgesamt aufgewendet? Ein Vergleich, den das „Flensburger Tageblatt“ in der letzten Woche in seinem Beitrag genannt hat, besagt, daß nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Schleswig-Holstein für das Lehrpersonal an den allgemeinbildenden Schulen pro Jahr und Schüler 9.200 DM zahlt; Bayern gibt ebensoviel aus. Punkt! - Soviel zum Süd-Nord-Gefälle!

In Schleswig-Holstein steht die Qualität des Unterrichts im Mittelpunkt, und wir stellen uns nationalen und internationalen Vergleichen. Unsere Schülerinnen und Schüler müssen sich vor diesen Vergleichen nicht fürchten, ebensowenig wie die Schulen, die zukunftsorientiert arbeiten. Ich stelle immer häufiger mit großer Befriedigung fest, daß Computer in unseren Schulen eben nicht mehr nur in Computerräumen

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

stehen, sondern zunehmend auch zum selbstverständlichen Inventar der Klassenräume gehören. Auch wenn Sie das nicht glauben wollen, Herr Kollege Kubicki: Ich war in der letzten Woche in einer kleinen Schule in Groß Wittensee, in einer kleinen Grundschule.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da waren Sie überrascht, daß kein Internetzugang da war!)

- Wie bitte?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe es gelesen! Sie waren überrascht, daß kein Internetzugang da war! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weiterreden! So wichtig ist das nicht!)

- Ja; die haben mir auch erklärt, warum nicht! Ich war nicht überrascht; ich habe ihnen vorgeschlagen, sich an dem Programm der Landesregierung, in dessen Rahmen Geld für Internetzugänge - natürlich auch für Grundschulen - zur Verfügung steht, zu beteiligen. Der Bürgermeister hat allerdings sehr skeptisch geguckt; das muß ich dazu sagen.

Das **Internet** findet in vielen Schulen als Rechercheinstrument und als Instrument zur Kommunikation mit anderen Schulen Einsatz, und der Landesbildungsserver wird von den Lehrkräften zur eigenen Professionalisierung und zur eigenen Fortbildung genutzt.

Trotz der um 4.500 Köpfe gestiegenen Zahl der Schülerinnen und Schüler, trotz der so engen Finanzspielräume, die wir haben, zeigt der Bericht zur Unterrichtssituation, daß wir in vielen Bereichen erfolgreich sind: Die Klassenfrequenzen sind nicht oder nur sehr unwesentlich erhöht worden - das können Sie im einzelnen nachlesen -, und im Gegensatz zu so manch anderem Bundesland ist jede freigewordene Stelle wiederbesetzt worden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusätzliche 100 Stellen wurden im Schuljahr bereitgestellt, 150 Stellen im Schuljahr davor. Durch die Neuregelung der Ausgleichsstunden - zugegeben: das hat zu erheblichen Belastungen für die Lehrerinnen und Lehrer geführt - konnte zusätzlicher Unterricht im Umfang von 340 Stellen erteilt werden. Insgesamt wurden 1.130 junge Lehrer in diesem Schuljahr in den Schulen eingestellt. Der Beruf der Lehrerin und des Lehrers - das zeigt sich an dieser Zahl, und das wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken - ist wieder ein Beruf mit hervorragenden Berufs- und Nachwuchschancen. Es wird uns gelingen - es ist uns in diesem Jahr gelungen und wird in den nächsten Jahren erst recht gelingen -, die Kollegien in unseren Schulen nachdrücklich zu verjüngen.

Meine Damen und Herren, die rote Lampe hier am Pult leuchtet; es ist wirklich schwierig, mit so kurzen Redezeiten zurechtzukommen.

Kleine Klassen ermöglichen intensiven Unterricht, kleine Schulen ermöglichen gute pädagogische Arbeit.

Das alles ist uns lieb, aber natürlich auch teuer. Trotzdem sind diese Entscheidungen richtig, und wir bleiben dabei.

Meine Damen und Herren, es ist klar: Die unterschiedliche Situation im Norden und im Süden des Landes, die unterschiedliche Situation an manchen Schulen und Schularten auch im Hinblick auf das Thema Unterrichtsausfall zeigt, daß wir nach wie vor nicht zu einer gänzlich befriedigenden Situation gekommen sind. Statistisch ist der Wert akzeptabel, aber es gibt natürlich immer noch Engpässe, und ich bin dankbar, wenn wir dafür in Zukunft auch zu angemessenen finanziellen Lösungen kommen.

Aber auch hier gilt der Satz:

(Glocke des Präsidenten)

Die Qualität von Bildung ist gewiß nicht nur eine Frage der finanziellen Ressourcen; aber mit unseren finanziellen Anstrengungen tragen wir in Schleswig-Holstein erheblich zur Qualität von Schulbildung bei.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht und eröffne jetzt die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Berichte sind das eine, die Wirklichkeit an den Schulen im Lande ist das andere. Ich habe bereits in der letzten Debatte, die wir hier im Hause über den **Unterrichtsausfall** geführt haben, gesagt: Den Eltern und den Schülern ist es egal, ob wir über Unterrichtsausfall, Unterrichtsfehl oder über Unterrichtsdefizit sprechen; sie merken, daß in den Schulen zu wenig Unterricht ankommt. Das müssen wir eben auch in der heutigen Debatte erneut konstatieren.

Sie, Frau Erdsiek-Rave, haben gesagt, es sei ja geradezu unredlich, wenn man Einzelbeispiele herausgreife, weil die Gesamtschau ein gutes Bild abgebe. Das bestreite ich. Wenn Sie Schulen besuchen - Sie besu-

(Jost de Jager)

chen ja immer nur Vorzeigeschulen oder solche, die Sie dafür halten -,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Das ist ja wohl eine Frechheit!)

wenn Sie sich wirklich ein umfassendes Bild machen würden, dann würden Sie mir glauben, daß die Beispiele, die ich Ihnen gleich nennen werde, wirklich charakteristisch für die Lage in diesem Lande sind. Ich möchte einige Beispiele nennen, zum Beispiel in **Fockbek**, Kreis Rendsburg-Eckernförde. Dort demonstrieren - oder „streiken“, muß man sagen - am 9. Juni dieses Jahres die Eltern zusammen mit den Schülern unter dem Motto „Das Maß ist voll“. Der Grund, weshalb sie dort streiken und eine Protestaktion veranstalten, die landesweit für Aufsehen sorgen wird, weil wir so etwas nicht so häufig haben, daß Schulen bestreikt werden, liegt darin, daß an dieser Schule in den vergangenen 19 Wochen 1.820 Schulstunden nicht erteilt worden sind. 1.820 Schulstunden nicht erteilt in 19 Wochen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr de Jager, reden Sie doch das Land nicht schlecht!)

Das ist kein Einzelbeispiel, meine Damen und Herren, sondern das spricht doch wirklich Bände für die Zustände an diesen Schulen.

Ein weiteres Beispiel - verzeihen Sie mir, daß ich erneut den Kreis Rendsburg-Eckernförde nehme, aber dort komme ich nun einmal her - ist der Ort Hanerau-Hademarschen. Dort ist es zum Beispiel so, daß die viel gelobte und viel zitierte **Lehrerfeuerwehr** nicht greift; mittlerweile wird dort überlegt, den langanhaltenden Unterrichtsausfall wegen Erkrankung von Kollegien dadurch aufzufangen, daß man den Unterricht durch eine qualifizierte Mutter erteilen läßt. Ich frage mich, ob dies noch eine vernünftige Schulpolitik ist, wenn Schulen gezwungen sind, zu solchen Mitteln zu greifen. Das ist es nicht, und dies ist ein weiteres Beispiel dafür.

(Beifall bei der CDU)

Weil ich nun eben nicht nur Beispiele aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde anführen möchte, sondern auch aus anderen Regionen dieses schönen Landes, möchte ich noch ein Beispiel auf der Insel Sylt nennen. In der Grundschule in **Hörnrum** gehen die Eltern ebenfalls auf die Barrikaden, weil von 2,5 Stellen eine Stelle jetzt frei wird und es die Landesregierung versäumt hat, für Ersatz zu sorgen, oder die Ausschreibung für die Schulleiterstelle viel zu spät in Gang gesetzt hat. Dort ist man sauer. Auch dort geht man auf die Barrikaden. Daran können Sie also erkennen: Die Unzufriedenheit ist allenthalben groß.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie schmeißen alles in einen Topf, Herr de Jager! So kann man doch nicht diskutieren!)

Alle Beispiele, die ich genannt habe, haben eines gemeinsam: Es geht um die Unterrichtsversorgung, und es geht - das hängt nämlich schon vom Sinn her damit zusammen - um die **Lehrerversorgung**. Sie muß besser werden, denn ohne eine spürbare Verbesserung der Lehrerversorgung in den Schulen werden wir eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung nicht hinbekommen. Das ist ein ganz logischer Zusammenhang. Man kann gar nicht anders, als in schulpolitischen Debatten immer wieder auf dieses Thema zurückzukommen. Deshalb müssen wir uns Mittel und Wege überlegen, wie wir es schaffen können - auch angesichts des Schülerberges, der nach wie vor auf uns zukommt -, innerhalb kürzester Zeit in einem nennenswerten Umfang wirklich viele Lehrerplanstellen zur Verfügung zu stellen. Da landen wir immer wieder bei der **Verbeamtungspolitik**.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja!)

Daß wir die Verbeamtung betreiben müssen, zeigen auch Zahlen, die ich jetzt besser zitieren kann, weil sie aus Ihrem Bericht stammen. Wir liegen eben in weiten Teilen im Bundesvergleich hinten.

Ich darf zum Beispiel die **Schüler-Lehrer-Relation** herausgreifen. Bei der Hauptschule liegen wir im Bundesvergleich auf Platz 12 der Länder, und bei den Schulen für Behinderte liegen wir sogar auf Platz 14. Frau Schröder nickt. Sie beklagt regelmäßig in den Debatten, daß dies ein wunder Punkt sei. Nur, wenn das als wunder Punkt definiert ist, muß man irgendwann anfangen, etwas dagegen zu unternehmen. Diese Zahlen finden wir seit Jahren im Bericht. Sie ändern sich nicht. Also tun Sie offenbar nichts.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb bleiben wir bei unseren Forderungen beispielsweise nach einer systematischen **Erhebung des Unterrichtsfehls**. Das ist möglich. In den Schulen liegen die Zahlen vor. Wir haben von den Berufsschullehrerverbänden erfahren, daß an den Berufsschulen von einem Unterrichtsdefizit von 15 % ausgegangen wird. Dies könnte man erfassen, indem man das Unterrichtsfehl wieder erhebt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Das scheitert nicht an der Methode, sondern daran,

(Jost de Jager)

daß Sie die Ergebnisse fürchten. Deshalb machen Sie es nicht.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Wir bleiben auch bei unserer Forderung nach einer verbindlichen **Studentafel**.

Ich hatte mir noch einige Repliken auf das, was Sie gesagt haben, aufgeschrieben. Darauf werde ich in einem Dreiminutenbeitrag zurückkommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schröder das Wort.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr de Jager, ich war wirklich lange Zeit und an verschiedenen Schulen im Schuldienst. Dies war vor zwölf Jahren, also zu einer Zeit, in der die Schülerinnen und Schüler immer weniger wurden, die Lehrerzahl aber stabil blieb und die Finanzen noch besser waren als heute. Dennoch hat es auch damals Einzelbeispiele erheblichen Unterrichtsausfalls gegeben. Außerdem herrschte Reformstau.

Inzwischen ist viel in den Schulen passiert, und wir haben momentan eine ansteigende **Schülerzahl** zu verzeichnen. Zugestanden, die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer mußten große Belastungen hinnehmen, um diese ansteigenden Schülerzahlen zu verkraften. Aber der Bericht zur Unterrichtssituation belegt den Erfolg der Maßnahmen. Die **Unterrichtssituation** ist stabil geblieben.

Bayern wird immer wieder zitiert. Die Ministerin hat aber darauf hingewiesen, daß wir für die Schulen die gleichen Mittel ausgeben und daß die Bayern eben größere Klassen haben. Das wollen wir nicht.

Man kann natürlich auch, wie jetzt in **Hessen** neu geplant, den **muttersprachlichen Unterricht** abbauen und die **Integration** abschaffen. Dann gewinnt man ein paar Planstellen. Aber auch das wollen wir nicht.

Wenn man den Bericht bezüglich der **Berufsschulen** nachliest, so erfährt man, daß sich die **Ausbildungsplatzinitiative** der Landesregierung und der Wirtschaft nunmehr auswirkt. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Vollzeitbereich sank um 2,8 %.

Herr de Jager, Sie haben darauf hingewiesen - das habe ich mir natürlich auch notiert -, daß die Unterrichtsversorgung in **Grund-, Haupt- und Lernbehindertenschulen** nicht gut ist,

(Ursula Röper [CDU]: Schon seit Jahren!)

während sich die Gymnasien über einen zweiten Platz freuen können. Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, daß die Ministerin den benachteiligten Schularten bei der Verteilung von Planstellen künftig endlich den Vorrang geben will.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Unterrichtsausfall wird in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Ländern seit 1977 - damals regierte nicht die SPD-Mehrheit - regelmäßig erhoben. Er liegt mit 4,8 % gegenwärtig unter dem Wert des Erhebungszeitraumes. Die Maßnahmen beginnen also zu greifen, auch wenn mehr Gelder wünschenswert wären.

Ich will auch noch darauf verweisen, daß in der Wirtschaft 7 % Arbeitsausfallzeiten ermittelt wurden.

Die Übergänge in die **weiterführenden Schularten** differieren nach dem Bericht erheblich. So besuchen zum Beispiel im Kreis Stormarn 11,9 % die Hauptschule. Im Kreis Schleswig-Flensburg sind dies 25,6 % der Schülerinnen und Schüler. Bei den Realschulen differiert der Anteil zwischen 28,2 % und 48,8 %. Gymnasien werden in Steinburg von 29,1 % der Schülerinnen und Schüler und in Kiel von 51,5 % besucht. Das heißt, daß gleiche Schularten im Niveau kaum vergleichbar sind. Die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler ist abhängig von der Region und vom sozialen Umfeld.

Daher ist es gut, daß Schleswig-Holstein bei Modellprojekten des Qualitätsvergleichs in allen Schularten federführend ist.

Wir haben schon darüber diskutiert. In Schleswig-Holstein gibt es einmal das Programm **PISA**, selbstregulierendes problemlösendes Lernen im Team, leistungsbezogene Selbsteinschätzung, Medienkompetenz. Hinzu kommt das Programm **PIN**, das Projekt in naturwissenschaftlicher Grundbildung, um die Effizienz der mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung zu steigern, und es gibt mehrere Maßnahmen, die beweisen, daß ein Schwerpunkt bei der Qualitätssicherung gesetzt wird. Dies begrüße ich ausdrücklich.

Der Bericht belegt die Vielfalt der **Differenzierungsmaßnahmen**. Besonders in Haupt- und Förderschulen und im ausbildungsvorbereitenden Jahr sind präventive kompensatorische und integrative Maßnahmen erforderlich, um individuelle Antworten auf die Lernprobleme der Schülerinnen und Schüler zu geben. Das wäre bei festgezurrtten **Studentafeln**, wie sie die CDU fordert, nicht möglich.

(Sabine Schröder)

Die notwendigen Maßnahmen gehen im übrigen über die Schulen hinaus. Durch die 118 Ambulatorien der Förderzentren, die sprachauffällige Kinder in Kindertagesstätten betreuen, konnte die Zahl der sprachgestörten Schulanfänger gesenkt werden. 770 Erzieherinnen und Erzieher wurden fortgebildet. Sozialarbeiter werden in Förderzentren eingesetzt, um beim Übergang in den Beruf zu helfen. Lehreraustausch findet in Förderzentren und Berufsschulen statt. Für Haupt- und Förder-schulen wird Jugendarbeit am Nachmittag angeboten.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Das Projekt „Arbeiten und Qualifizieren“ hilft Jugendlichen ohne Abschluß bei Praktikums- und Ausbildungsplätzen. Lehramtsanwärter ohne Referendarplatz konnten mit den 15 Millionen DM aus dem 58er Programm zusätzlich an den Schulen eingesetzt werden. Im übrigen scheint Schleswig-Holstein so abschreckend für Lehrerinnen und Lehrer nicht zu sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Immerhin haben sich 1.600 **Lehramtsbewerber** gemeldet. Davon sind 700 aus Schleswig-Holstein. 440 wurden eingestellt, davon 332 aus Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Im Berufsschulbereich kann man die Stellen schon nicht mehr besetzen!)

So zeigt der Bericht, daß die Konzepte, wie Sie sie immer fordern, falsch sind. Die Eigenverantwortung und die Vielfalt, die die Schulen heute abbilden, zeigen, daß der Weg der Landesregierung richtig ist. Aber ich mahne noch einmal eine Verbesserung gerade für die Unterrichtssituation benachteiligter Schülerinnen und Schüler an.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Wieder einmal! Seit elf Jahren!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht zur Unterrichtsversorgung, den uns das Ministerium vorgelegt hat, ist ein guter Überblick über die Aktivitäten des Ministeriums selbst. Das ist wohl auch Sinn der Übung.

Ich will, soweit meine Redezeit dies erlaubt, die Gelegenheit zu einer Gesamtbewertung nutzen, wie die Schulwirklichkeit unseres Landes in dem Bericht dargestellt wird.

Zunächst zeigt der Bericht, daß es durch eine große Kraftanstrengung vor allem der Lehrer und Lehrerinnen noch einmal recht und schlecht gelungen ist, den **Unterrichtsausfall** in erträglichen Grenzen zu halten. Jedenfalls wenn man den Ländervergleich zugrunde legt, stehen wir in Schleswig-Holstein einigermaßen ordentlich da. Dies ist sicherlich ein Ergebnis des langfristigen Konzepts zur Unterrichtssicherung. Dabei schlagen die aufgrund des Koalitionsvertrages neu geschaffenen Lehrerstellen und die konsequente Wiederbesetzung jeder freiwerdenden Stelle zu Buche. Fragen Sie doch bitte einmal in den CDU- oder sonstwie regierten Ländern nach, wo das sonst der Fall ist, Herr de Jager.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Anstieg der Schülerzahlen ist im laufenden Schuljahr etwas geringer ausgefallen als im vorigen Jahr. Die Gesamtschulen werden weiterhin aufgebaut, und die Schülerzahlen an den sogenannten Sonderschulen - mich wundert, daß in dem Bericht immer noch von „Sonderschulen“ und nicht von „Förderschulen“ gesprochen wird - gehen zurück, und das ist so gewollt. Im Sinne einer integrativen Pädagogik, eines Menschenbildes und eines Gesellschaftsverständnisses, das auf Teilhabe und Chancengleichheit gegründet ist, ist das auch gut so.

Leider deckt sich die verhalten optimistische statistische Sicht auf die Wirklichkeit des Schulalltags nicht ganz mit dem, was uns Lehrerinnen, Lehrer und Eltern landauf, landab erzählen. Da ist von Stundenausfällen in nicht unbeträchtlicher Höhe und von Überlastungen aufgrund von ständig steigenden Anforderungen die Rede. Aber, Herr de Jager, wenn man dem im einzelnen nachgeht, so stellt man auch sehr schnell fest, daß einzelne Schulen und einzelne Schulleiter offensichtlich nicht wirklich darüber Bescheid wissen, wie schnell sie an Vertretungsstunden herankommen können.

(Jost de Jager [CDU]: Eine Kampagne machen, aber Schulleiter beschimpfen! Das ist eine Frechheit! - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Und wenn man zum Beispiel mit Berufsschullehrern spricht - was ich getan habe, um mich für den Bericht vorzubereiten -, so sagen diese, es sei gut, daß das **duale System** jetzt so weit ausgebaut sei, daß man

(Irene Fröhlich)

sagen könne, die Situation sei einigermaßen abgeklärt. Im Vollzeitbereich ist dies nicht der Fall.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist doch wohl ein Scherz! Das stimmt überhaupt nicht!)

- Das habe ich selber im Gespräch erfahren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen alle fragen, nicht einen!)

- Lassen Sie mich jetzt erst einmal reden und hören Sie zu. Das habe ich vorhin auch gemacht. - Sie hören es nicht gern, wenn man sagt, daß es gut ist, in diesem Lande zu sein, und daß Rot-Grün hier eine gute Politik macht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Thomas Stritzl [CDU]: Das ist selbst Minderheitsmeinung in Ihrer eigenen Partei!)

Aber das müssen Sie sich anhören.

Trotzdem - ich werde die schulische Situation ebenso wenig schönreden wie bei den Hochschulen - ist meine Frage an das Ministerium angesichts dieser Diskrepanz dieselbe, die ich auch im vorigen Jahr gestellt habe:

Reicht die **Erhebungsmethode** wirklich aus, um einen Überblick darüber zu bekommen, was mit den Mitteln, die wir zur Verfügung stellen, passiert? Sind nicht vielleicht doch die eine Woche im September für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und die Woche im November zu wenig, um den Unterrichtsausfall möglichst wirklichkeitsgetreu abzubilden? Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich gehe davon aus, daß wir sehr viel getan haben - mehr als in anderen Bundesländern -, um die Situation an den Schulen zu sichern und stetig zu verbessern; aber ich möchte eine möglichst große Sicherheit darüber haben, daß auch geschieht, was wir wollen. Dazu ist die personelle Verbesserung im Lehrerbereich zu teuer erkaufte durch den Verzicht in anderen Bereichen, die ebenfalls in der Verantwortung der Landespolitik liegen.

Wie auch im Vorjahr weist das Ministerium darauf hin, daß es dringend notwendig ist, eine **aktualisierte Bevölkerungsprognose** zu erstellen, damit sichere Voraussagen getroffen werden können. Natürlich frage ich mich und das Ministerium, was passieren muß, damit das nun auch geschieht.

Insgesamt sind die **Schülerzahlen** wieder angestiegen, wenn auch deutlich geringer als im vorigen Jahr. Aufgrund weiterer Zuwanderungen von außen wird jedoch mit einem Anstieg der Schülerinnen- und Schülerzahlen gerechnet.

Noch eine letzte Bemerkung zur **Systematik des Berichts**! Ich wünsche mir mindestens eine fortgeschriebene Tabelle und Grafik über die jeweils letzten acht bis zehn Jahre. Es wäre ausgesprochen hilfreich und von hohem Aussagewert, einen Überblick über die Tendenz, in der wir uns bewegen, zu dokumentieren und nicht immer nur den letzten Berichtszeitraum zu betrachten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich könnte ich mir den ganzen Stapel von Berichten daneben legen und diese vergleichen. Solche Tabellen wären einfach eine Arbeitserleichterung.

Im einzelnen ist festzustellen, daß der Zuwachs in den Grundschulen, also bei den ABC-Schützen, erstmals seit Jahren rückläufig ist. Der größte prozentuale Aufwuchs findet erwartungsgemäß bei den **Gesamtschulen** statt; ich sagte es bereits. Die **Hauptschulen** haben den geringsten Zuwachs zu verzeichnen. Hier hätte ich gern Aufschluß darüber, in welcher Klasse die Zahl erhoben wird, denn es ist ja bekannt, daß die Hauptschulen zum Teil Schwierigkeiten haben, ihre fünften Klassen zu besetzen. Sie werden häufig einzügig bis zur siebenten Klasse geführt, und danach können sie kaum genügend Kapazitäten für die aus der Realschule und aus dem Gymnasium zurückkommenden Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stellen.

(Holger Astrup [SPD]: Großes Problem, ja!)

Für die **Berufsschule** stelle ich fest, daß die Zunahme im Teilzeitbereich um über 700 Schülerinnen und Schüler darauf hindeuten scheint, daß im dualen Bereich ein kräftiger Zuwachs zu verzeichnen ist. Dieser Bereich muß entsprechend gestärkt werden, denn er sichert die Ausbildungschancen für die 15- bis 18jährigen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ja, hier blinkt alles, ich weiß. Ich mache jetzt Schluß und werde nachher in einem Dreiminutenbeitrag das sagen, was ich an diesem Bericht noch positiv finde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht enthält eine aktualisierte **Schülerzahlprognose**. Nach den Sommerferien haben die Schulen in Schleswig-Holstein Unterricht für rund 8.500 zusätz-

(Dr. Ekkehard Klug)

liche Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten - zirka 7.400 an den allgemeinbildenden und zirka 1.100 an den berufsbildenden Schulen.

Dabei liegt die Zahl der zusätzlichen **Lehrkräfte** bei null und die Entwicklung der Referendarstellen, der Anwärterstellen für Nachwuchslehrkräfte bei minus 50. Jeder zweite Absolvent eines Lehramtsstudiums aus Schleswig-Holstein bekommt in diesem Land keine Ausbildungsstelle beziehungsweise muß eine erhebliche Wartezeit auf sich nehmen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wurde schon verbessert; das müssen Sie zugeben!)

Was die Entwicklung der Schülerzahlen angeht, so wird diese erst mittelfristig richtig dramatisch. Bis zum Jahre 2005 steigt die Schülerzahl im allgemeinbildenden Bereich nach Ihrem Bericht um rund 26.000, an den Berufsschulen bis zum Jahre 2008/2009 um 22.000. Die Summe des Zuwachses liegt also bei 48.000 Schülern.

Frau Kollegin Fröhlich, aus der Tabelle 1.1 können Sie entnehmen, daß es im Bereich der **weiterführenden Schulen** den größten Zuwachs nicht bei den **Gesamtschulen** gibt. Die werden nämlich nach der Entwicklungsprognose, die in diesem Bericht steht, kaum wachsen. Vielmehr liegt im Laufe der nächsten sechs Jahre der Anstieg bei Realschulen und Gymnasien bei 20 %. Das ergibt sich aus dem Bericht Ihrer Landesregierung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber in diesem Jahr!)

Diese Schularten, vor allem Gymnasien, Realschulen und Berufsschulen, werden die Hauptlast des Schülerberges zu tragen haben, der in den kommenden Jahren in den weiterführenden Schulen und den Berufsschulen sozusagen hindurchwächst. Hier werden in erster Linie zusätzliche Lehrkräfte gebraucht. Ich sage das ausdrücklich auch an die Adresse der Landesregierung, denn der Staatssekretär hat uns letzte Woche im Bildungsausschuß in der Debatte über die Große Anfrage zum Thema Analphabetismus - was die Planung der Regierung angeht - etwas anderes gesagt. Die Hauptzahl der zusätzlichen Stellen muß dorthin gehen, wo in den nächsten Jahren die Masse der zusätzlichen Schüler ankommen wird.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Daß - entgegen Ihrer ständigen Behauptung - andere **Bundesländer** in diesem Bereich jetzt schon etwas tun, will ich Ihnen an ein paar Beispielen vor Augen führen. Das Land Bayern hat im Schuljahr 1998/1999 neben der Wiederbesetzung der durch Pensionierung freiwerdenden Stellen 347 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Baden Württemberg hat 400 zusätzliche Stellen geschaffen.

(Zurufe von der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Rheinland-Pfalz hat 480 zusätzliche Stellen geschaffen. Ich habe hier eine Tabelle, die Sie sich nachher gern einmal anschauen können. Es handelt sich um ein Fax vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz, also des SPD-Bildungsministers der sozialliberalen Landesregierung in Mainz, dessen Mitarbeiter mir diese Zahlen vorgelegt haben. Ich ergänze das gern.

In Hessen hat die Regierungsmehrheit für das kommende Schuljahr, also für die Zeit nach den Sommerferien, 1.400 zusätzliche Vollzeitstellen auf den Weg gebracht. Im Nachtragshaushalt 1999 hat die neue CDU/F.D.P.-Landesregierung in Wiesbaden Mittel für Vertretungsunterricht im Gegenwert von 300 Stellen zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Fröhlich, die 1 Million DM, auf die Sie immer so stolz sind, entspricht dem Gegenwert von etwa zwölf Stellen, um hier einen Vergleich zu ziehen. In Hessen haben wir den Gegenwert von 300 Stellen, Sie stellen in diesem Haushaltsjahr den Gegenwert von zwölf Stellen zur Verfügung.

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Holger Astrup [SPD])

Auch wenn die Einwohnerzahl in Hessen ein wenig höher ist als in Schleswig-Holstein, so bleibt doch die Differenz zwischen 300 und 12 Stellen. Kollege Astrup, Ihre Behauptung, es würde nur in Schleswig-Holstein Tolles passieren,-

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit, insbesondere auch in den letzten Reihen.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

- Ihre Behauptung fällt in sich zusammen wie ein Kartenhaus.

Zum Thema **Personalplanung** der Landesregierung! Gestern habe ich mit einer Berufsschule telefoniert. Dabei habe ich erfahren, daß die von Ihnen bis heute

(Dr. Ekkehard Klug)

noch keine Eckwerte für die Personalplanung des nächsten Schuljahres bekommen haben. Wir haben jetzt Anfang Juni. In sechs Wochen beginnen die Sommerferien. Die Schulen wissen nicht, ob die durch Altersabgang freiwerdenden Stellen nach den Sommerferien besetzt werden oder nicht. Sie sollen im nächsten Schuljahr mit einer dezentralen Personalplanung selber auswählen, welche Lehrkräfte sie bekommen. Sie wissen aber nicht, welche Stellen sie dafür zur Verfügung haben.

Das ist ein totales Desaster, und dafür ist Ihr Haus zuständig, da Sie den Schulen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen, mit welchem Stellenkontingent sie nach den Sommerferien im nächsten Schuljahr rechnen können. Daß die Eltern vermehrt über Unterrichtsausfall klagen, das haben viele Beispiele gezeigt. Die Zeit reicht leider nicht mehr. Wir werden im Bildungsausschuß im Zusammenhang mit der Beratung des Berichts noch einmal auf dieses Thema zurückkommen müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns im Jahr 1 nach der letzten Änderung des Schulgesetzes, die mehrere Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses im letzten Jahr noch zu dramatischen Beschwörungen und fast zu Weltuntergangsstimmung veranlaßt hat. Ich meine, der Bericht zur Unterrichtssituation bestätigt diese Furcht nicht.

Wir haben auch dieses Jahr wieder die Wahl, ob wir uns angesichts des Berichts über die **Unterrichtssituation** in ideologische Grabenkämpfe verbeißen oder ob wir die Sache nüchtern betrachten wollen. Die heutige Debatte hat bis jetzt noch nicht zu einer nüchternen Betrachtungsweise beigetragen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Keine Kritik an der Regierung!)

Ich kann sehr wohl den Ärger verstehen, den viele Eltern wegen des ungelösten Problems des Unterrichtsausfalls haben. Hier muß noch etwas getan werden.

Aber eine Patentlösung hat wohl niemand.

Lieber Kollege de Jager, Ihr Fockbeker Beispiel möchte ich im Ausschuß noch etwas näher erläutern. Sie sagen, über 100 Stunden seien ausgefallen. Wenn dies so ist, kann ein halbes Jahr lang an dieser Schule überhaupt nicht unterrichtet worden sein.

(Holger Astrup [SPD]: Wovon?)

Ich verstehe es ganz einfach nicht.

(Martin Kayenburg [CDU]: So wenig Unterricht haben sie!)

Der Bericht macht deutlich, daß das Grundproblem der Unterrichtssituation durch steigende Anforderungen an die Institution Schule und die unheilvolle Koppelung von wachsenden Schülerzahlen mit sinkendem finanziellen Spielraum des Landes bestimmt wird. Es müssen eben gleichzeitig so verschiedene Bereiche wie die berufliche Bildung benachteiligter Jugendlicher, die Förderung von Hochbegabten, die Prävention von Gewalt und die Anbindung der Schulen an das Internet finanziert und umgesetzt werden. Das sind schon massive Aufgaben.

Geld in Bildung zu investieren, lohnt sich immer. **Internetzugänge an Schulen** beispielsweise sind eine gute Sache. Die Kompetenz, mit Computern und elektronischen Informationsquellen umzugehen, wird in der Zukunft eine elementare Fertigkeit im privaten und beruflichen Leben darstellen.

Die Erfolgsmeldung der Landesregierung, daß ein Drittel aller schleswig-holsteinischen Schulen bereits am Netz ist, kann man natürlich auch als Mißerfolgsmeldung interpretieren, daß eben zwei Drittel noch nicht online sind. Dabei sind wir erneut bei den Tücken von Statistiken, von denen uns der Bericht eine ganze Sammlung präsentiert. Inwieweit wir uns mit den Zahlenwerken tatsächlich der realen Unterrichtssituation in diesem Land nähern, möchte ich nicht abschließend bewerten.

Daß man nicht alles, was auf den ersten Blick so klar und übersichtlich aussieht, miteinander vergleichen kann, wird einmal mehr bei bundesweiten oder internationalen **Leistungsvergleichen** von Schülern deutlich. Diese Vergleiche, die der Bericht zustimmend hervorhebt, können vielleicht manchmal wertvolle Ergebnisse liefern, enthalten aber eine ungleich größere Gefahr von Verzerrungen, die sich beispielsweise aus den unterschiedlichen sozialen, infrastrukturellen und kulturellen Umfeldern von Schülerinnen und Schülern und Schulen ergeben. Ich warne davor, dem zuviel Bedeutung beizumessen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir nehmen positiv auf, daß sich die Lage der **Klassenfrequenzen** gegenüber dem Schuljahr 1997/98 in den meisten Schularten etwas entspannt hat. Am vollsten sind die Klassen nach wie vor in der Unter- und Mittelstufe der Gymnasien, wo sich durchschnittlich 24 Schülerinnen und Schüler um eine Lehrkraft drängen. Dicht darauf folgt die Gesamtschule mit 23,7, mit deutlichem Abstand die Realschule mit 22,8, die

(Anke Spoorendonk)

Hauptschule mit 20,3 und die Förderschule mit 11,2 Schülerinnen und Schülern pro Klasse.

Nicht erst hieraus wird klar, daß der Run auf das Gymnasium und die Gesamtschule weiter anhält und die Hauptschule entgegen allem Schönreden zur Restschule abzusinken droht. Noch deutlicher belegen dies die Mißverhältnisse zwischen empfohlener Schulart und der Schulart, in die Eltern ihre Kinder tatsächlich schicken. Wenn alle Eltern den Empfehlungen der Entwicklungsberichte ihrer Kinder folgten, wären die Hauptschulen unseres Landes um 13 % voller und die Gymnasien um 8 % leerer. Aber Eltern wollen etwas anderes für ihre Kinder. Mehr als die Hauptschule wünschen sie sich die Realschule.

Wieviel einfacher wäre es doch, wenn das gegliederte Schulsystem endlich aufgegeben würde und wir eine **ungeteilte Schule** für alle hätten! Das fordert der SSW - Sie wissen das - schon lange, schon immer. Vielleicht wird das einmal durchdringen, so daß wir das schrittweise machen können - beispielsweise bei der Einführung einer sechsjährigen Grundschule.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Flensburg hat es gerade eine sehr interessante Veranstaltung zu eben diesem Thema gegeben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wird es erst geben!)

- Genau! Wird es erst geben!

Die Situation an der Hauptschule - auch das möchte ich abschließend hinzufügen - wird im ländlichen Raum, wenigstens im Landesteil Schleswig, auch dadurch erschwert, daß es sehr viel kleine Kinderheime in privater Trägerschaft gibt. Dabei handelt es sich um Kinderheime mit Kindern, die in der Schule Schwierigkeiten haben, große Schwierigkeiten haben, sich in der Hauptschule zurechtzufinden.

(Ursula Röper [CDU]: Verhaltensauffällige!)

Das sind konkrete Probleme,

(Glocke des Präsidenten)

die auch etwas über die Situation der Hauptschule aussagen.

- Ich komme zum Schluß! - Ich hoffe, daß wir - ich sagte es vorhin bereits - schrittweise zu einer ungeteilten Schule kommen. Das wäre aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Wir würden dadurch Geld sparen. Ich weiß, daß man bei Bildungspolitik nicht über Geld reden darf; ich denke, man sollte es trotzdem tun. Sie können sich auf jeden Fall darauf verlassen, daß ich auch im nächsten Jahr bei dem Bericht zur Unterrichtssituation wieder auf mein Lieblingsthema zu sprechen komme.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter de Jager!

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern die Gelegenheit nutzen und - ähnlich wie auch schon der Kollege Klug - auf einige Dinge eingehen, die gestern und heute in der Debatte gefallen sind, und vielleicht ein bißchen dazu beitragen, daß die Legendenbildung, an der hier in Schleswig-Holstein eifrig gewoben wird, was die bildungspolitische Leistungsbilanz anbelangt, ein bißchen nüchterner gesehen wird.

So ist gestern - das schleicht sich mittlerweile auch in die Presseberichterstattung ein - in der Debatte behauptet worden, Schleswig-Holstein sei das einzige Land, das alle freiwerdenden Stellen wiederbesetzt. Das ist natürlich nicht richtig. Zunächst einmal muß man dabei zur Kenntnis nehmen, daß man eigentlich nur von den Ländern reden kann, die weiterhin steigende Schülerzahlen haben. Das ist nur in den alten Bundesländern der Fall; die neuen Bundesländer haben sinkende Schülerzahlen. Insofern kann man sie in die Rechnung nicht einbeziehen.

Bei den alten Bundesländern ist es so, daß die wesentlichen Länder sehr wohl alle freiwerdenden Stellen wiederbesetzen. Der Kollege Ekkehard Klug hat das ausgeführt. Das wird in Baden-Württemberg getan. Das wird in Hessen getan.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das wird natürlich auch in Bayern getan.

Wo ich gerade bei Bayern bin, möchte ich mit einer weiteren Legende aufräumen. Es heißt ja immer, die Bayern schafften das nur, weil sie die Klassengröße in einem unververtretbaren Maß nach oben geschraubt hätten. Das ist mittlerweile nicht mehr der Stand der Dinge. Mit dem Schuljahr 1998/99 sind in Bayern die Klassen mit mehr als 30 Schülern um ein Drittel zurückgegangen. Der Trend wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

(Zurufe der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Jost de Jager)

Wenn Sie immer sagen, die bösen Bayern hätten so große Klassen, müssen Sie das ab heute einstellen, weil Sie es besser wissen. - Ich merke an dem Protest, daß das Zahlen sind, die Ihnen nicht gefallen. Ich wollte sie ergänzen, damit wir eine vernünftige Einschätzung haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung, Frau Abgeordnete Fröhlich!

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es ist ja wunderschön, wenn nun auch die anderen Bundesländer anfangen einzustellen. Dann wird das vielleicht im nächsten Jahr im Bericht zur Unterrichtsversorgung in den entsprechenden Vergleichstabellen auftauchen. Tatsächlich ist es ein großer Unterschied, ob ich durchschnittliche **Klassenfrequenzen** von 28,9 - oder 28,6 - oder 21,9 habe. Sie werden mir zugestehen: Das ist der Unterschied zwischen Bayern und Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Holger Astrup [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Zu dem Erhebungszeitraum habe ich schon allerlei gesagt. Zu den Zahlen hat Anke Spoorendonk etwas gesagt.

Uns ist nach wie vor wichtig, daß die Schulen selber Möglichkeiten entwickeln können, um ihre Aufgaben bei wachsenden Schwierigkeiten besser zu erfüllen. Ich stimme mit dem Bericht des Ministeriums darin überein, die Situation an den Grundschulen, den Hauptschulen, den Sonderschulen, den Vollzeitberufsschulen so schnell wie möglich zu verbessern. Da unser Koalitionspartner, die SPD-Fraktion, in der Presse bereits kundgetan hat, daß die noch fälligen 200 Lehrerstellen im nächsten Jahr eingerichtet werden und zum nächsten Jahr die Stundengebermittel um 1 Million DM aufgestockt werden sollen, bin ich ganz zuversichtlich. Zur Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern möchte ich hier und heute nur soviel sagen:

Erstens. Zum Glück ist die Zwangsteilzeit vom Tisch - jedenfalls weitgehend.

Zweitens. Bei den befristeten Arbeitsverträgen muß unbedingt die unwürdige Regelung vom Tisch, vor den Sommerferien zu kündigen und zum neuen Schuljahr einzustellen, und das zum Teil mehrere Male hintereinander.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Drittens. Für die angestellten Lehrerinnen und Lehrer müssen unbedingt Tarifverträge auf den Tisch. Da die Ministerpräsidentin dies neulich als vernünftig und gut

bezeichnet hat, bin ich auch in dieser Hinsicht zuversichtlich.

(Ursula Röper [CDU]: Na!)

Noch ein Wort zu inhaltlichen Themen, die in diesem Bericht angesprochen sind, weil ich das für sehr wichtig halte. Das sage ich auch in Ihre Richtung, Herr Dr. Klug. Sie lassen ja keine Gelegenheit aus, wo eigentlich bildungspolitische Diskussion gefordert ist, dem Publikum Zahlenwerke vorzuhalten. Damit kann man natürlich immer irgendwie Stimmung machen - das ist klar -, besonders als Opposition. Das ist kein Kunststück. Das könnten wir auch.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das machen Sie bald wieder! - Thomas Stritzl [CDU]: Das machen Sie bald wieder!)

Das haben wir auch jahrelang unter Beweis gestellt.

(Ursula Röper [CDU]: Sie müßten sie erst einmal im Kopf haben, die Zahlen!)

Ein Wort zur **Oberstufenverordnung!** Zu begrüßen ist die Flexibilisierung bei der Wahl der Mathematikkombination ebenso wie die Möglichkeit, eine besondere Lernleistung nach eigener Wahl ins Abitur einbringen zu können. Beides fördert die Lernautonomie junger Menschen und nimmt sie als Partner im Lern- und Lehrprozeß ernst - hoffentlich eine gute Einstimmung auf ihr Studium!

Kritisch sehe ich die Herabsetzung der Einbringepflicht im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Ich denke, gerade das Wissen um gesellschaftliche Prozesse und Regelabläufe ist in hochdifferenzierten modernen Gesellschaften von enormer lebensrelevanter Wichtigkeit.

Ich habe aber noch ein Wort zu etwas zu sagen, was mir Sorge bereitet. Die Kritik der Musik- und Kunsterzieher an den Gymnasien und Gesamtschulen des Nordkreises von Schleswig-Holstein möchte ich hier noch einbringen. Sie schrieben uns im November des vorigen Jahres und machten darauf aufmerksam, daß nach der Reduzierung 1995 aufgrund der KMK-Forderung Musik und Kunst als Abiturprüfungsfach endgültig wegfallen. Ich stimme mit ihnen überein, wenn sie feststellen, das sei eine „unerträgliche, unglaubliche Diskriminierung der Fächer Musik und

(Irene Fröhlich)

Kunst und ein Rückfall in den Konservativismus der sechziger Jahre“.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Soweit das Zitat!

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß, Herr Präsident! - Als Kronzeugen für ihre These, Musik mache Schülerinnen und Schüler kritikfähiger und intelligenter, führen sie unter anderem keinen geringeren als Hans Werner Henze an, der uns Musikfestivalliebhaberinnen und -liebhabern kein Unbekannter ist. Es müßte doch etwas zu machen sein, um in Schleswig-Holstein eine Lösung zu schaffen, daß Musik und **Kunst** als **Abiturfächer** wieder möglich werden. Es war mir wichtig, das hier zu sagen, weil ich es immer für wichtig halte, diese Berichte mit dem wirklichen Leben zu konfrontieren.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Da sind uns die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern und die Schülerinnen und Schüler natürlich immer die wichtigsten Ratgeber.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Ein Antrag ist nicht gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Bericht zum Stand der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/2185

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2204

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Das Wort zur Begründung ist nicht gewünscht worden. Wir wollen die Anträge ohne Aussprache in den Agrarausschuß überweisen. Mitberatung ist nicht gewünscht worden. - Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - So beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Verbeamtungskonzept für deutsche Lehrerinnen und Lehrer in Nordschleswig

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/2170 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich, daß der CDU-Antrag zur Verbeamtung von Pädagogen an deutschen Schulen in Nordschleswig dazu geführt hat, daß wir heute einen überfraktionellen Antrag beschließen können;

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn wir haben ja schon seit Jahren im Landtagsgremium für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig über die Schwierigkeiten diskutiert, die die Nordschleswiger bezüglich der Neueinstellung von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis haben. Bislang ist dies ohne konkretes Ergebnis geblieben.

Ich möchte die Problematik noch einmal kurz darstellen. Generell ist von der Landesregierung die Möglichkeit geschaffen worden, schleswig-holsteinische Lehrer für unbegrenzte Zeit aus dem Landesdienst zu beurlauben, damit sie nördlich der Grenze arbeiten können. Diese Regelung ist auch wichtig, um die Schulen der deutschen Minderheit in Nordschleswig mit deutschsprachigen Lehrern zu versorgen.

Da diese Lehrkräfte jedoch nach dänischen Tarifen bezahlt und zur dänischen Steuer veranlagt werden, stehen sie finanziell schlechter da als ihre schleswig-holsteinischen Kollegen. Aus diesem Grund zahlt der Bund seit langem eine pauschale Ausgleichszahlung.

Nach Aussage des Deutschen Schul- und Sprachvereins für Nordschleswig sind die angeworbenen Lehrkräfte aus Schleswig-Holstein entweder verbeamtete Lehrkräfte, die bei der Wahrung ihres grundsätzlichen Dienstverhältnisses mit dem Land im Rahmen der Beurlaubungsrichtlinien des Landes für den **Schuldienst in Nordschleswig** beurlaubt werden - diese Beurlaubung erfolgt ohne Gehalt, aber bei Wahrung der sonstigen Beamtenrechte, zum Beispiel des Pensionsanspruches, der dann zu gegebener Zeit vom Landesbesoldungsamt ausgezahlt und vom Bund mit 90 % dem Land erstattet wird -, oder die angeworbenen Kolleginnen und Kollegen sind Lehrkräfte

(Ursula Röper)

im Angestelltenverhältnis mit deutscher Laufbahnvoraussetzung, die zwar beim Land eine Bewerbung um Einstellung in den Landesschuldienst liegen haben, Nordschleswig aber auch als ergänzende Möglichkeit sehen.

Formal haben diese Lehrkräfte kein Dienstverhältnis mit dem Land und somit auch keine Landesrechte, auch nicht im Falle einer erfolgten Anstellung in Nordschleswig. Der Grund dafür ist, daß die Beurlaubungsrichtlinien keine Möglichkeiten von Angestellten für den nordschleswigschen Schuldienst vorsehen.

Das bedeutet, daß diese Pädagogen aufgrund des nicht vorhandenen Dienstverhältnisses mit dem Land auch keine Arbeitsplatzgarantie bei einer eventuellen Rückkehr nach Schleswig-Holstein haben, daß sie kein Beihilferecht haben, kein deutsches Weihnachtsgeld und kein deutsches Kindergeld erhalten.

Damit sinkt die Attraktivität eines Arbeitsplatzes an einer deutschen Schule in Nordschleswig für Pädagogen aus Schleswig-Holstein beträchtlich, und natürlich sinkt auch die Bereitschaft, sich für eine derartige Stelle zu bewerben.

Bis 1993 waren die Lehrkräfte in Nordschleswig von den Verbeamtungsregeln des Landes Schleswig-Holstein umfaßt. Sie hatten während der Tätigkeit in Nordschleswig ein Dienstverhältnis mit dem Land erworben. Seit dem Ende der Regelverbeamtung in Schleswig-Holstein ist dies nicht mehr der Fall und führt deshalb zu den eben beschriebenen Schwierigkeiten.

Seit Jahren wird vom Deutschen Schul- und Sprachverein auf diese prekäre Lage hingewiesen und mit dem Bildungsministerium verhandelt; denn es geht um die Qualität und Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an den deutschen Schulen in Nordschleswig. Schon in der Sitzung des Gremiums für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig vom 21. November 1997 betonte der Vorsitzende Heinz-Werner Arens, „daß die Entscheidung, Lehrkräfte als Angestellte und nicht als Beamte in den Schuldienst einzustellen, nicht zum Nachteil der Volksgruppe erfolgen darf“.

Da sich nun die Situation verschärft, ist es nötig, jetzt ein Konzept zu entwickeln, das zum Schuljahresbeginn 1999/2000 in Kraft treten kann; denn es geht nicht nur um das berechtigte Anliegen der Nordschleswiger, die Lehrkräfte an den deutschen Schulen in Nordschleswig wieder zu verbeamten und damit für alle Beteiligten Planungssicherheit herzustellen, sondern es geht darüber hinaus auch darum, die volksgruppenpolitische Bindung der Lehrer an den deutschen Schulen zu sichern.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Im Rahmen des von uns geforderten Konzeptes können wir uns auch einen Stufenplan vorstellen, der mit dem

Deutschen Schul- und Sprachverein abzusprechen wäre. Da die Zeit eilt, sollten wir heute über den Antrag in der Sache abstimmen. Das wäre ein gutes Signal für die Nordschleswiger.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Haus hat immer wieder parteiübergreifend die Bedeutung der Minderheiten diesseits und jenseits unserer Grenze festgestellt. Ich sage bewußt „unsere Grenze“, weil ich glaube, daß sie und das Grenzverhältnis auch ein Stück der Besonderheit der Situation in diesem Land sind.

Es ist immer unser Anliegen gewesen, die Ausgewogenheit der Minderheitenpolitik zu gewährleisten; denn in den langen Jahren des Grenzkampfes haben wir erfahren, daß es zu Disparitäten führt und schließlich auch zu Unfrieden, wenn es diese Ausgewogenheit nicht mehr gibt.

„Pax optima rerum“ ist die Inschrift auf dem Siegel der Christian-Albrechts-Universität, und wir erfahren in diesen Wochen bitter, wie wichtig dieser Satz ist. Wir wissen, daß es den Frieden, auch den inneren Frieden und den Frieden im Grenzland, nicht zum Nulltarif gibt.

Zur Ausgewogenheit der **Minderheitenpolitik im Grenzland** gehört vor allen Dingen auch die Lebensfähigkeit des Schulsystems, gehört auch, daß die deutschen Schulen in Nordschleswig und umgekehrt die dänischen Schulen in Südschleswig immer über genügend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer verfügen, die auch gern dort hingehen wollen.

Uns muß also die langfristige Sicherung der Lehrerversorgung besonders am Herzen liegen. Hier zeichnet sich tatsächlich - die Frau Kollegin Röper hat darauf hingewiesen - eine beginnende Disparität ab. Die resultiert nicht - wie man meinen könnte - aus der Frage der Verbeamtung - ja oder nein -, sondern sie liegt in der Unvergleichbarkeit der beiden Sozialversicherungssysteme begründet. In der Tat ist es so, daß ein Angestellter in Dänemark etwa keinen Anspruch auf deutsches Weihnachtsgeld hat, vor allem aber ist

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

die Rentenanwartschaft nach dänischem Recht mit etwa 20 % bedeutend geringer als die eines deutschen Angestellten mit vergleichbarer Zeit. So lautet jedenfalls die Auskunft des Deutschen Schul- und Sprachvereins. Wir haben ja offenbar die gleichen Quellen.

Damit ist es natürlich wenig attraktiv, als angestellter Lehrer nach Dänemark zu gehen; denn es sind damit erhebliche Rechtsverschlechterungen verbunden. Eine Gleichbehandlung der nach Dänemark gehenden deutschen Lehrerinnen und Lehrer nach deutschem Angestelltenrecht ist offenbar aus rechtlichen Gründen nicht möglich oder nur sehr schwer zu realisieren. Ein weiterer Punkt - dieser ließe sich eventuell lösen - ist der, daß angestellte Lehrer tatsächlich keinen Anspruch auf Wiederbeschäftigung in Deutschland haben, wenn sie nach Deutschland zurückkehren wollen. Hinzu kommt, daß auf der Arbeitgeberseite ein angestellter Lehrer den Haushalt des Schulvereins, der von deutscher Seite auszugleichen ist, mit etwa 23 % zusätzlich belastet.

Alle Probleme, die - wie gesagt - im wesentlichen daraus resultieren, daß die **Sozialversicherungssysteme** unterschiedlich sind, sind schwierig oder nicht zu lösen, wenn die **Lehrer in Nordschleswig** Angestellte sind. Und tatsächlich ist es rechtlich wesentlich einfacher, wenn sie in Deutschland Beamte waren, und zwar nicht, weil sie dann auch in Dänemark Beamte wären. Das sind sie natürlich nicht, sondern sie sind auch in Dänemark angestellte Lehrer, aber die Folgen können leichter ausgeglichen werden. Der Beamte wird beurlaubt, hat aber Anspruch auf Rückkehr in sein Dienstverhältnis, und das 13. Monatsgehalt wird gezahlt; auch jetzt wird es gezahlt, es wird von Deutschland ersetzt. Die Zeit in Dänemark, in der der beamtete Lehrer als Angestellter in Dänemark arbeitet, wird auf die Beamtenversorgung angerechnet, und der Mehrbetrag wird dem Land als Anstellungskörperschaft - die meisten kommen übrigens aus Schleswig-Holstein - refundiert, und zwar durch den Bund, weil es eine Bundesangelegenheit ist.

Die meisten Lehrer kommen aus Schleswig-Holstein, und das ist gut so, denn wir haben uns ja immer als Brücke zwischen dem Norden und dem Süden verstanden.

Insofern läßt sich in diesem Fall aus den genannten Gründen eine Verbeamtung von Lehrern rechtfertigen, ohne daß damit nun ein genereller Parameterwechsel in der Politik verbunden wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Wir haben deshalb einen gemeinsamen Antrag in dieser Sache erarbeitet, der den Interessen der deutschen Schulen in Dänemark entgegenkommt und vor allen Dingen dem Anliegen der Minderheiten Rechnung trägt, alles im Sinne des ausgewogenen Verhältnisses zwischen den Minderheiten und im Sinne des Grenzfriedens. Ein Windfall-profit zugunsten einer Rück-

nahme der Entbeamtungspolitik ist damit allerdings nicht verbunden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dieses Problem ausführlich diskutiert und erörtert, gerade auch im Gremium für die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Dort ist es bereits zur Sprache gekommen, und zwar mehrere Male.

Meine Vorrednerin und mein Vorredner haben in sehr guter Weise alles gesagt - finde ich -, was zu diesem Komplex zu sagen ist. Besonders unterstreiche ich, was Herr von Hielmcrone zu der Wichtigkeit und Bedeutung von Minderheitenarbeit gesagt hat.

Ich sage jetzt auch weiter nichts zu den sonstigen Rahmenbedingungen und zur Kosovo-Debatte; das ist uns alles im Kopf. Ich denke, es ist klar, daß wir den Antrag unterstützen, damit das Problem vom Tisch ist.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Röper hat die sachlichen Gründe, die diesen Antrag zwingend machen, hier vorgetragen. Es ist eigentlich nichts zu ergänzen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es bleibt mir nur anzumerken, daß es erstaunlich ist, mit welcher Flexibilität die SPD und auch die Grünen reagieren. Frau Fröhlich, ich kann mich gut erinnern, daß Sie hier zu Beginn der Wahlperiode Beamte einmal als hoheitliches Monstrum aus alten obrigkeitlichen Vorzeiten hingestellt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Dr. Ekkehard Klug)

Da waren Sie jedenfalls einer ganz anderen Auffassung und hatten prinzipiell eine gewisse „Beamtenphobie“. Das ist sehr gut in den Protokollen des Landtags nachzulesen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daß das jetzt flexibel und sachgerecht aufgrund der dringend erforderlichen Lehrerversorgung für die deutschen Schulen in Nordschleswig geändert wird, das ist gut, und das ist schön. Das ist ein Anfang.

(Holger Astrup [SPD]: Da täuschen Sie sich mal nicht!)

Es wird ja nur der erste Mosaikstein auf dem Weg zurück zu einer vernünftigen Personalpolitik im Lehrbereich sein. Den Rest machen wir dann nächstes Jahr!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer mit der Ruhe!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort. - Sie ist nicht da. Dann erteile ich Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann und will es natürlich auch kurz machen. Ich möchte eine Vorbemerkung und eine Abschlußbemerkung machen, den Mittelteil spare ich mir im Hinblick auf das, was alles schon gesagt worden ist.

Die Vorbemerkung ist: Die Erwartungen an die Lehrkräfte in Nordschleswig sind ganz besonders hoch. Sie müssen nämlich nicht nur fachlich qualifiziert sein, sondern sie müssen daneben auch bereit sein, Volksgruppenarbeit zu leisten, sich für die Sache der deutschen Minderheit in Nordschleswig einzusetzen -

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

und das über das Engagement in der Schule weit hinaus.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Diese Vorbemerkung ist wichtig, weil sie natürlich etwas mit der Attraktivität dieser Arbeitsplätze zu tun hat. Seit 1993/94 sind die ausscheidenden Lehrkräfte nur noch durch Angestellte mit der Folge ersetzt worden, daß natürlich der Volksgruppenhaushalt stärker belastet wird und entsprechende Ersatzförderungen an das Land und den Bund gerichtet werden. Man muß zusätzlich befürchten, daß diese Arbeitsplätze in Nordschleswig an den deutschen Schulen mit all den Elementen, die hier beschrieben worden sind, unattraktiver werden. Das war die Vorbemerkung.

Die Abschlußbemerkung: Wenn der Landtag hier heute in dieser Einmütigkeit vor dem Hintergrund dieser besonderen Situation die Verbeamtung beschließt, dann wird das Bildungsministerium sich bemühen, dazu zeitnah ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wird meiner Bemerkung widersprochen, daß wir in der Sache abstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir in der Sache über diesen Antrag ab. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann stelle ich fest, wir haben einstimmig so beschlossen.

Ich erlaube mir ausnahmsweise eine durchaus wertende Bemerkung: Als Vorsitzender des Gremiums für die deutsche Minderheit in Nordschleswig bedanke ich mich a) für das Tragen in der Sache und b) für die breite Zustimmung im Parlament und durch die Regierung.

(Beifall im ganzen Haus)

Um 15:00 Uhr wird die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 12, Bericht über den aktuellen Stand zum Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Informationen, fortgesetzt.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:56 bis 15:02 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich Gäste auf der Tribüne begrüßen, nämlich Mitglieder des Nordkollegs mit schwedischen Gästen sowie den Reichsbund, Ortsverband Rantrum-Oldersbek. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Bericht über den aktuellen Stand zum Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Informationen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2115

Wird das Wort zur Begründung gewünscht, Frau Abgeordnete Spoorendonk? - Das ist nicht der Fall. - Dann frage ich den Herrn Innenminister, ob es eine Berichterstattung gibt.

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz: Ich kann das machen!)

- Dann beginnen wir mit der Berichterstattung. Sie haben das Wort, Herr Minister Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der freie Zugang zu bei Behörden vorhandenen Informationen ist wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeit von Verwaltungen und könnte die Akzeptanz staatlichen Handelns verbessern. Aus der Sicht der Landesregierung sind die bisherigen **Akteneinsichtsrechte** nicht ausreichend. Im wesentlichen stehen diese Rechte bisher nach dem Landesverwaltungsgesetz nur für Verfahrensbeteiligte sowie nach dem Umweltinformationsgesetz generell in bezug auf Umweltdaten zur Verfügung. In dem letzten Bereich bestand die Verpflichtung für den Bund, ein Umweltinformationsgesetz zu schaffen, nachdem der Rat der Europäischen Gemeinschaften eine entsprechende Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt erlassen hatte.

Über den Zugang der Öffentlichkeit zu Rats- beziehungsweise Kommissionsdokumenten der EU bestehen bereits Beschlüsse dieser Gremien. Ich bin sicher, daß in aller kürzester Zeit eine für alle Mitgliedstaaten verbindliche EU-Richtlinie über den Zugang zu Behördenakten geschaffen wird. Auch die Landesregierung ist der Auffassung, daß für den Gesetzgeber ein Handlungsbedarf besteht, die Einsichtsrechte für Bürgerinnen und Bürger zu erweitern und ein sogenanntes Jedermannsrecht zu schaffen, welches unabhängig von der Eigenschaft als Verfahrensbeteiligter beziehungsweise einer etwaigen eigenen rechtlichen Betroffenheit ist.

Allerdings empfiehlt die Landesregierung dem Landtag in Abweichung zu der Beschlußfassung, die Sie getroffen haben, unsere landesgesetzliche Regelung in Übereinstimmung mit EU-Richtlinien und der Bundesgesetzgebung zu konzipieren. Dies halte ich schon deswegen für erforderlich, weil es im zusammenwachsenden Europa und unter den Ländern innerhalb der Bundesrepublik keine unterschiedlichen **Informationszugangsgesetze** geben sollte. Ähnlich wie Europa in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen zusammenwächst, wird Europa auch auf dem Gebiet der Verwaltung und der Umsetzung von Verwaltung zusammenwachsen. Deswegen ist es wichtig, daß in einem so

zentralen Bereich wie den Informationszugangsrechten auch einheitliche Zugangsrechte geschaffen werden.

Wie Sie wissen, hat die Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, daß durch ein Informationsfreiheitsgesetz unter Berücksichtigung des Datenschutzes den Bürgern Informationszugangsrechte verschafft werden sollen. Das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene wird von der Landesregierung konstruktiv begleitet werden. Ziel muß es sein, möglichst umfassende Zugangsrechte für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Es darf kein Katalog von Ausschlußgründen entstehen, der so umfangreich ist, daß die Anspruchsgewährung im Ergebnis nur in einem sehr begrenzten Maße erfolgt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen kein Informationsfreiheitsverhinderungsgesetz, habe ich hier einmal anlässlich einer Debatte gesagt und dabei Bezug auf das einzige bestehende Landesgesetz - nämlich in Brandenburg - genommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD]
und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich habe Ihnen damals darstellen können, daß dieser Riesenkatalog von Ausschlußgründen, für die es keinen Informationsanspruch geben soll, im Ergebnis dazu führt, daß wir ein Informationsverhinderungsgesetz haben und nicht das, was wir alle wollen.

Auch dieses Beispiel zeigt deutlich, wie wichtig es ist, auch länderübergreifend gemeinsame Regelungen zu haben. Deswegen noch einmal meine Anregung an dieses Parlament, sowohl die europäische Entwicklung als auch die Entwicklung auf Bundesebene abzuwarten, bevor wir an eine landesgesetzliche Regelung herangehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Minister für die Berichterstattung. Ich erteile jetzt das Wort in der Grundsatzberatung der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Bemerkung vorweg machen: Ich habe

(Anke Spoorendonk)

eben gerade von einem Pressevertreter gehört, daß es zu einem Friedensschluß in Jugoslawien kommen könnte. Das ist meiner Meinung nach ein Grund zu Freude.

(Beifall im ganzen Haus)

Der SSW hat genau vor einem Jahr einen Antrag eingebracht, in dem wir die Landesregierung aufgefordert haben, bis zur September-Tagung des Landtages den Entwurf eines Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen vorzulegen. Am 3. September 1998 hatte die Mehrheit des Landtages die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Informationen vorzulegen. In den Ausschußberatungen wurde seitens des Ministeriums von „frühestens Februar 1999“ gesprochen. Da Ende Mai nun immer noch keine konkrete Initiative der Landesregierung vorliegt, hat der SSW deshalb diesen Berichtsantrag gestellt, um über die Umsetzungsmöglichkeiten informiert zu werden. Die Landesregierung hat jetzt mitgeteilt, daß durch die Koalitionsvereinbarung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundesebene eine neue Entwicklung eingetreten ist, denn dort ist vereinbart worden, daß den Bürgerinnen und Bürgern Informationszugangsrechte im Rahmen eines **Informationsgesetzes** unter Berücksichtigung des Datenschutzes verschafft werden sollen. Die Landesregierung will diesen neu einzubringenden Bundesentwurf über ein Informationsgesetz abwarten und gegebenenfalls das Gesetzgebungsverfahren konstruktiv begleiten. All das hat der Herr Minister eben gerade bestätigt. Auch auf EU-Ebene soll sich angeblich in dieser Richtung etwas tun.

Aber bei allem Respekt, Herr Minister, das ist dem SSW zu wenig und viel zu unkonkret. Nach unseren Informationen tut sich im Moment in der Frage des Informationsgesetzes auf Bundesebene überhaupt nichts. Es gibt bis heute keinerlei konkrete Entwürfe der Koalition für eine solche Regelung, so daß unabsehbar ist, wann diese überhaupt oder gegebenenfalls geschaffen werden soll.

Wenn schon Bundeskanzler Schröder sagt, der Koalitionsvertrag sei keine Bibel, warum sollte sich dann der Schleswig-Holsteinische Landtag darauf verlassen können? Sollte tatsächlich einmal eine Bundesregelung geschaffen werden, so würde diese absehbar nur Akten von Bundesbehörden erfassen, so daß für eine Regelung bezüglich der Landesakten weiterhin Raum und Bedarf bestünden.

Nach unseren Informationen plant Brüssel keinerlei verbindliche **EU-Richtlinie** zum Dokumentenzugang, sondern eine Verfeinerung und Verfestigung bestehender Regeln allein bezüglich der EU-Dokumente und nicht bezüglich deutscher oder gar schleswig-holsteinischer Akten. Wenn bisher nicht einmal die EU-Akten eingesehen werden können, warum sollten wir dann auf eine EU-Regelung hoffen?

Wir halten deshalb an dem Landtagsbeschluß fest, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, einen Ge-

setzentwurf vorzulegen. Das Argument, daß später Korrekturbedarf bestehen könnte, gilt für viele Gesetze und stellt aus unserer Sicht kein unüberwindbares Problem dar. Im Gegenteil: Schleswig-Holstein könnte vor einer bundesweiten Regelung wertvolle Erfahrungen sammeln.

Hintergrund der SSW-Initiative war, daß Informationen zu einem immer wichtigeren Rohstoff unserer Gesellschaft werden. Wie für alle Ressourcen gilt auch für die Information, daß ihre Verteilung nicht naturgegeben eine Chancengleichheit gewährt. Besondere Fragestellungen ergeben sich, wenn es um das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern geht. Viele Informationen sind in der Bundesrepublik ausschließlich beim Staat angesiedelt. Die Verfügbarkeit von Informationen in diesem Verhältnis zeigt grundlegend, wie Demokratie verstanden wird. Hierzulande wird immer noch der Eindruck verbreitet, die Verwaltung würde zusammenbrechen, wenn man sie nötigen würde, bei Wahrung berechtigter Gegeninteressen den Bürgern ihre Akten zu öffnen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei der Bürokratie im Lande stimmt das!)

Bisher gibt es nur in Brandenburg - auch das ist schon gesagt worden - ein dementsprechendes **Akten- und Informationszugangsgesetz**. In Brandenburg hat es seit Verabschiedung dieses Gesetzes 68 Anfragen gegeben. Die Befürchtung, daß die Belastung für die Verwaltung zu groß wird, ist von daher weit übertrieben. Auch nach den Erfahrungen anderer Länder sind keine besonderen Schwierigkeiten zu erwarten. Dies gilt um so mehr, wenn man die Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechniken berücksichtigt.

Ein Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen sollte den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins unter Wahrung des Datenschutzes umfassende Akteneinsichtsrechte in Dokumente der öffentlichen Verwaltung sichern. Wir meinen, daß es für die Demokratie von zentraler Bedeutung ist, höchstmögliche Transparenz zu bieten. Nur hierdurch kann bei den Bürgern Akzeptanz und Verständnis für politisches Handeln und Verwaltungsakte entstehen. Dieses Individualrecht ist inzwischen in einer großen Anzahl von Staaten eingeführt.

(Glocke des Präsidenten)

(Anke Spoorendonk)

In den skandinavischen Ländern gibt es schon längst allgemeine Aktenzugangsrechte.

Es würde Schleswig-Holstein gut zu Gesicht stehen, auch in der Frage des Zugangs zu Informationen in der öffentlichen Verwaltung genauso wie im Datenschutz die Rolle des Vorreiters zu übernehmen. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung nach Schaffung eines Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für Schleswig-Holstein noch in dieser Legislaturperiode.

Eine letzte Bemerkung - Herr Präsident, wenn Sie es mir erlauben - zum Verfahren! Jetzt ist der entsprechende Bericht vorgelegt worden. Jetzt könnte man sagen; er ist erledigt. Aber ich möchte daran festhalten: Der Landtag hat hierzu einen Beschluß gefaßt, und nur der Landtag kann diesen Beschluß aufheben.

Ich würde von daher dafür plädieren, daß dieser Bericht im Innen- und Rechtsausschuß weiter erörtert wird, damit wir in dieser Frage später dazu Stellung nehmen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die SPD-Landtagsfraktion möchte ich mich dem von Anke Spoorendonk vorgeschlagenen Verfahren anschließen. Auch wir möchten beantragen, daß der Bericht des Innenministers an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen wird. Dort allerdings sollten wir dann nicht erneut - so ist jedenfalls unsere Auffassung - darüber beraten, ob überhaupt ein Landesgesetz auf den parlamentarischen Weg gebracht werden soll,

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das steht ja fest!)

sondern lediglich darüber, wann dies nach den Ausführungen des Ministers geschehen soll, ob also insbesondere das von der Regierungskoalition in Bonn angekündigte Informationsfreiheitsgesetz des Bundes abgewartet werden soll oder nicht. Auf ein Abwarten hinsichtlich einer EU-Regelung würde ich mich nicht einlassen wollen. Aber hinsichtlich des Bundesgesetzes, so meine ich, ist noch Beratungs- und Überlegungsbedarf vorhanden.

Der Innenminister hat schon in der Plenarsitzung vom 14. Mai 1998 auf die Bedeutung einer möglichst **bundeseinheitlichen Handhabung** der Informations- und Akteneinsichtsrechte der Bürgerinnen und Bürger in den Ländern hingewiesen. Der zur Vorbereitung vieler behördlicher Entscheidungen erforderliche und praktizierte Austausch von Akten zwischen einzelnen Bundesländern kann in der Tat erschwert und behindert

werden, wenn in den einzelnen Ländern unterschiedliche Zugangsrechte bestehen. Länder ohne Informationsrechte oder mit nur eingeschränkten Zugangsrechten könnten sich möglicherweise gehindert sehen - und das zu Recht -, ihre Akten in ein Land zu schicken, in dem weitergehende Einsichtsrechte bestehen.

Einen zweiten Gesichtspunkt hat der Minister heute genannt. Es ist davon auszugehen - Anke, auch du bist darauf eingegangen -, daß für ein im Alleingang verabschiedetes schleswig-holsteinisches Gesetz nach Inkrafttreten der angekündigten Bundesregelung Novelierungs- und Anpassungsbedarf besteht. Wir sollten uns nicht nur für diesen Fall überlegen, ob wir die arbeits- und verfahrensaufwendige Gesetzgebungsmaschinerie des Landes in Gang setzen wollen, wenn Bundesregelungen noch anstehen, die rechtliche Vorgaben für den Landesgesetzgeber enthalten können.

Inhaltlich hat sich an der Position der SPD-Landtagsfraktion nichts geändert. Wir haben schon im Rahmen der Diskussion über die Änderung der Landesverfassung gemeinsam mit den Grünen und mit dir, Anke, beantragt, Informationen aus dem öffentlichen Bereich allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen, soweit nicht schützenswerte Interessen Dritter oder das Wohl der Allgemeinheit dem entgegenstehen. Die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damals bekanntlich nicht erreicht worden, weil die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion unserem Antrag nicht zustimmen wollten und konnten.

Dasselbe Ziel wird nun aber mit der angekündigten Bundesregelung in der Bonner Koalitionsvereinbarung verfolgt. Dort heißt es - ich zitiere -:

„Wir wollen die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken.“

Und ich zitiere weiter:

„Durch ein Informationsfreiheitsgesetz wollen wir unter Berücksichtigung des Datenschutzes den Bürgerinnen und Bürgern Informationszugangsrechte verschaffen.“

Auch wir als SPD-Landtagsfraktion wollen das nach wie vor. Wir sollten allerdings nicht vergessen, ein bißchen Druck auf Bonn auszuüben, damit die Koali-

(Klaus-Peter Puls)

tionsvereinbarung schnell in Gesetzgebung umgesetzt wird.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn wir im Zuge unserer Ausschußberatungen erfahren sollten, daß das in absehbarer Zeit nicht geschehen sollte, dann werden wir uns einer eigenständigen und vorherigen landesgesetzlichen Regelung nicht verschließen.

Wir teilen also die Auffassung des SSW - Anke, du hast das am 14. Mai 1998 so gesagt; ich zitiere wörtlich -, „daß es für die Demokratie von zentraler Bedeutung ist, die höchstmögliche Transparenz zu bieten, da nur hierdurch Akzeptanz und Verständnis für politisches Handeln und Verwaltungsakte beim Bürger entstehen können“.

Lassen Sie uns gemeinsam im Ausschuß über den Zeitpunkt und das weitere Verfahren der Landesgesetzgebung zu diesem Thema konkret beraten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits bei der Beratung des SSW-Antrags über die Vorlage eines Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen im vergangenen Jahr hatte ich die Skepsis meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht. Das einzige Bundesland, das über ein solches Gesetz verfügt, hat damit wirklich keinen großen Wurf gelandet. In Brandenburg steht einem grundsätzlichen Auskunfts- und Informationsanspruch eine Fülle von Ausnahmebestimmungen entgegen. Man kann eigentlich nur feststellen: Das ist ein Beschäftigungsprogramm für Juristen, die dann den besorgten Bürgern, die einen Informationsanspruch haben, einen Weg durch den Paragraphenschlingel weisen müssen, letztlich wahrscheinlich mit dem Ergebnis, daß ein Informationsanspruch nicht besteht.

Die Tatsache, daß heute vorgetragen worden ist, daß in diesem Zusammenhang nur 68 Anfragen formuliert worden sind, zeigt, daß es einen wirklich dramatischen Bedarf der Bevölkerung nach einem solchen Gesetz nicht gibt oder aber daß diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die gern Informationen hätten, vor dem Paragraphenwirrwarr des brandenburgischen Gesetzes kapituliert haben. Daher, meine Damen und Herren, möchte ich diese Skepsis heute für meine Fraktion noch einmal deutlich bekunden.

Nun sind wir aber in der Abstimmung unterlegen, und die Parlamentsmehrheit hatte beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Informationen vorzulegen. Dann entspricht es aber meinem parlamentarischen Verständnis, daß die Landesregierung auch tätig wird. Ich hätte zumindest erwartet, daß Sie, Herr Mini-

ster Dr. Wienholtz, nach einer bestimmten Zeit dem Parlament unaufgefordert Rechenschaft abgelegt und einen **Sachstandsbericht** gegeben hätten, in dem Sie möglicherweise auf eine veränderte Haltung der Landesregierung hingewiesen hätten. Aber daß wir Sie heute mit Hilfe des SSW-Antrags anmahnen müssen, ist sicherlich kein angemessener Umgang mit dem Parlament.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Gleichwohl, bei all den Blumen, die dem SSW heute noch einmal überreicht worden sind - von der Landesregierung und auch von der SPD -, kann ich nur konstatieren: Sowohl die Landesregierung als auch die Sozialdemokraten machen sich unsere Skepsis mehr und mehr zu eigen, denn sie sind ja sonst eigentlich nie der Argumentation verfallen, sich hinter dem Bundesgesetzgeber verstecken zu wollen oder gar hinter einem äußerst vagen EU-Richtlinien-Gesetzgebungsprozeß.

Meine Damen und Herren, es ist doch auch den Ausführungen des Kollegen Puls ganz klar zu entnehmen: Der Wille, ein solches Gesetz in dieser 14. Legislaturperiode noch zu verabschieden, besteht jedenfalls bei den Sozialdemokraten nicht. Das können Sie dem SSW dann auch so deutlich sagen, wie ich finde, und brauchen es nicht durch die Blume zu tun; das wird auch so verstanden.

Im Ergebnis haben Sie ja recht. Die Bundesregierung ist gut beraten, diese Materie sehr sorgfältig zu handhaben. Es ist ein sehr kompliziertes und damit außerordentlich nachbesserungsträchtiges Gebiet. Ein übereilt formulierter Gesetzentwurf würde mit Sicherheit zu einer Vielzahl von Diskussionen und auch zu einem erheblichem Nachbesserungsbedarf führen.

Was die EU-Richtlinie betrifft, so erwarte ich eigentlich von der Landesregierung einen sehr konkreten Bericht über den Sachstand in der Europäischen Union. Das, was heute im Verlauf der Debatte bereits deutlich geworden ist, läßt ja nicht klar erkennen, wie konkret diese Richtlinie wirklich gefaßt sein wird.

Im Ergebnis ist der Verfahrensvorschlag sachgerecht, diese Materie zunächst im Fachausschuß zu debattieren. Dem schließen wir uns ausdrücklich an. Ich erwarte aber von der Landesregierung, daß in Zukunft,

(Thorsten Geißler)

wenn Parlamentsbeschlüsse vorliegen, entweder dem Parlamentsbeschluß Rechnung getragen wird oder daß, wenn die Regierung dies aus irgendwelchen Gründen nicht tut, unaufgefordert Bericht erstattet wird, damit sich der Landtag erneut mit der Materie beschäftigen kann.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern hatte der SSW allen Anlaß, den heute eingebrachten Antrag zu stellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böttcher das Wort.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Vorgeschichte dieses Antrags sind meine Vorredner ja bereits eingegangen. Der Punkt, um den sich die Debatte eigentlich dreht, lautet ja: Gibt es eine veränderte Sachlage gegenüber dem Zeitpunkt, zu dem wir den Beschluß gefaßt haben? - Ich teile die Auffassung, daß es nicht so ist.

Es ist zwar richtig, daß im **Amsterdamer Vertrag** vereinbart wurde, daß es ein Akteneinsichtsrecht auf europäischer Ebene geben solle. Dies gilt jedoch nur für den EU-Bereich, das heißt für die Informationen, die bei den Organen der Europäischen Union beziehungsweise der Europäischen Kommission vorliegen. Eine Richtlinie für die nationalen Verwaltungen ist nach meinen Informationen nicht vereinbart worden und auch nicht geplant.

Es ist auch richtig, daß die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes auf Bundesebene im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Ein solches Gesetz steckt jedoch noch nicht einmal in den Kinderschuhen, denn politische Initiativen zur Umsetzung dieses Beschlusses hat es bislang nur von seiten meiner Parteifreunde in Bonn gegeben. Die SPD-Fraktion im Bundestag hat dieses Thema auf die lange Bank geschoben.

Außerdem soll nach den Vorstellungen der grünen Bundestagsfraktion eine solche Regelung auf die Bundesbehörden beschränkt werden; sie überschneidet sich also in keinem Fall mit einem schleswig-holsteinischen Gesetz, das solche Regelungen für den Bereich der **Landes- und der Kommunalbehörden** trifft. Wir haben übrigens auch eigene Verwaltungsrechtsregelungen in diesem Lande, die an ein Informationsfreiheitsgesetz entsprechend angepaßt werden müßten.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Es ist eine gute föderale Tradition, wenn die Länder in ihrem Regelungsbereich eigene politische Vorstellungen

umsetzen. Ich sehe nicht, daß irgendein Schaden dadurch entstehen könnte, daß in Schleswig-Holstein andere Regelungen für die Akteneinsicht bei Behörden gelten als auf Bundesebene oder in anderen Bundesländern.

Es wäre übrigens auch möglich und läge im Sinne von Einheitlichkeit, wenn Schleswig-Holstein ein gutes und fortschrittliches Gesetz erarbeitete - wie es Herr Wienholtz hier ja auch in seinem Sinne angekündigt hat - und damit vielleicht auch zum Impulsgeber für die Diskussion auf Bundesebene würde.

Der Begriff der **Verwaltungsmodernisierung** ist mittlerweile in aller Munde. Zu einer modernen, bürgerfreundlichen Verwaltung gehört aber auch die Transparenz. In Zeiten, in denen staatliches Handeln komplexer wird, müssen öffentliche Entscheidungen allgemein nachvollziehbar sein. Freier Zugang zu den Informationen in Behörden ist hierfür unabdingbar. Ein bürgerfreundlicher Staat muß heute ein gläserner Staat sein.

Das Umweltinformationsgesetz ist seit mehreren Jahren in Kraft, und alle Befürchtungen, die im Zusammenhang mit **Akteneinsichtsrechten** immer geäußert werden, haben sich als unbegründet erwiesen. Weder ist die Verwaltung durch auskunftsuchende Bürger lahmegelegt worden, noch hat es Probleme mit dem Datenschutz gegeben. Im Gegenteil, der Datenschutzbeauftragte unseres Landes spricht sich für die Informationsfreiheit aus.

Für den Bereich der Umweltdaten haben wir mittlerweile eine gute Regelung; die Richtlinien zur Ausführung des Umweltinformationsgesetzes wurden vom Umweltministerium vorgelegt und vor drei Wochen vom Kabinett verabschiedet. Die Richtlinien haben den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Umweltinformationen erweitert; deshalb sollte die übrige Verwaltung nicht auf geschlossenen Aktendeckeln sitzenbleiben.

Der Berichts Antrag des SSW hat sich mit der heutigen Debatte erledigt, der ursprüngliche Auftrag jedoch nicht. Die Mehrheit des Parlaments hat sich im Mai wie auch im September im Sinne des Antrags ausgesprochen, und ich denke, daß wir vor diesem Hintergrund dieses Thema nicht sang- und klanglos begraben können. Das haben meine Vorredner aber auch

(Matthias Böttcher)

schon erklärt, daß sie dies nicht tun wollen. Denn wenn das Parlament einen Beschluß gefaßt hat, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, und die Landesregierung aufgefordert hat, einen Gesetzentwurf vorzulegen, kann nach meinem demokratischen Selbstverständnis auch nur das Parlament darüber entscheiden, ob es seine Auffassung hierzu ändert. Darüber sollten wir uns im Innen- und Rechtsausschuß verständigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, zu Ihrem Bericht: Sie predigen Wein und reichen hinterher Wasser. Ich kann die Verärgerung der Kollegin Spoorendonk sehr gut verstehen, wenn das Parlament hingehalten wird und letztlich nichts geboten wird.

Ich teile auch die Auffassung von Herrn Geißler, der sagt: Wenn die Regierung das nicht tun will, wenn die SPD dafür keine Mehrheit bieten will, dann soll sie es bitte schön sagen, statt immer um den heißen Brei herumzureden. Sie, Herr Kollege Puls, haben wirklich nur um den heißen Brei herumgeredet. Für die sachliche, inhaltliche Debatte hat es überhaupt nichts gegeben.

In einem möchte ich Ihnen, Herr Geißler, allerdings ganz klar widersprechen: Ich bin nicht der Auffassung, daß von der jetzigen Bundesregierung eine sachgerechte Bearbeitung des Themas zu erwarten ist.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU - Thorsten Geißler [CDU]: Das stimmt allerdings!)

Es tut mir leid, aber in diesem Punkte besteht bei mir ein ganz deutlicher Dissens zu Ihnen.

Ich staune allerdings, Frau Spoorendonk, mit welchem Vertrauen Sie diese Ihre Herzensangelegenheit in die Hände der Regierung legen. Das ist mir völlig unverständlich. Das kann doch eigentlich nur bedeuten, daß sich der SSW als Regierungsfraktion empfindet. Das ist zwar nichts Neues und entspricht dem Abstimmungsverhalten, aber ich bin doch der Meinung: Wenn dies Ihr innerstes Anliegen ist, dann sollten Sie doch bitte einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, über den wir dann auch differenziert beraten können.

Ich habe für Ihr Anliegen sehr große Sympathien; das wissen Sie. Ich muß aber auch sagen, daß die F.D.P.-Fraktion insgesamt zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine gesetzliche Initiative zur **Stärkung von Informationsrechten** nicht als vordringlich ansieht. Wir sind der Auffassung, daß der Umgang mit bestehenden Informationsrechten noch nicht zufriedenstellend praktiziert wird.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Verbesserungen sind vorstellbar. Sie sind auch erzielbar, wenn der politische Wille dafür besteht.

Wir sind zum Beispiel darauf gespannt, ob und wann von der jetzigen Bundesregierung der Erlass vom 3. April 1995 zur Auslegung des Umweltinformationsgesetzes geändert wird. In einer Entscheidung des **Europäischen Gerichtshofs** vom 17. Juni 1998 wurde die Rechtsauffassung des Bundesministeriums für Verkehr nicht bestätigt.

Es ist außerordentlich schwierig, über ein Gesetz zu diskutieren, von dem wir nur den Namen kennen, das wir aber nicht haben. Ich möchte doch gern noch einmal darum bitten, Frau Spoorendonk, daß der SSW ein Anforderungsprofil für ein solches Gesetz erarbeitet, damit man etwas konkreter über das, was gewünscht wird, diskutieren kann. Möglicherweise kann man dann den Wissenschaftlichen Dienst beauftragen, einmal einen solchen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Dann hätten wir eine Grundlage, über die wir gemeinsam streiten könnten. Ich hätte Lust dazu.

Das einzige Bundesland, das ein Akteneinsichts- und Zugangsrecht gesetzlich verankert hat, ist das Land Brandenburg. Das Gesetz führt das in der brandenburgischen Verfassung festgeschriebene **Einsichtsrecht** aus. Als Normzweck für das Einsichtsrecht wird in der Verfassung das Recht auf politische Mitgestaltung angegeben. Damit erkennt die brandenburgische Verfassung implizit an, daß Voraussetzung für politische Mitgestaltung eine umfassender Zugang zu behördlichen Informationen ist.

Der Vorschlag des Datenschutzbeauftragten, die Landesverfassung um einen Artikel 9 a zu erweitern, fand in diesem Haus keine Mehrheit.

Der Artikel hatte den Wortlaut:

„Informationen aus dem öffentlichen Bereich sollen allen zugänglich gemacht werden, soweit nicht schützenswerte Interessen Dritter oder das Wohl der Allgemeinheit entgegenstehen.“

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Ich habe diesem Antrag zugestimmt, er wurde jedoch auch mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Von der Regierungskoalition wurde dieser Vorschlag des Datenschutzbeauftragten ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Doch! Nicht von den Grünen, von der Regierungskoalition! Sie müssen schon zuhören, Herr Kollege Böttcher!

Insofern ist es auch inhaltlich konsequent, daß die Regierung keinen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Von daher weiß ich nicht, Frau Kollegin Spoorendonk, welche hohe Erwartung Sie in das Handeln dieser Regierung setzen, da die Regierungskoalition schon die Aufnahme eines solchen Verfassungsschutzartikels nicht mitgetragen hat.

Weil Änderungen der Gesetzeslage nicht zu erwarten sind und das erwähnte brandenburgische Gesetz durchaus Probleme bereitet - ich bin darauf in der ersten Lesung eingegangen -, ist der Blick auf die gegenwärtige Handhabung von Informationsrechten durch diese Landesregierung zu richten. Die Kollegin Dr. Winking-Nikolay hat mehrfach deutlich gemacht, daß die Landesregierung Informationsbegehren, die sich auf das Umweltinformationsrecht berufen, nicht gerade großzügig behandelt. Die besonderen Schwierigkeiten, die es verursacht, den Informationsrechten der Bürger zu genügen und gleichzeitig den Vollzug von Projekten, die demokratisch beschlossen sind, zügig zu gewährleisten, haben wir bereits erörtert. Über die Gewährung von Informationsrechten darf der **Regierungsvollzug** nicht außer Kraft gesetzt werden. Dies sollten Naturschutzverbände anerkennen.

Ein weiteres Problem ist die Verhinderung der Wahrnehmung von Informationsrechten durch überhöhte Kostenbescheide. Dies ist auch in Schleswig-Holstein geschehen. 40 DM für einen Ablehnungsbescheid zu fordern, ist ein eindeutiger Versuch der Einschüchterung von Bürgern. Die F.D.P. lehnt dies ab. Im Bericht der Landesregierung zur Information der Umwelt, den die F.D.P. beantragt hatte, ist allerdings eine geänderte Praxis zu erkennen. Wir begrüßen dies, bedauern aber, daß der Bericht nicht die von uns gewünschte Verbreitung erfahren hat.

Der Erlaß des Umweltministeriums zur Umweltinformation verbessert die Position der Bürgerinnen und Bürger, die sich um Informationen von Behörden bemühen.

Als Fazit ist festzuhalten, daß der Umgang mit Informationsrechten bei uns noch nicht so selbstverständlich ist wie in anderen Ländern, die eine größere Erfahrung mit solchen Rechten haben.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß! - Wissen ist Macht. Die Macht der Behörden wird geschmälert, wenn Bürger über Informationsrechte verfügen und sie auch nutzen. Wir wollen dies; denn informierte Bürger können ihre Mitwirkungsrechte besser wahrnehmen. Die Demokratie wird dadurch gestärkt.

(Beifall bei F.D.P., CDU, SSW und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muß noch eine Bemerkung zu dem Beitrag der Kollegin Happach-Kasan machen, für den ich mich bedanke. Denn ich weiß, daß wir gerade in Sachen Informationszugang vieles gemeinsam vorantreiben können, wenn sie ihre Fraktion davon überzeugen kann, daß dies so sein muß.

Ich will noch folgendes sagen. Natürlich ist es der normale Weg, daß eine Fraktion einen Gesetzentwurf einreicht. Das wissen wir genauso gut wie alle anderen in diesem Hause. Wir hatten uns für den anderen, man kann sagen: etwas weicheren, Weg entschieden, weil wir der Meinung sind, daß ein solches Gesetz von einer großen Mehrheit getragen werden muß. - Das ist das eine Paar Schuhe.

Das andere Paar ist aber der Beschluß des Landtages. Mit Mehrheit hat der Landtag beschlossen, daß die Landesregierung unverzüglich, spätestens im Februar 1999, einen Gesetzentwurf vorlegen soll.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darum geht es. Man kann sich immer noch über das Verfahren unterhalten. Das will ich auch gern selbstkritisch tun. Aber die Beschlußlage ist klar.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir hatten uns mit dem Bericht zu befassen. Nunmehr bleibt nur die Möglichkeit, den Bericht zur weiteren Beratung dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen, was auch beantragt worden ist. Wer sich diesem Verfahren anschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Wir haben dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 a auf:

Dioxinverunreinigte Nahrungs- und Futtermittel aus Belgien

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2202

Minister Buß wird Bericht erstatten. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder einmal erschüttert ein Lebensmittelskandal das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wieder einmal sind es ausgerechnet die Lebensmittel, die in die Schlagzeilen geraten.

Oberstes Gebot aller Verantwortlichen - hier schließe ich neben den politisch Verantwortlichen auch die Wirtschaft ein - muß es sein, den aktuellen Schaden durch unverzügliches Handeln zu begrenzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Dazu gehört die sofortige Herausnahme aller verdächtigen Produkte aus dem Warenverkehr: Lebensmittel, Futtermittel einschließlich betroffener Rohstoffe.

Ich begrüße den Dringlichkeitsantrag des Landtages ausdrücklich, denn die gesundheitliche Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel ist ein hohes Gut, und deren Gewährleistung hat für die Landesregierung höchste Priorität.

Zum Sachstand! Den Überwachungsbehörden in Deutschland lag erstmals am letzten Wochenende eine wenig detaillierte Schnellwarnung der EU über die Dioxinbelastung von Eiern, Hühnern und Hähnchen aus Belgien vor. Die Informationen basierten auf einer vom Inhalt her wenig ergiebigen Pressemitteilung des belgischen Landwirtschaftsministeriums. Weder Firmen noch Betriebe, noch Vertriebswege wurden genannt. Lediglich Frankreich und Griechenland wurden als Empfängerländer kontaminierter belgischer Produkte aufgeführt. Weitere Informationen der belgischen Behörden kamen nur tröpfchenweise.

Als ich am Samstagmorgen im Radio die erste Meldung hörte, habe ich die in meinem Hause zuständigen Mitarbeiter sofort telefonisch angewiesen, tätig zu werden.

Erst am Montag wurden die für die Lebensmittel- beziehungsweise Futtermittelüberwachung zuständigen Ressorts der Landesregierung von den Bonner Ministerien umfassender über die Lage informiert und um entsprechende Maßnahmen gebeten. Die von der Landesregierung am Montag umgehend veranlaßten Maßnahmen erfolgten demzufolge aufgrund einer unvollständigen Datengrundlage. Manches war nur aus der Presse bekannt.

Ursache der **Dioxinbelastung** von Eiern und Geflügelfleisch belgischer Herkunft ist kontaminiertes Futterfett. Lassen Sie mich deshalb in der Reihenfolge Futterfett - Futtermittel - Lebensmittel berichten.

Zur Futtermittelüberwachung! Infolge des Dioxinskandals im vergangenen Jahr - betroffen waren seinerzeit brasilianische Zitrus-Pellets - haben wir in meinem Ministerium eine Ad-hoc-Gruppe aus Vertretern der Wirtschaft und der Verwaltung eingerichtet, um für künftige Fälle besser gewappnet zu sein.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Mit Vertretern dieser Gruppe wurde das weitere Vorgehen am Montagmorgen telefonisch abgestimmt. Eine Ad-hoc-Umfrage ergab, daß in Schleswig-Holstein 14 Futtermittelwerke technisch in der Lage sind, sogenanntes Futterfett als Futterkomponente einzusetzen. Alle 14 Betriebe wurden am Montag und am Dienstag überprüft. 10 Betriebe verwendeten tatsächlich Futterfett. Nach den eingesehenen Lieferscheinen stammen alle eingesetzten Futterfette von Vorlieferanten aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Wir haben dennoch von allen Parteien Proben gezogen, die in der LUFA Kiel auf Dioxine untersucht werden. Seit heute morgen liegen sechs Ergebnisse vor. In keinem Fall wurde Dioxin nachgewiesen.

Hinsichtlich der Frage, ob belgische Futtermittel direkt an landwirtschaftliche Betriebe in Schleswig-Holstein geliefert wurden, stehen wir in engem Kontakt zum Bundeslandwirtschaftsministerium. Nach derzeitigem Erkenntnisstand wurden keine belgischen Futtermittel nach Schleswig-Holstein geliefert.

Fazit, meine Damen und Herren: Die in Schleswig-Holstein produzierten Lebensmittel sind gesund. Mit heimischen Produkten sind Verbraucherinnen und Verbraucher auf der sicheren Seite.

(Minister Klaus Buß)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu den Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung, die ich Ihnen in Abstimmung mit meinem Kollegen, Minister Steenblock, vortrage.

Am Montag hat das Umweltministerium die für die **Lebensmittelüberwachung** zuständigen Kreise und kreisfreien Städte angewiesen, Lebensmittelbetriebe auf das Vorhandensein belgischer Eier und Geflügelfleischprodukte zu kontrollieren. Insbesondere unterlagen folgende Betriebe der Kontrolle: Zerlegebetriebe für Geflügelfleisch, Kühl- und Umpackbetriebe, einschlägige Großhandlungen beziehungsweise Zentralläger und Einzelhandelsgeschäfte.

Die Kontrollen der Lebensmittelüberwachungsbehörden ergaben, daß entgegen der Schnellwarnung der EU doch belgische Eier und belgisches Hühner- beziehungsweise Hähnchenfleisch nach Deutschland geliefert wurden. Die Firmenzentralen haben zum Teil im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht die Herausnahme aus dem Angebot angeordnet.

Von den schleswig-holsteinischen Behörden wurden in sechs Geschäften einer Einzelhandelskette Eier gefunden, die laut Kennzeichnung in Belgien abgepackt worden waren. Nach derzeitigem Kenntnisstand stammen die Eier aber nicht aus Belgien. Sie sind nur dort abgepackt worden. Die Ware wurde beschlagnahmt und wird zur Zeit auf Dioxine untersucht. Die Ergebnisse werden voraussichtlich am Freitag, also morgen, vorliegen.

In den letzten Tagen bekam zunehmend die Frage Gewicht, wie belgische Lebensmittel zu beurteilen seien, die unter Verwendung von Eiern oder Geflügelfleisch aus Belgien hergestellt worden sind. Das Umweltministerium hat gestern die Lebensmittelüberwachungsbehörden der Kreise und kreisfreien Städte im Lande aufgefordert, ihre Maßnahmen auf entsprechende Lebensmittel auszudehnen. In fünf Kreisen wurden gestern und heute Lebensmittel aufgefunden, bei deren Herstellung Eier und Geflügelfleisch aus Belgien verwendet wurden. Gestern hat der Ständige Veterinärausschuß einem EU-Kommissionsvorschlag über bestimmte Schutzmaßnahmen zugestimmt. Dabei geht es um ein **Verkaufsverbot** für belgisches Geflügel und Eier einschließlich ihrer Verarbeitungsprodukte, Voraussetzung, daß der Eieranteil größer als 2 % ist.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin sofort am Ende!

Das Bundesgesundheitsministerium wird diese Entscheidung durch Dringlichkeitsverordnung in nationales Recht umsetzen. Erfaßt sind solche Produkte, die von Hühnern oder Hähnchen stammen, die zwischen dem 15. Januar und 1. Juni 1999 in Belgien aufgezogen beziehungsweise gehalten wurden. Heute vormittag erging ein ergänzender Erlaß des Umweltministeriums an die Kreise und kreisfreien Städte, diese sollten den entsprechenden Produkten verstärkt nachgehen und sie vorläufig sicherstellen.

Nach Presseangaben sind 80 t verseuchtes **Futterfett** die Ursache für Tausende Tonnen verseuchte Lebensmittel. Die Dioxinkonzentration in den betroffenen Produkten ist exorbitant hoch. Ich bin ein Freund nüchterner Worte, aber hier ist wirklich eine harte Verteilung angebracht: Solches Futter in den Verkehr zu bringen, ist schwer kriminell.

(Beifall im ganzen Haus)

Wer solche Vorkommnisse vertuscht, handelt absolut verantwortungslos.

Die Landesregierung hat alles getan und wird alles tun, um Schäden von den Verbraucherinnen und Verbrauchern abzuwenden. Ich biete dem Agrarausschuß ausdrücklich an, in seiner nächsten Sitzung über die endgültigen Ergebnisse der Kontrollen zu berichten. Ich betone: Unsere schleswig-holsteinische Land- und Ernährungswirtschaft produziert gesunde Nahrungsmittel. Heimische Produkte können getrost gekauft, verzehrt und auch genossen werden. Aber gegen kriminelle Machenschaften ist leider niemand gefeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei dem Minister ausdrücklich für den gegebenen Bericht. Es zeigt, daß es richtig war, daß die CDU diesen Dringlichkeitsantrag hier im Parlament gestellt hat, damit wir während dieser Sitzung erste Zwischenergebnisse bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, ich darf ausdrücklich bekennen, daß - im Gegensatz zu anderen Katastrophenszenarien im Land - hier sehr schnell gehandelt worden ist.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW - Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daher mein herzlicher Dank an Sie und Ihre Mitarbeiter, daß wir noch in dieser Tagung Klarheit dar-

(Peter Jensen-Nissen)

über schaffen, was in Schleswig-Holstein Lebensmittelproduktion, Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft bedeuten!

Hormonskandale, BSE-Skandale und Dioxin-Skandale! Ich bin es leid, daß mein Berufsstand, dem ich als Landwirt angehöre, daß die Ernährungsindustrie immer wieder durch möglicherweise kriminelle Handlungen in Mißkredit geraten. Ich glaube, hier haben wir als Parlament die deutliche Aufgabe, klar zu sagen, daß wir diese Handlungsweisen nicht dulden.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Vertuschen, Verschweigen, Unfähigkeit von bestimmten europäischen Verwaltungen sind nicht akzeptabel und nicht hinnehmbar. Ich glaube, daß der Rücktritt von zwei belgischen Ministern am Ende nur eine Schönheitsreparatur an dem Schaden war, der dort angerichtet wurde. Die Schlampereien in Belgien bringen die Landwirtschaft und die Ernährungsindustrie erneut unverschuldet in Mithaftung für Verfehlungen, die sie nicht zu verantworten haben.

Die Frage ist doch, was wir dagegen tun können. Herr Minister, Sie haben das dankenswerterweise erklärt: Gütezeichen und Gütesiegel sind, begleitet durch Qualitätsproduktion, hier in Schleswig-Holstein seit langen Jahren Praxis und der einzige Weg, dem Verbraucher Sicherheit zu geben. Sie geben Sicherheit darüber, daß die Nahrungsmittel, die in diesem Lande produziert werden, sicher sind. Wir müssen auf diesem Weg gemeinsam weitergehen. Ich sage Ihnen ausdrücklich zu, daß wir Ihnen auch in der Frage der Finanzierung des Gütezeichens unsere Unterstützung zukommen lassen, um es nicht weiter zurückzufahren, wie das in der Vergangenheit schon passiert ist.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Die notwendige Schadensbegrenzung ist in Schleswig-Holstein getroffen worden. Sie war sachgerecht, und es ist ordentlich gehandelt worden.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und bei der F.D.P.)

Um aber zukünftig einen Skandal wie diesen vermeiden zu können, muß in der Europäischen Union noch einiges mehr geschehen. Ich will allerdings nicht den Eindruck erwecken, als könnten wir uns zuverlässig gegen kriminelle Machenschaften schützen. Das wird nie gelingen. Um einige Schritte voranzukommen, muß folgendes geschehen:

Erstens muß die obligatorische **Kennzeichnung** von Tieren und Fleisch zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher EU-weit mit großem Nachdruck umgesetzt werden. Allen Verzögerungen bei der Umsetzung ist wirksam zu begegnen. Dies haben Dioxin-Skandale, BSE-Skandale, Hormon-Skandale und andere Skandale gezeigt.

Zweitens muß die Umsetzung der **EU-Produkthaft-richtlinien** zügig erfolgen. Ich glaube, hier sind wir im Wort.

Drittens müssen die Urprodukte und Futtermittel in den EU-Produkthaft-richtlinien EU-weit erfaßt werden.

Viertens müssen Futtermittel offen deklariert werden. Das fordere ich als Landwirt ausdrücklich.

Fünftens muß die **Deklaration** die Inhaltsstoffe und auch die unterschiedlichen Produkte enthalten.

Sechstens müssen die EU-Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf ihre Verantwortung für die Umsetzung der Gemeinschaftsrichtlinien hingewiesen werden.

Am Vorabend der Europawahl können wir feststellen, daß Europa funktioniert, wenn die Mitgliedstaaten ihre Verantwortung für Europa ernsthaft wahrnehmen.

Ich hoffe, daß wir im Agrarausschuß am 17. Juni gemeinsam weitere Maßnahmen beraten und die Ergebnisse der letzten Untersuchungen von Ihnen, Herr Minister, erfahren werden.

(Beifall bei CDU, SPD, F.D.P. und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wodarz das Wort.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angst vor Gifteiern, belgisches Dioxinfutter auch in Deutschland - Angst und Fragezeichen. Herr Minister, ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihre sachliche Aufklärung.

Nach der BSE-Krise, Berichten über Schweinepest, Antibiotika in Futtermitteln und Hormonmast in Kälberställen sind viele ernährungsbewußte Mitbürger auf Geflügelfleisch umgestiegen. Während viele der beschriebenen „Krisen“ nicht die tatsächliche Qualität - das wurde hier auch gesagt - der deutschen, insbesondere der schleswig-holsteinischen Nahrungsmittel beschrieben, sollten wir aber nicht unkritisch an den Verzehr insbesondere von Hühner- und Putenfleisch herangehen. Gerade in der **Geflügelmast** werden in verstärktem Maße Antibiotika eingesetzt, die Mastbedingungen sind in keiner Weise artgerecht, und die Zucht der Masthähnchen und Mastputen erfüllt in

(Friedrich-Carl Wodarz)

meinen Augen den Tatbestand der Qualzucht. Das hat bislang kaum jemanden interessiert.

Was jetzt allerdings in Belgien geschehen ist, die Zumischung von altem Öl in Futter - wie auch immer das da hineingekommen ist - sprengt jeden Rahmen. Ich schließe mich ausdrücklich der Bewertung des Ministers an: Das ist schlicht kriminell.

(Beifall im ganzen Haus)

Das Schlimme an der Sache ist - da treffen wir uns, Herr Jensen-Nissen -: Das trifft unterschiedslos alle Landwirte, die Hühner mästen und Eier produzieren, gute wie schlechte. Die wirtschaftlichen Schäden sind zur Zeit gar nicht absehbar, und sie sind nicht nur auf Belgien begrenzt; die Verunsicherung schwappt über die Grenzen und wirkt sich natürlich auf den deutschen Markt aus. Seit gestern hat sich der Verdacht auch noch auf Schweinefleisch ausgedehnt. Wieweit das verifizierbar ist, weiß ich nicht.

Wenngleich man noch immer nicht genau weiß, wie das Dioxin in das Futter gelangen konnte, ist dieser Mißbrauch aber - das sage ich ganz kritisch - im System angelegt. Ein Batteriehühnchen muß in sechs Wochen von 45 g auf 2,5 kg gemästet werden. Das sollten Sie sich einmal in natura angucken!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eklig!)

Das geht nicht mit normalem Körnerfutter und Gras. Auch hier muß man deutlich machen, daß Hühner keine reinen Körnerfresser sind, sondern eben auch gern Fleisch und Fett fressen. So wird dem Mastfutter zusätzlich Fett beigefügt, um die gewünschten Mastleistungen zu erreichen.

Daß dieses Fett nun offensichtlich in krimineller Weise - das muß man immer wieder betonen - dioxinverseucht war, wundert Insider kaum,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist nicht bewiesen!)

wenn man weiß, daß die Hormonmafia in Belgien bis zum heutigen Tag aktiv ist und daß der Staat in Belgien leider herzlich wenig zu deren Bekämpfung unternimmt.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich die CDU-Initiative, damit wir eben aus diesem Haus heraus informieren können, und zwar sachlich informieren können, wie sicher die Verbraucher in Schleswig-Holstein vor verseuchtem belgischem Hühnerfleisch und vor belgischem Eierprodukten sein können. Der Minister hat das ja für Schleswig-Holstein sehr deutlich bewertet.

Daß die EU-Kommission aus der Vergangenheit gelernt hat und am Mittwoch mit einem EU-weiten **Verkaufsverbot** sehr schnell und effektiv reagiert hat, läßt für die Zukunft hoffen. Schleswig-Holstein hat in der Vergangenheit bei ähnlichen Fällen, aber auch jetzt schnell und effektiv und vor allen Dingen besonnen reagiert; wenn ich daran denke, wie wir im BSE-Fall reagiert

haben, meine ich, nicht nur schnell und effektiv, sondern auch besonnen. Auch dafür vielen Dank an das Ministerium.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Wohl von der CDU nicht beabsichtigt, aber für gleichermaßen wichtig halte ich die Chance, daß wir vor dem Hintergrund dieser kriminellen Machenschaften sehr bewußt und sachlich die Produktions- und Haltingsbedingungen in der Geflügelmast und Eierproduktion diskutieren, damit derartige Fälle nicht wiederholbar werden und damit die Landwirtschaft generell nicht diskriminiert wird. Verbraucher werden sich aber auch noch verstärkt fragen müssen, ob man bei Nahrungsmitteln wirklich als erstes auf den Preis und erst dann auf die Qualität achten sollte. Gütezeichen und Ökosiegel - Herr Jensen-Nissen, Sie haben das richtig angesprochen - bekommen vor diesem Hintergrund eine neue Bedeutung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch da unterstreiche ich ausdrücklich Ihre Ausführungen. Das sollte nicht nur eine regionale Aktivität sein, sondern es muß eine EU-weite Aktion sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich begrüße in der Besucherloge unsere ehemalige Kollegin, Frau Lindenmeier. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich wollte jemandem von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort geben. - Das sind Sie, Herr Kollege Hentschel? - Dann haben Sie das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke sehr! - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Alle Jahre wieder“ gibt es Probleme mit Nahrungsmitteln. Immer wieder wird gesagt: Kriminelle Machenschaften! Wie kann das passieren? Wer hat das gemacht?

(Frauke Walhorn [SPD]: Wer war das?)

(Karl-Martin Hentschel)

Immer wieder stelle ich als jemand, der nicht Fachmann für Landwirtschaft ist - ich bitte, meinen Kollegen Matthiessen für heute nachmittag zu entschuldigen -, fest, daß offensichtlich die Auffassung herrscht, daß an sich alles in Ordnung sei, es nur einige gebe, die es falsch machten. Wenn das so ist, daß es immer nur einige sind, fragt man sich: Warum passiert es immer wieder? - Dahinter muß doch ein System stecken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wie mit jedem Mord! Dahinter steckt auch kein System, und er passiert immer wieder!)

Das ist, glaube ich, auch kein Zufall.

Mit der Landwirtschaft haben wir einen Wirtschaftszweig, der ein sehr sensibles Produkt produziert. Nahrungsmittel sind nicht mit irgendeinem anderen industriellen Produkt zu vergleichen. Denn **Nahrungsmittel** sind das, was wir tagtäglich essen, was Grundlage für unsere Gesundheit und für unser Leben ist. Deswegen müssen Nahrungsmittel einer ganz besonderen Qualität unterliegen.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen bin ich der Auffassung, daß wir Nahrungsmittel gesund, ökologisch, ohne Schadstoffe produzieren sollten und daß wir aufhören sollten, Nahrungsmittel so zu betrachten, als komme es nur darauf an, die Nahrungsmittelindustrie beziehungsweise die Landwirtschaft optimal zu rationalisieren. Das kann nicht der Weg sein, auf dem wir in Zukunft gesunde Nahrungsmittel bekommen.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Es ist schon richtig angesprochen worden: Wer Hühner in Batterien tierquälerisch produziert, in Massen, in riesigen Ställen, in denen keine artgerechten Lebensbedingungen existieren, sie mit Nahrung füttert, die nichts mehr mit Natur zu tun haben, der muß sich hinterher nicht wundern, wenn Dinge passieren, die zum Schaden der Menschheit sind.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist doch etwas anderes!)

Deswegen finde ich es richtig, auf regionale Vermarktung zu setzen. Ich finde es richtig, wenn Nahrungsmittelzusätze gekennzeichnet werden. Ich weise auch auf das Problem des Einzugs der Gentechnologie in die Nahrungsmittelindustrie und in die Landwirtschaft hin. All dies sind Themen, die uns in Zukunft weitere Probleme bereiten werden.

Ich begrüße die schnelle Reaktion der Regierung.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich finde es ausgezeichnet, daß Sie reagiert haben, sobald Sie etwas gehört haben. Das gilt für beide Ministerien. Herr Jensen-Nissen, ich habe beobachtet, daß Sie die ganze Zeit so zum Agrarminister gewandt gestanden haben. Leider haben Sie offensichtlich keine Ahnung, daß die Lebensmittelüberwachung in Schleswig-Holstein dem Umweltministerium untersteht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein wenig auffällig, welche Probleme Sie haben, daß Sie sich einfach quer zum Rednerpult stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Das ist eine neue gymnastische Variante; ich nehme sie aufmerksam zur Kenntnis.

Ich beantrage, daß der Antrag sowohl dem Agrarausschuß als auch dem Umweltausschuß überwiesen wird, damit sich beide Ausschüsse ausführlich mit dem Thema beschäftigen können.

Ich habe noch etwas, Herr Jensen-Nissen, das Ihrer Aufmerksamkeit bedarf und für Sie vielleicht interessant ist. Ich bin der Auffassung, daß sich die EU diesmal bewährt hat.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das habe ich ja gesagt!)

Ich glaube, daß die Schelte, die man immer auf die EU abläßt, in diesem Punkt falsch ist. - In der zweiten Hälfte haben Sie es gesagt, in der ersten Hälfte haben Sie das Gegenteil gesagt.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Nein, nein!)

Die EU hat zwar ihre Mängel. Aber sie ist häufig weniger von Lobbyinteressen beeinträchtigt als die nationalen Regierungen. Das müssen wir hier zur Kenntnis nehmen. Gerade im Verbraucherschutz und im Umweltschutz hat die EU teilweise Vorbildliches geleistet. In diesem Fall muß ich sagen: Eine so schnelle Reaktion hat mich wirklich gefreut. Wir stehen kurz vor der Europawahl. Ich denke, es ist ein Zeichen der Ermutigung, daß der EU-Kommissar Fischler so schnell reagiert hat. Ich hoffe, daß wir

(Karl-Martin Hentschel)

nächstes Jahr das Lied „Alle Jahre wieder“ nicht wieder singen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Wieso? Soll Weihnachten nicht stattfinden?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal meinen Dank an den Minister, der uns sehr umfassend, sehr sachgerecht, kurz und kompetent zu den gegenwärtigen Ergebnissen berichtet hat. Ich finde das gut.

Mein Dank geht ebenfalls an die CDU-Fraktion, die aufgepaßt und uns das Thema in den Landtag geholt hat. Es ist eine Möglichkeit, deutlich zu machen, welche Priorität für uns das Thema reine **Nahrungsmittel** hat, welche Priorität für uns Vorsorge vor Schäden hat. Insofern noch einmal ein herzliches Dankeschön an die CDU-Fraktion!

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Ich bin ein bißchen erstaunt, Herr Kollege Hentschel, was alles man als Anlaß nehmen kann, eigene Glaubenssätze vorzutragen. Das Plädoyer für den ökologischen Landbau an einer Stelle, an der es um kriminelle Handlungen von Futtermittelherstellungen geht, scheint mir in der Verbindung etwas seltsam zu sein.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nur für Sie seltsam, nicht für die Verbraucher!)

Ähnliches gilt für Ihre Vorstellung von **Nahrungsmittelkennzeichnung**. Das Problem ist, daß man kriminell zugeführte Zusätze zu Nahrungsmitteln in der Regel in der Kennzeichnung natürlich nicht finden kann. Insofern befindet sich auch diese Abweichung neben der Spur.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wir müssen letztlich als Politik beurteilen - das ist das Entscheidende -, ob unsere Strukturen auf Landes-, auf Bundes-, auf EU-Ebene in der Lage gewesen sind, mit diesem Vorkommnis umzugehen. Wir alle wissen, daß es vorkommt, daß Leute bei Rot über die Ampel fahren. Trotzdem wird Autofahren nicht verboten. Es gibt Menschen, die kriminell handeln. Auch dies kommt vor. Wir wissen, daß kriminelle Handlungen vorkommen. Wir müssen ein System aufbauen, um die Folgen solcher krimineller Handlungen zu mindern und solchen Vorkommnissen wirkungsvoll vorzubeugen. Man muß feststellen, daß die EU aus vorherigen Krisen gelernt hat. Anders als bei BSE hat sie hier zügig und

ohne darauf zu gucken, wer was verkaufen möchte, entschieden, daß es ein Exportverbot gibt. Ich finde, das ist gut. Das sollte man auch darstellen, wenn es funktioniert hat.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich möchte auch darstellen, daß nach dem Bericht des Ministers - pro domo; ich gehe aber davon aus, daß Sie ihn ordentlich gehalten haben - die Landesregierung ebenfalls das Erforderliche für die Sicherheit der Menschen getan hat. Ich finde das gut.

(Beifall bei der SPD)

Wir können froh sein, daß wir bei diesen Punkten jetzt ein ganzes Stück weiter sind, als das noch vorher der Fall gewesen ist.

Also in diesem Punkt ein Lob an die Landesregierung!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir müssen es schärfstens kritisieren, daß kriminell gehandelt worden ist, daß von belgischen Politikern vertuscht worden ist, daß dort verantwortungslos Handeln gegeben war. Wir sollten aber trotzdem sagen: Wir sind hoffentlich in der glücklichen Situation, daß die gesundheitlichen Auswirkungen für die Menschen, die diese Produkte bereits gegessen haben, voraussichtlich und nach Einschätzung durch Mediziner nicht so gravierend sein werden. Das kann den Skandal, den es gegeben hat, in keiner Weise mindern, aber es ist immerhin ein Hoffnungsschimmer und eine gute Botschaft, daß dies so ist.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

In diesem Sinne hoffe ich, daß wir in der Agrarausschußsitzung und auch nachher in der Antwort auf meine Kleine Anfrage zum Thema Dioxine einen erweiterten Bericht und Auskünfte bekommen, die uns insbesondere die Situation in Schleswig-Holstein schildern.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Wortbeitrag aufrufe, möchte ich darauf eingehen, daß mehrfach nach der Nachrichtenlage im Kosovo gefragt worden ist. Ich kann sagen, daß die letzte Meldung, die von 15:12 Uhr stammt, lautet, daß die NATO überhaupt erst einen Kommentar abgeben oder eine Entscheidung treffen wird, wenn sie den vollständigen Bericht von Tschernomyrdin und des finnischen Staatspräsidenten haben wird. Dann werden wir mehr wissen. Sobald Nachrichten dazu vorliegen, werde ich sie bekanntgeben.

Jetzt hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich ganz herzlich für den Bericht des Ministers bedanken und auch noch einmal ein Wort von ihm aufgreifen. Es geht ja jetzt nicht darum, eine Debatte gegen die Landwirte zu entfachen. Auch das möchte ich noch einmal deutlich machen.

Aber Pestizide in Babynahrung, hormonbehandelte Kälber, Antibiotika in der Tiermast, Rinderwahn und nun Dioxin in Hühnerprodukten, in Hühnerfleisch und möglicherweise auch im Schweinefleisch! - Es geht um kriminelle Handlungen, um kriminelle Machenschaften, und ich frage mich ja auch, was denn nun wohl als Nächstes kommen wird. Wir haben gehört, daß dioxinvergiftete Geflügelprodukte aus Belgien in den deutschen Handel gekommen sind. Pressemitteilungen nach zu urteilen, wurde den Futtermitteln dioxinverseuchtes Fett beigemischt. Die Futterzugabe geschieht, um die Mastreife zu beschleunigen.

Wie bei anderen **Lebensmittelskandalen** spielt auch hier das wirtschaftliche Kalkül eine entscheidende Rolle. Seit wann und wo diese Produkte auf dem Markt sind und um wie viele es überhaupt geht, wissen wir leider noch nicht genau. Diese Situation ist äußerst unbefriedigend, und von daher möchte auch ich mich bei der CDU für den Antrag bedanken, weil wir dadurch Gelegenheit bekommen haben, das heute noch einmal gemeinsam miteinander zu debattieren.

Der SSW begrüßt das von der EU-Kommission verhängte **EU-weite Verkaufsverbot** von belgischem Geflügel und von belgischen Eiern. Da wir nicht mit Sicherheit ausschließen können, daß sich verseuchte Produkte auch schon in Schleswig-Holstein befinden, ist dieses Verkaufsverbot eine richtige Maßnahme. Um die Folgen des Skandals in den Griff zu bekommen und vor allem um für die Zukunft ähnlich konsequent das Risiko weiterer Skandale zu minimieren, sind meiner Meinung nach verschiedene Schritte erforderlich. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben das ja auch schon angesprochen. Das heißt, kurzfristig muß schnell untersucht werden, ob sich verseuchte belgische Produkte im schleswig-holsteinischen Handel befinden. Diese Untersuchungen laufen ja bereits.

Danach müssen die Verbraucher über das Ergebnis der Untersuchungen informiert werden. Langfristig muß aber sichergestellt werden, daß Produkte ausreichend gekennzeichnet werden. Vor diesem Hintergrund macht der Änderungsantrag des SSW zur Verstärkung des Verbraucherschutzes natürlich viel Sinn.

Auch wenn es heute noch nicht möglich ist, den Verkauf von tierischen Produkten vom Erzeuger bis hin zur Verkaufstheke nachzuvollziehen, sollte diese Maßnahme unbedingt weiter im Auge behalten werden.

Ich bin mir darüber im klaren, daß sich der Verbraucher nicht hundertprozentig schützen kann, aber ich bin der Meinung, daß die Kennzeichnung von Eiern schlichtweg unzureichend ist. Die Käufer erfahren nicht konkret, woher die gekauften Eier stammen - es sei denn, sie kennen den entsprechenden Kennzeichnungscodex. Diese Art der Kennzeichnung ist irreführend, und sie ist auch falsch. Daher ist eine **verbraucherfreundliche Kennzeichnungspflicht** unbedingt erforderlich.

Eine weitere Möglichkeit, das Risiko zu minimieren, ist zum Beispiel, daß der Kunde seine Waren direkt aus der Region bezieht, deren Hersteller freiwillig Angaben über das Produkt machen. Maßnahmen wie „Aus der Region - für die Region“ wurden vom SSW immer unterstützt, und ich denke, es geht auch darum, solche Initiativen weiter zu fördern.

Eine weitere Alternative wäre der Kauf von ökologischen Erzeugnissen. Auch das muß gesagt werden. Auch hier sind wir weiterhin gefordert, diese Art der Bewirtschaftung zu unterstützen.

Also: Für die Verbraucher und für unsere Landwirte hoffe ich, daß wir diese und ähnliche Debatten so bald nicht wieder führen müssen. Von daher denke ich, es ist ganz wichtig, daß in den Ausschüssen erörtert wird, welche Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher und zum Schutz der Gesellschaft eingeleitet werden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, aufgrund aktueller Informationen ist es Herrn Minister Steenblock möglich, zu dem Bericht der Landesregierung eine kurze Ergänzung zu geben. Ich denke, wir sollten die Gelegenheit nutzen. - Sie haben das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ganz schnell noch einmal ein paar Zahlen, die mir während der Debatte von der **Lebensmittelüberwachung** hereingereicht wurden, nennen, damit Sie das nicht erst morgen aus der Presse erfahren. Insofern möchte ich Ihnen das heute gern noch selber darstellen.

Wir haben im Augenblick die **aktuelle Situation**, daß in elf Kreisen beziehungsweise kreisfreien Städten Eier gefunden worden sind, die in Belgien verpackt worden sind. Dazu muß ich aber sagen, daß wir nicht genau wissen, ob sie dort auch tatsächlich hergestellt oder ob sie dort nur verpackt worden sind. Sie sind aber alle eingezogen worden. Insgesamt handelt es sich dabei um etwa 2.500 Eier; die sind von uns beschlagnahmt beziehungsweise von den Firmen zurückgenommen worden. In drei Kreisen sind mittlerweile Erzeugnisse aus Eiern oder Eiprodukte beschlagnahmt worden, und in vier Kreisen sowie in den Städten Kiel und Lübeck sind inzwischen Geflügelfleischerzeugnisse beschlagnahmt worden, und zwar in unterschiedlichen Mengen von bis zu 140 kg wie in Schleswig. Es handelt sich also um nicht unwesentliche Mengen.

Ich wollte gern, daß Sie diese Zahlen von mir noch einmal hören; sie sind mir gerade während der Debatte hereingereicht worden.

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, mich für die gute Zusammenarbeit zwischen dem Umweltministerium und dem Landwirtschaftsministerium zu bedanken. Ich glaube, daß diese Ministerien gut zusammengearbeitet haben. Weiter möchte ich mich bei den Kreisveterinären für die Überwachungstätigkeit bedanken, weil gerade die vor Ort die Arbeit zum Wohle der Sicherheitsinteressen unserer Menschen geleistet haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie vereinzelter Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke auch Ihnen, Herr Minister, für die Ergänzung des Berichts. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Herr Hentschel, den Antrag können wir nicht überweisen; der Antrag ist erledigt. Aber wir können den Bericht mit der eben gehörten Ergänzung dem Ausschuß zur weiteren Beratung überweisen. So sollten wir

verfahren? - Dann ist das so beantragt. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 20 auf:

Keine Stufenlehrausbildung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2180

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2207

Das Wort zur Begründung wird offensichtlich nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Ich wäre dankbar, wenn ich fünf Minuten Redezeit bekommen könnte.

Meine Damen und Herren! Als wir unseren Antrag „Keine Stufenlehrausbildung in Schleswig-Holstein“ gestellt haben, sind wir davon ausgegangen, daß wir - nach dem Verlauf der Diskussion über den Vorstoß in Flensburg - eigentlich ein einmütiges Votum des Parlamentes hinbekommen könnten.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Zur Vorgeschichte! Es hat ja in der Presse eine Rolle gespielt, daß die **Bildungswissenschaftliche Universität in Flensburg** in ihrem **Strategiekonzept** zur Weiterentwicklung einen Schwerpunkt in der Ausbildung zum Stufenlehrer setzen wollte. Das ist ja mittlerweile relativiert worden.

Meine Damen und Herren, die Äußerungen und die Reaktionen auch aus dem Regierungslager dazu waren an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Das wurde abgelehnt.

So hat etwa Frau Ministerin Erdsiek-Rave in einer Pressemitteilung gleich aktuell gesagt:

(Jost de Jager)

„Aussagen über eine Stufenlehrausbildung sind nicht mit dem Ministerium abgestimmt und entsprechen auch nicht der zukünftigen Prüfungsordnung für Lehramtsstudiengänge. Ergo: einen Stufenlehrer wird es nicht geben.“

Der Kollege Hay, der im Moment nicht da ist, war noch deutlicher. Gestern ist er im „Flensburger Tageblatt“ mit folgenden Worten zitiert worden: Eine Stufenlehrausbildung, wie sie die Hochschule im Entwurf ihres Entwicklungsplans skizziert habe, sei „der erste Schritt in den Ruin“. Stufenlehrer werde es im Land nicht geben. - So der Vorsitzende der SPD-Fraktion! Da wähten wir uns mit unserem Antrag auf sicherem Terrain. Der Antrag ist nämlich sehr kurz, und er lautet - für diejenigen, die nicht Gelegenheit hatten, ihn zu lesen -:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag ... begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, auch zukünftig keine Stufenlehrausbildung in Schleswig-Holstein einzuführen, und ... fordert die Landesregierung auf, keine Studiengänge für die Stufenlehrausbildung in Schleswig-Holstein zu genehmigen.“

Nun liegt uns ein Antrag der Regierungsfaktionen vor - von beiden -, der sich überhaupt nicht mehr mit den doch so drastischen Ausführungen von Herrn Hay und von Frau Erdsiek-Rave deckt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Deshalb ist er jetzt auch nicht da!)

- Deshalb ist er jetzt auch nicht da, so ist es!

Denn dort wird der Stufenlehrer keineswegs mehr abgelehnt, das Wort Stufenlehrer taucht dort überhaupt nicht mehr auf. Statt dessen heißt es, dabei seien gerade in den pädagogischen Teilen der **Lehramtsausbildung schulartenübergreifende Elemente** sinnvoll und notwendig. Und auch die Ministerin, die uns freundlicherweise ja ihre Pressemitteilung über die Rede, die sie gleich hält, vorher zugestellt hat,

(Holger Astrup [SPD]: Das ist ein Service!)

ist in ihren Äußerungen nicht mehr wiederzuerkennen, wenn man vergleicht, was sie ursprünglich gesagt hat. Auf einmal heißt es:

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Das finde ich nicht in Ordnung! Sie können doch nicht die Rede zitieren, die ich gleich halten werde!)

- Ich kann doch aus Ihrer Pressemitteilung, die Sie uns zugeleitet haben, zitieren! Das kann ich doch sagen! Sie sagen auf der einen Seite, Sie hielten an den verschiedenen Lehramtsstudiengängen fest, und auf der anderen Seite sagen Sie, daß Sie an den stufenbezogenen Teilen eben auch festhielten.

Der Grund für den Sinneswandel auch der Ministerin, den sie uns gleich mitteilen wird, liegt natürlich in der Position der Grünen begründet. Ich darf vielleicht aus

dem zitieren, was Frau Fröhlich in der Debatte, die wir vor einem Monat geführt haben, über die Frage **Leh- rerausbildung und Stufenlehrer** gesagt hat. Frau Fröhlich - ich darf kurz zitieren -, da sagen Sie:

„Ich will kurz aus dem Arbeitskreis Hochschulentwicklung aus Flensburg berichten, der sich zum Teil auf die Ergebnisse und Überlegungen der Hochschulrektorenkonferenz des Bundes bezieht.“

Da heißt es zum Beispiel - und jetzt wörtlich von Ihnen zitiert -:

„In Überwindung des deutschen Schulartensystems und zur Flexibilisierung des beruflichen Einsatzfeldes der Lehrkräfte wird von einem Konzept der Stufenlehrerinnen- und Stufenlehrausbildung ausgegangen.“

Frau Fröhlich, und Sie ergänzen:

„Das ist genau das, was wir Grüne fordern, und weswegen ich begrüße, daß im Ministerium entsprechend gearbeitet wird ...“

(Zurufe von der CDU: Aha!)

- Aha! Aha, jetzt haben wir also den Grund dafür, daß Stufenlehrer trotz der vollmundigen Bekenntnisse der SPD

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

nicht abgelehnt werden können: Weil die Grünen sie ja wollen! Und so kann man zu Herrn Hay und Frau Erdsiek-Rave nur sagen: Sie klappern laut, wenn es etwas zu klappern gibt, aber Sie kneifen, wenn es konkret wird.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn Sie wirklich zu Ihren Aussagen stehen würden, Frau Erdsiek-Rave, dann könnten Sie und Herr Hay, dann könnte ein Großteil der SPD-Fraktion - Frau Schröder vielleicht nicht, die hat es ja auch relativiert - unseren Antrag mittragen. Daß Sie aber einen Antrag vorlegen, der nicht Fisch und nicht Fleisch ist,

(Jost de Jager)

der sich alle Optionen offenläßt, zeigt, daß wir mit unserer Vermutung recht haben, daß Sie von dem Konzept des Stufenlehrers selber noch nicht Abstand genommen haben. Da helfen Ihre Beteuerungen überhaupt nichts mehr, Frau Erdsiek-Rave. Sie müssen hier nichts beteuern, sondern Sie müssen etwas klarstellen.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mein Gott, das ist jetzt wieder der Untergang des Abendlandes, oder was! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie eigentlich nichts zum Thema gesagt?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr de Jager, unser Antrag ist tatsächlich ein bißchen ausführlicher. Er sagt nicht nur nein, sondern er sagt auch, was wir wollen. Ich denke, der Unterschied zwischen Ihnen und mir ist, daß Sie generell schulartübergreifende Elemente ablehnen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Und deshalb haben wir einen eigenen Antrag eingebracht. Der letzte Absatz, in dem wir das Konzept der Landesregierung begrüßen, bestätigt, daß wir als SPD-Fraktion sehr wohl eine **Stufenlehrausbildung** ablehnen. Ich habe das letzte Mal nur darauf verwiesen, daß es natürlich GEW-Beschlüsse - die sehr, sehr lang zurückliegen - für die Stufenlehrausbildung gibt.

Heute mittag haben wir die vielfältigen Aufgaben angesprochen, denen sich die Lehrerinnen und Lehrer im heutigen Schulalltag stellen müssen. Das muß auch Konsequenzen für die **Lehreraus- und Fortbildung** haben.

Das Konzept der Landesregierung berücksichtigt genau das: praxisorientierte Elemente, sonderpädagogische Qualifikationen auch für Gymnasiallehrer - das finde ich auch wichtig -, flexibler schulartübergreifender Einsatz - wir haben heute morgen am Bericht zur Unterrichtsversorgung gesehen, daß der nötig ist und auch stattfindet! All das hat aber nichts mit einer Stufenlehrausbildung zu tun, wie es die alten GEW-Beschlüsse fordern. Denn die schulartbezogenen unterschiedlichen fachlichen Profile in ihrem inhaltlichen und zeitlichen Umfang bleiben erhalten.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich kenne im übrigen kein Konzept der Bildungswissenschaftlichen Hochschule/Universität Flensburg.

(Ingrid Franzen [SPD]: Ich auch nicht! - Ursula Röper [CDU]: Vielleicht fragen Sie mal Frau Fröhlich!)

Eine Nachfrage hat ergeben, daß auch dem Ministerium nichts schriftlich vorliegt. Es mag sein, daß GEW-Kollegen in Nebensätzen auf ihre Beschlußlage verwiesen haben. Ich weiß es nicht. Das ist ein willkommener Anlaß für die Opposition, ihr Wahlkampfgespenst vom Einheitslehrer erneut in die Öffentlichkeit zu zerren. Auf Seriosität überprüft, platzt es wie eine aufgeblasene Seifenblase.

Spaltung aller Schularten statt Kooperation, Hierarchie statt gleichwertige Teamarbeit - gleichwertige, nicht gleiche! -, Stagnation statt Reform, das ist das Konzept der CDU-Bildungspolitik. Damit macht man Lehrerinnen und Lehrer nicht fit für das neue Jahrtausend.

Ich erinnere an einen alten immer noch zutreffenden Slogan: Bei der CDU funktioniert nur der Rückwärtsgang! Deshalb beantrage ich die alternative Abstimmung über die Anträge.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, wenn Sie immer mit Pawlowschen Reflexen auf bestimmte Begriffe im Bildungsbereich reagieren, ist das Ihr Problem, nicht meins und auch nicht das der rot-grünen Koalition. Ich werde versuchen, Ihnen in drei Schritten zu erklären, worum es eigentlich geht.

(Holger Astrup [SPD]: Aber langsam, langsam bitte, Frau Kollegin!)

- Ja, ganz langsam und in einzelnen Punkten, dann bekommen Sie das vielleicht auch auf die Reihe!

Erstens zum Verfahren: Der Artikel in der „Landeszeitung“, wonach die **Bildungswissenschaftliche Universität** in Flensburg im Rahmen ihrer Hochschulentwicklungsplanung über ein **Stufenlehrerkonzept** nachdenke, hat die zu erwartenden Reaktionen ausgelöst - ich sagte schon: Pawlowscher Reflex!

(Irene Fröhlich)

Es erstaunt mich dabei aber doch, wieviel Erregung ein ungelegtes Ei auslösen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

- Ein ungelegtes Ei, Herr de Jager!

Meine Fraktion hat vom Rektorat der Bildungswissenschaftlichen Universität die Auskunft erhalten, daß der Plan noch nicht verabschiedet ist.

- Nein, ich habe zu wenig Zeit, Herr de Jager. Bleiben Sie ruhig sitzen!

Und zugleich sagten sie - -

(Ursula Röper [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Hören Sie zu! Wir haben die Auskunft erhalten, daß der Plan noch nicht verabschiedet ist. Zugleich sagte man uns, daß keine der anderen Fraktionen dieses Hauses sich an Ort und Stelle erkundigt habe, wie die Pläne denn wirklich aussehen, was der Stand des Verfahrens ist und so weiter.

(Zuruf von der CDU: Wir waren da!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, immer mit der Ruhe! Gerade die Anhänger des traditionellen Gymnasiums, aber nicht nur sie, sollten doch das Motto der humanistischen Gelehrten kennen, das lautet: ad fontes - zu deutsch: zu den Quellen, nämlich die Urtexte selbst und nicht nur die Sekundärliteratur studieren!

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich plädiere dafür abzuwarten, was die Uni Flensburg in den nächsten Wochen auf den Tisch legt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sollten wir dann vorurteilslos prüfen, und danach können wir unsere Entscheidung treffen. Wenn wir es anders herum machen, beschädigen wir auch das Ansehen des Parlaments.

Zweitens, inhaltlich zur Lehrerausbildung: Auch die eifrigsten Verteidiger des gegliederten Schulwesens werden zugeben, daß es pädagogische Herausforderungen gibt, die mit den heutigen Lebensbedingungen oder mit dem Alter eines Kindes zu tun haben, aber nicht mit der Schulart, die es besucht. Und selbst wenn wir es hier und heute verbieten würden, daraus irgendwelche Schlüsse für die Ausbildung von Lehrern zu ziehen, könnten wir doch nicht verhindern, daß engagierte Erziehungswissenschaftler sich Gedanken darüber machen, was zu tun ist, um **Kinder und Jugendliche** in ihrer **altersgemäßen Entwicklung** zu fördern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Und dazu gehört eben auch, die Lehrerinnen und Lehrer entsprechend auszubilden.

Als weiterer Punkt kommt hinzu, wir haben einen **wechselnden** - das haben wir heute morgen ausführlich

diskutiert - **Personalbedarf** der verschiedenen Schularten. Es liegt nahe, in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte dafür vorzusorgen, daß sie möglichst flexibel einsetzbar sind. Das wäre eine glatte Qualitätsverbesserung. Eine erhöhte Durchlässigkeit würde es uns erlauben, schneller auf Veränderungen in der Nachfrage zu reagieren. Wer solche Überlegungen allerdings von vornherein verteufelt, macht sich vielleicht um die Bewahrung alter Traditionen verdient, nicht aber um die Zukunft unseres Schulwesens. Damit greife ich das mit dem Rückwärtsgang auf!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Es gibt also ganz unabhängig davon, ob man Sympathie für eine Stufenlehrausbildung hat oder nicht, gute Gründe dafür, schulartübergreifende Elemente in der Lehrerausbildung zu verstärken. Und darum geht es.

Ebenso gibt es gute Gründe, endlich den **Praxisbezug** - vor allem im **Studium für Gymnasiallehrer** - zu verbessern und die pädagogischen und fachdidaktischen Anteile zu stärken. Die neue Prüfungsordnung enthält hierzu richtige und wichtige Schritte. Das genau habe ich in der damaligen Auseinandersetzung auch gesagt. Ich halte, wie Sie wissen, viel von einer Stufenlehrausbildung, habe damit kein Problem, reagiere nicht mit einem Pawlowschen Reflex auf bestimmte Begriffe. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden. Ich würde Vorschläge dazu sehr begrüßen. Aber wir müssen es auch nicht so nennen. Hauptsache, am Ende kommt das Richtige raus!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Danach muß man sehen, was sich davon umsetzen läßt.

Ich komme drittens auf die Planung der Bildungswissenschaftlichen Universität zu sprechen. Um Befürchtungen von anderen Hochschulen entgegenzutreten, füge ich hinzu, daß die Entwicklungsplanung der Bildungswissenschaftlichen Universität nicht einfach auf einen weiteren Transfer von Ausbildungsgängen und Personalständen anderer Hoch-

(Irene Fröhlich)

schulen setzen kann. Aber so ist sie auch gar nicht gemeint. Warten wir - wie gesagt - die Papiere ab. Schon oft wurde gesagt, daß die **Bildungswissenschaftliche Universität** neben der Lehrerbildung auch **andere Standbeine** entwickeln muß. Sie hat hier schon beachtliche Schritte unternommen, weitere müssen folgen. Davon war ja heute morgen schon die Rede. Wegen ihrer Randlage - einer nationalen, nicht einer europäischen Randlage übrigens - wird die Bildungswissenschaftliche Universität in einem besonderen Ausmaß um Studierende werben müssen. Deshalb rate ich davon ab, die Verhältnisse in Flensburg in zu schwarzen Farben zu malen. Was wir brauchen, sind tragfähige Konzepte auf der Basis realistischer Analysen.

Ich komme noch einmal auf unseren Antrag zurück. Ich finde, Sie können überhaupt nichts daran aussetzen. Wir haben gesagt, der Landtag unterstütze die Konzepte der Landesregierung zur Lehramtsausbildung. Da sie zur Zeit in Arbeit sind, ist es völlig in Ordnung, insbesondere die neue Landesverordnung über die erste Staatsprüfung der Lehrkräfte, in der all dies enthalten ist, so zu machen. Bloß das Wort Stufenlehrausbildung wird sorgfältig vermieden. Aber in der Sache kommt eine bessere Lehrerbildung dabei raus. Das ist es, was wir dringend brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich die Besuchergruppe der Beruflichen Schule Niebüll.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Stufenlehrerkonzept wäre in der Lehrerbildung in der Tat der größte Unfug, den man sich vorstellen könnte. Es ist doch selbstverständlich, daß man für den Unterricht mit Hauptschülern einen anderen **pädagogischen und fachdidaktischen Ansatz** als etwa im Gymnasium braucht. Das alles wird man mit einem Stufenlehrerkonzept nie abdecken können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Grundschulen?)

Bei den Ärzten wird ja auch kein Anästhesist - wenn man einmal einen Vergleich ziehen will - auf einmal als Chirurg eingesetzt. Wir müssen einfach davon ausgehen, daß es für **spezifische pädagogische Aufgaben** auch eine spezielle Ausbildung geben muß, um gezielt eine pädagogische Förderung der Schüler durchführen zu können.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoenit-Lücke [F.D.P.] und Ursula Röper [CDU])

Deshalb begrüßen wir natürlich, daß sich die SPD ganz klar von diesem Unsinn, der im Entwurfspapier für das Entwicklungskonzept der Flensburger Bildungswissenschaftlichen Universität vorgelegt worden ist, distanziert hat.

Die Hoffnungen der Flensburger BU, die man mit der Verlagerung der Lehrerbildung der Grund- und Hauptschullehrer und partiell der Sonderschullehrer von Kiel nach Flensburg verbunden hatte, haben sich alle nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, es hat sich gezeigt, daß die ersten Erfahrungen ziemlich niederschmetternd sind.

Ich darf daran erinnern: Als wir in der gemeinsamen Sitzung des Bildungs- und Finanzausschusses am 29. September 1997 diskutiert haben, hat die damalige Ministerin, Frau Böhrk, noch von dem hehren Ziel gesprochen, 1000 Studierende aus Kiel nach Flensburg zu verlegen - Zitat aus dem Protokoll! Nun kann man Studenten nicht einfach irgendwohin kommandieren, wie man Soldaten von einem Standort zum anderen Standort kommandiert. Die Erwartungen waren am 10. November 1997 groß. Der damalige Rektor der BU, Herr Wulf, sah für das kommende Jahr eine Riesenflutwelle auf die Bildungswissenschaftliche Universität zukommen, so im „Flensburger Tageblatt“ nachzulesen.

Aus der Riesenflutwelle ist im darauffolgenden Jahr tatsächlich ein kleines Geplätscher geworden. Es sind ganze 27 Studierende zusätzlich nach Flensburg gekommen. Dann begann sich in der Tat die „Hochschulfiktion“ in Flensburg breitzumachen. Mit dem Ziel, 10.000 Studenten für FH und BU zusammen zu erreichen, ging man am 20. November 1998 vor die Presse: 8.000 Studierende an der Bildungswissenschaftlichen Universität Flensburg - also viermal soviel wie heute -, ein halbes Jahr später, am 18. Mai 1999, hieß es dann schon etwas bescheidener 4.000 Studierende - eine Verdoppelung.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind alles recht phantasievoll gegriffene Zahlen. Um das überhaupt irgendwie erreichen zu können, überlegt man sich einen solchen Studiengang, der angeblich massenhaft Leute anziehen soll. Er würde sich, wenn er denn eingeführt würde, als ein genauso grandioser Fehlschlag erweisen.

(Dr. Ekkehard Klug)

A propos Wechselbäder! Die sind ja auch von seiten der Sozialdemokraten in Sachen BU hier vorgeführt worden. Frau Erdsiek-Rave hat heute vormittag in ihrer Rede davon gesprochen, daß sich die **Lehrerausbildung** in Flensburg durch eine besonders hohe **Qualität des Praxisbezuges** auszeichne. Ich sehe das übrigens auch so. Das galt immer auch für die alte PH in Flensburg und die Bildungswissenschaftliche Universität. Das galt natürlich ebenfalls in Kiel für die Erziehungswissenschaftliche Fakultät. Das war immer die Stärke dieser Hochschulangebote.

Ich lese aber gestern, am 2. Juni 1999, im „Flensburger Tageblatt“ eine Aussage des Kollegen Herrn Lothar Hay:

„Seit Abschluß meines Studiums 1974 hat sich an dieser Hochschule nichts zum Besseren geändert. Kämen junge Lehrer in die Schule, sei die Kenntnis der Praxis nach wie vor zu gering.“

Ich sehe einen gewissen Widerspruch zu dem, Frau Erdsiek-Rave, was Sie uns heute vormittag an positiver Bewertung gesagt haben.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich festhalten: Der Praxisbezug der Lehrerausbildung in den sogenannten alten PH-Studiengängen, die jetzt in Flensburg an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule/Universität stattfinden, ist einer der großen Pluspunkte, den diese Lehrerausbildungseinrichtung erbringen kann und mit dem man auch in Zukunft werben kann.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Ein Problem ist es - so sagen mir Fachleute, darüber muß man im Ausschuß diskutieren -, daß es vom Standort Flensburg aus nicht ganz einfach ist, die **Praktika** in den Schulstandorten weit im Süden des Landes zu organisieren. Es gibt üblicherweise gewisse Einzugsbereiche um die Hochschulstandorte herum. Hier muß man vielleicht auch mit den Schulen zusammen überlegen, wie man das in Zukunft besser hinbekommt, um diese Verbindung quer über das Land zu allen Schulen - auch denen etwa im Hamburger Umland - am Ende erreichen zu können. Wir brauchen die Lehrerausbildung für uns selbst, für Schleswig-Holstein, für den Lehrerbedarf in der Zukunft. Ich weise darauf hin, daß sich in anderen Bundesländern schon Entwicklungen dramatischer Knappheit andeuten. Der baden-württembergische Minister, Herr Trotha, hat darauf hingewiesen, in drei Jahren werde es im Südwesten von Baden-Württemberg eine massive Lücke geben. Bis 2010 würden dort jährlich 5.000 neue Pädagogen gebraucht. Für das Lehrstudium seien in Baden-Württemberg nur 2.881 Studienanfänger eingeschrieben.

(Glocke der Präsidentin)

Wir werden also in fünf oder zehn Jahren wieder in die Situation kommen, wo man republikweit ausgebildete

Nachwuchskräfte suchen wird. Das kann zumindest für einzelne Fächer und einzelne Schularten sehr wohl in absehbarer Zeit wieder zu einem Problem werden. Deshalb müssen wir uns über die Lehrerausbildung hier im Land Gedanken machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lahme Rede! Ohne Engagement!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Irgendwie geht es offensichtlich darum, daß irgend jemand ruft: Haltet den Dieb! Und dann ist in Wirklichkeit noch gar nichts gestohlen worden.

(Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Prävention, Frau Kollegin!)

Worum geht es eigentlich? Es geht doch darum, daß sich die BU in Flensburg überlegt, wie sie sich für die Zukunft fit machen kann. Sie weiß, daß sie einen Hochschulentwicklungsplan vorzulegen hat. Sie weiß auch, daß sie jetzt für den Großteil der Lehrerausbildung in diesem Land zuständig ist. Und dann macht sie ja auch Pläne. Daran ist überhaupt nichts Verwerfliches. Im Gegenteil, das erwarte ich auch von der BU in Flensburg.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich erwarte ganz einfach von ihr, daß sie sich überlegt, wie sie die Lehrerausbildung optimieren kann.

Ich erwarte natürlich auch von ihr, daß sie sich überlegt, wie besser schulartübergreifend gearbeitet werden kann. Ich bin im Grunde genommen dafür, daß die Lehrerausbildung viel stärker schulartübergreifend angelegt ist. Ich bin für die Einführung eines **Stufenlehrers**. Das will ich noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun stellt sich heraus, daß es gar nicht darum geht. Es geht darum, daß der **Hochschulentwicklungs-**

(Anke Spoorendonk)

plan, ehe er reif für eine Veröffentlichung war, der Presse zugespielt worden ist und dort zitiert und kommentiert wurde. Natürlich reagiert das Bildungsministerium irritiert. Das konnte man der Presse entnehmen. Das hätte auch ich getan. Auch ich wäre wütend gewesen.

Man kann sich nun fragen: Wer hat denn ein Interesse daran, daß dieser Plan zum jetzigen Zeitpunkt in der Presse breitgetreten wird?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann ja Vermutungen anstellen. Aber das will ich an dieser Stelle nicht tun. Ich finde, wir sollten auf dem Teppich bleiben und feststellen, daß es sich hierbei um einen Sturm im Wasserglas handelt.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Dann haben Sie das Problem nicht erkannt!)

Noch einmal: Wichtig ist, daß die **Lehrerausbildung** reformiert wird. Daran geht auch aus meiner Sicht kein Weg vorbei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist auch, daß in die Lehrerausbildung mehr Praxisbezug hineinkommt. Wichtig ist zudem, daß wir uns endlich einmal überlegen, wie wir mit dem wenigen Geld, das wir zur Verfügung haben, mehr Leistung erreichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen anfangen, auch über Geld zu sprechen und nicht nur darüber, wie gespart und gefordert werden kann. Die Worte Effizienz und Effektivität sollten wirklich einmal ernstgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kurz zu den beiden vorliegenden Anträgen: Der CDU-Antrag ist ein Antrag mit Handschellen. Das ist ein in Beton gegossener Antrag, dem ich nicht zustimmen kann.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt etwas über die zukünftigen Überlegungen und über den Praxisbezug aus. Er ist aus meiner Sicht sehr vernünftig. Er macht deutlich, daß fächerübergreifend und schulartübergreifend Ansätze erfolgen müssen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Also lieber Pudding als Beton!)

Dem werde ich zustimmen. Das ist meine Einstellung zur Lehrerausbildung. Daran geht kein Weg vorbei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: Das hatten wir auch nicht anders erwartet!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte in aller Kürze einige Punkte klarstellen. Das eine ist, daß es in der pädagogischen und didaktischen Diskussion ganz unterschiedliche Auffassungen über die Frage gibt, wie die **Lehrerausbildung** reformiert werden soll und wie sich das in Lehrämtern an Schulen abbilden soll. Das ist in Ordnung. Darüber kann und sollte man diskutieren.

Genauso klar ist aber, daß es im Rahmen der Beantwortung der Frage, wie Konzepte der Innovation der Lehramtsausbildung aussehen können, **Aufgabe der Hochschule** sein kann, derartige Vorstellungen zu entwickeln. Das ist aus meiner Sicht völlig unproblematisch und auch überhaupt nicht kritisierenswert. Klar bleibt aber, daß derjenige, der für die Beantwortung der Frage, welche Lehrämter in Schleswig-Holstein angeboten werden, verantwortlich ist, immer noch das Land selbst ist. Da bleibt es, wie es ist: Die Landesregierung wird den **Stufenlehrer** nicht einführen. Die Landesregierung will einen Stufenlehrer, das heißt eigenständige Lehrämter nach Stufen, nicht. Dafür gibt es keine Grundlage.

Wir als Sozialdemokraten sagen, daß wir in Schleswig-Holstein keinesfalls Stufenlehrer einführen wollen, weil die Diskussion über die Veränderung der Lehrämter längst darüber hinausgegangen ist und die Innovation in diesem Bereich eine andere Richtung genommen hat.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Da mag der eine oder andere eine unterschiedliche Auffassung haben. In der Frage, was die Landesregierung tun wird und tun will, gibt es keine Unklarheiten.

Aber - auch das sage ich - es besteht die Notwendigkeit, deutlich zu machen, daß der Weg, so wie bisher zu verfahren und keine schulartübergreifenden Konzepte einzubauen, in der Pädagogik und in der weiteren Entwicklung der Fachdidaktik ein Ansatz ist, den wir durchaus nicht wollen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Jürgen Weber)

Deswegen haben wir einen eigenständigen Änderungsantrag eingebracht, der deutlich macht, daß dort Bewegung besteht.

Ein letzter Satz zum Thema **Flensburg**: Auch wenn wir unterschiedlicher Auffassung über den Sinn und Unsinn der Teilverlagerung der Lehrerausbildung sind - das haben wir ausgefochten; die Entscheidung ist jetzt gefallen -, auch wenn wir unterschiedliche Auffassungen über die Frage haben, ob der Schwerpunkt in Flensburg zukünftig die Lehrerausbildung sein soll, und auch wenn der Zeitrahmen, wann das Bestehende ersetzt werden soll, strittig ist, so soll uns zumindest eines einlen, und zwar das Ziel, dem Standort eine Chance beziehungsweise Entwicklungsmöglichkeiten zu geben

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

und das Stück an Stellentransfer, das jetzt geplant wird, in einem Konzept zu ermöglichen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Realistisch und vernünftig!)

- Genau, das denke ich auch! - Ich könnte mich hier hinstellen und zu verschiedenen Überlegungen, die es in Flensburg gibt, einiges sagen. Dort werden in einigen Bereichen Vorstellungen entwickelt, zu denen ich nur sagen kann - ich sage nicht, welche -: Sie sind an der Grenze von „hanebüchen“. Bei der Entwicklung von Konzepten muß es so sein, daß man verschiedene Dinge diskursiv durchdenkt, bevor man alle Vorstellungen verwirft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns also den Flensburgern die Möglichkeit der Entwicklung der Diskussion geben! Aber lassen Sie uns auch deutlich machen, daß wir dann, wenn es zum Schwur kommt, mitdiskutieren und daß wir uns nicht aus der Verantwortung stehlen!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn es dann soweit ist!)

Deswegen, meine Damen und Herren, muß man nicht alles, was passiert, gut finden. Man muß die Kirche im Dorf lassen und darf keine falschen Fronten aufbauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung liegt nun noch die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Hentschel vor. - Sie haben das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Klug, Sie haben mich enttäuscht.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vergiß nicht seinen Geburtstag!)

Ich hatte gedacht, daß die Fragen von Pädagogik und **Lehrerausbildung** Fragen sind, die auch einmal an einer **Hochschule** wissenschaftlich diskutiert und behandelt werden können und daß auch einmal diesbezügliche Konzepte entwickelt werden können. Ich halte die Notwendigkeit, über diese Fragen nachzudenken, für eklatant. Denn es wäre nach meiner Überzeugung sehr wichtig, daß in der Lehrerausbildung stärker als in der Vergangenheit Praxis und Theorie miteinander verbunden werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es kann nicht sein, daß Lehrer teilweise vier Jahre studieren - manchmal noch länger - und anschließend vor Kindern stehen und feststellen, daß sie mit Kindern gar nicht zurechtkommen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Das hat mit ihren geistigen Fähigkeiten nichts zu tun, passiert aber häufig genug.

Ein Wort zum **Stufenlehrer**: Es kann zum Beispiel sein, daß die pädagogischen Anforderungen von Grundschulern in den ersten vier Jahren des Schulbesuchs andere sind als die von Hauptschülern, die einen ganz bestimmten Sektor von Schülern darstellen und ganz bestimmten Problemen ausgesetzt sind. Darüber sollte man vielleicht einmal nachdenken.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Dazu gibt es in Flensburg auch schon Schwerpunkte!)

Über solche Fragen im Parlament im Vorwege abzustimmen, verbietet sich meiner Ansicht nach.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr de Jager, auch die Versuche von italienischen Diktatoren, die Frage, ob die Erde rund oder flach ist, durch die Todesstrafe gegenüber einem Herrn Galilei

(Karl-Martin Hentschel)

zu beantworten, hat die Erde nicht plattdrücken können.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Auch Ihre Versuche, im Parlament Handschellen für Wissenschaftler in der Form zu beschließen, daß man über eine Frage an einer Universität gar nicht nachdenken dürfe, sind so erstaunlich, daß ich glaube, daß sie in Flensburg nicht sehr viel Eindruck schinden werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fragen im Rahmen der Lehrerausbildung, Herr de Jager, sind keine Fragen von Bekenntnissen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist eine Frage von Konzepten. Das sind Diskussionen, die nicht nur hier in Schleswig-Holstein, sondern auch bundesweit geführt werden. Darauf komme ich gleich zurück.

Ich äußere mich nicht zu **Konzepten**, über die in der **BU** derzeit intern diskutiert wird und die durch eine Indiskretion in einzelnen Punkten an die Öffentlichkeit gekommen sind. Ich finde es unseriös und unter dem Niveau dieses Landtages, Herr de Jager, das hier zum Gegenstand von Debatten zu machen. Das muß ich wirklich einmal betonen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Spoorendonk hat ganz recht, wenn sie sagt, daß das eine Diskussion nach dem Motto „Haltet den Dieb, ohne daß etwas gestohlen worden ist“, also eine Diskussion mit der Überschrift „Der Landtagsantrag und seine präventive Funktion“ ist.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun sage ich ein paar Sätze zur Sache, weil Sie sonst wieder öffentlich behaupten, ich hätte mich hier nicht bekannt, geäußert oder sonst irgend etwas getan. Diesen Versuch unternehmen Sie ja immer. Das finde ich langsam ärgerlich.

Natürlich wurde auch ich durch das, was an der **BU** sozusagen durchgesickert ist, überrascht. Ich erkenne dahinter übrigens nicht nur konzeptionelle Überlegungen, sondern ich erkenne dahinter - möglicherweise, muß ich hinzufügen - auch den Versuch, einen Teil der **Gymnasiallehrerausbildung nach Flensburg** zu holen. Das ist darin als Absicht wohl auch erkennbar, und vor dem Hintergrund der Studierendenzahlen ist dies ja auch eine Überlegung, die man von dort aus so anstel-

len kann. Ob man das dann macht, ist schließlich eine ganz andere Frage.

Ihre Intention kann ich nun weniger nachvollziehen; sie gehört mehr in die schon vorhin genannte Kategorie. Ich sage es aber gern noch einmal: Die umstrittene **Stufenlehrkraft** wird es mit mir, mit uns in Schleswig-Holstein so nicht geben. Das wird sich auch durch wiederkehrende Anträge - ich erwarte ja den nächsten Antrag schon dann, wenn das Konzept der **BU** irgendwann in die Öffentlichkeit gelangt - nicht ändern. Wiederholungen sind zwar in der Schule wichtig, in der Politik aber geraten sie manchmal zu alten Zöpfen; die sollte man dann lieber abschneiden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Eines ist klar: Die **Lehrerausbildung** der Zukunft soll auch in Schleswig-Holstein mehr **Praxisanteile** enthalten, und zwar bereits in der ersten Ausbildungsphase.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt für alle Schularten gleichermaßen; das gilt für die Grund- und Hauptschulen und für die Realschulen ebenso wie für die Gymnasien. Gerade die **BU** hat ja als ehemalige **PH Flensburg**, Herr Hay - das sage ich ausdrücklich -, eine gute wissenschaftliche und praxisorientierte Tradition der Lehrerausbildung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Ursula Röper [CDU]: Das stimmt!)

Ich hoffe, Sie sind im „Flensburger Tageblatt“ verkürzt zitiert worden. - Das sind übrigens die Elemente, die zum bildungspolitischen Konsens im Bereich der Lehrerausbildung in der Bundesrepublik gehören. Wenn die Kommission „Lehrerbildung“, die die Kultusministerkonferenz eingesetzt hat, zu Ergebnissen kommt, Herr de Jager, will ich diese Ergebnisse hier gern vorlegen und vortragen. Dann werden Sie erkennen, daß wir uns keineswegs auf einem Sonderweg bewegen, sondern daß dies wirklich nicht nur wissenschaftlicher, sondern bildungspolitischer Konsens in allen Bundesländern ist. - Jetzt erkläre ich Ihnen etwas, und Sie hören gar nicht zu - weil Sie es

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

nämlich gar nicht zur Kenntnis nehmen wollen, wie ich manchmal denke.

(Unruhe bei der CDU)

Darum geht es. Unsere neue Prüfungsordnung - - Bitte?

(Jost de Jager [CDU]: Ich habe gar nichts gesagt! Nur zu!)

- Ja, ich höre immer sehr aufmerksam zu, wenn Herr de Jager spricht. Ich erkenne bei ihm nur manchmal nicht das gleiche Bemühen; das tut mir leid.

(Roswitha Strauß [CDU]: Sie stehen hier nicht vor einer Klasse!)

Unsere neue **Prüfungsordnung** für alle **Lehramtsstudiengänge** sieht vor, den zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern bereits während ihres Studiums genau das zu vermitteln, was sie in ihrem Schulalltag besonders brauchen: mehr Praxiserfahrung in **Pädagogik** und **Erziehung**. Das kann man sehr schön vergleichen, Herr Dr. Klug. Der Anästhesist und der Chirurg haben in ihrer Praxis natürlich völlig unterschiedliche Aufgaben, aber sie haben eine gemeinsame medizinische Grundausbildung durchlaufen und brauchen auch bestimmte medizinische Allgemeinkenntnisse, damit sie - beispielsweise - richtige Diagnosen stellen.

Meine Damen und Herren, die professionellen Kompetenzen von Lehrkräften der verschiedenen Schularten sind eben nicht grundsätzlich, sondern vielmehr graduell und nuanciert unterschiedlich. Der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe erfordert natürlich einen anderen pädagogisch- und fachdidaktischen Ansatz, andere inhaltliche Schwerpunkte als der Unterricht in einer Real- oder Hauptschule. Dabei bleibe ich. Für das Lehramtsstudium wird in Zukunft gelten: So viel schulartübergreifende Gemeinsamkeit in bestimmten Grundausbildungsfragen wie möglich und so viel schulart- und schulstufenbezogene Differenzierungen wie nötig. Das hat aber mit Stufenlehrerausbildung nun gar nichts zu tun.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Abschließend sage ich: Die Prüfungsordnungen für die unterschiedlichen Lehramtsstudiengänge in Schleswig-Holstein werden auf den Weg gebracht. Das habe ich hier schon betont und sage es gern noch einmal: Die Lehrerausbildung der Zukunft ist lehramtsbezogen und nicht stufenbezogen. Punkt!

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, Frau Fröhlich, mit Ihrem Vergleich mit dem Pawlowschen Reflex haben Sie sich ein bißchen verplappert, denn wenn die Ablehnung des Stufenlehrers ein Pawlowscher Reflex ist, dann bin ich mit der Bildungsministerin, Frau Erdsiek-Rave, und Herrn Hay Partner im Pawlowschen Sinne, denn wir alle drei haben gemeinsam den Stufenlehrer abgelehnt. Insofern weiß ich nicht, ob es dem Umgang in der rot-grünen Koalition entspricht, daß man sich gegenseitig Pawlowsche Reflexe vorwirft. Aber das müssen Sie selber unter sich ausmachen.

Nun etwas zu dem Vorwurf, den Sie uns gemacht haben, Frau Fröhlich, wir seien nicht vor Ort gewesen, wir seien nicht zu den Quellen gegangen und könnten deshalb eigentlich gar nicht mitreden. Ich darf Sie davon unterrichten, daß die CDU sehr wohl vor Ort gewesen ist; an dem Tag, nach dem dies in der Zeitung gestanden hatte, waren wir zu einem ohnehin dort anberaumten Gespräch in der Bildungswissenschaftlichen Universität, und zwar - wie ich hinzufügen darf - zusammen mit unserem Spitzenkandidaten Volker Rühle,

(Zurufe und Lachen bei der SPD)

was im Zweifelsfall Ihr Rühle-Trauma weiter verschärfen wird.

(Beifall bei der CDU)

Nun aber zu der Frage, die hier angesprochen worden ist:

(Anhaltende Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dürfen Hochschulen Konzepte - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, bitte, Herr Abgeordneter! - Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten?

Jost de Jager [CDU]:

Ich finde das auch ganz ungezogen.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Jost de Jager)

Es geht doch um die Frage: Dürfen Hochschulen Konzepte vorlegen oder nicht? - Natürlich dürfen sie Konzepte vorlegen. Nur ist eines auch klar - und darin hat der Kollege Weber ja recht -: Über die Prüfungsordnung und über die Form der Lehramtsausbildung in Schleswig-Holstein entscheidet immer noch die Politik. Insofern ist doch die Frage: Wie konnte denn die **Bildungswissenschaftliche Universität** auf die Idee kommen, daß das Konzept des **Stufenlehrers** ein erfolgversprechendes Rezept für die Weiterentwicklung dieser Universität ist?

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kähler, echauffieren Sie sich doch nicht! Es gibt einen **Kabinettsbeschluß**, wenn ich richtig informiert bin, mit dem die BU aufgefordert worden ist, ein Konzept für eine reformierte Lehramtsausbildung vorzulegen. Das haben die gemacht. Ich frage Sie nun nach der heutigen Debatte: Kann mir irgend jemand sagen, ob diese Regierung insgesamt und mit allen Regierungsfaktionen für den Stufenlehrer ist oder nicht? Genau diese Unsicherheit ist es doch, die uns das Leben hier schwermacht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Ursula Kähler [SPD]: Gott sei Dank! - Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten? Ich habe nicht vor, für den Rest des Tages heute zu schreien, und möchte dies auch nicht den Kolleginnen und Kollegen zumuten.

Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, alternativ abzustimmen. Ich lasse daher zunächst über den Ursprungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2180, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2207, zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Damit ist der zweite Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Ich rufe jetzt Punkt 18 der Tagesordnung auf:

Pauschalierung der Sozialhilfe

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2173

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Antrag ohne Aussprache an den Sozialausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Punkt 19 der Tagesordnung auf:

Abschlußbericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnik“

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/2175

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2212

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! **Gentechnik** ist eine neue Technologie. Wir haben in diesem Hause über diese Technologie, ihre Anwendung, ihre Chancen und ihre Risiken verschiedentlich diskutiert. In der Arzneimittelproduktion und bei der Herstellung von Enzymen ist ihre Anwendung selbstverständlich geworden. Über die „grüne Gentechnik“ wird noch gestritten. Fragen der Bioethik sind noch nicht beantwortet.

Die Politik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die Anwendung einer solchen Technologie zu setzen. Mit dem Gentechnikgesetz ist dies geschehen. Die Zuständigkeiten der Länder bei der Umsetzung dieses Gesetzes sind außerordentlich gering. Eigene Gestaltungsspielräume gibt es aber zum Beispiel bei der Forschungsförderung.

Der Landtag hat im September 1996 die **Enquetekommission** „Chancen und Risiken der Gentechnik“ eingesetzt. Es war dem Landtag bewußt, daß gleichwohl eigene Handlungsmöglichkeiten nur in geringem Umfang vorhanden sind. Die Kommission hat ein anspruchsvolles Anhörungsprogramm durchgeführt, und es hat teilweise spannende Diskussionen zu verschiedenen Themen gegeben. Der Vorsitzende der Kommission hat sich mit der Moderierung dieser Diskussionen Anerkennung erworben.

Jetzt droht die Kommission bei der Ausarbeitung des Berichts über ihre Arbeit zu scheitern. Die Verantwortung dafür ist eindeutig der linken Seite dieses Hauses zuzuordnen.

Der Vorsitzende der Kommission formuliert in seinem Statement: „Es wäre wünschenswert gewesen, bei der jeweiligen Sachstandsbeschreibung zu einvernehmlichen Texten zu kommen.“ Nach Auffassung

(Dr. Christel Happach-Kasan)

der F.D.P. sind einvernehmliche **Sachstandsbeschreibungen** nicht nur wünschenswert, sie sind unabdingbar. Dies ist auch leistbar und Voraussetzung dafür, daß die Kommission den Auftrag des Landtages erfüllen kann, Empfehlungen für zukünftige Entscheidungen des Landtages zu geben.

Nur, ideologische Scharfmacher verweigern die wertfreie Beschreibung eines Sachstandes. Diese entspricht nämlich nicht ihrem Ziel, in ihrem Sinne zu emotionalisieren, und das völlig unabhängig von sachlichen Grundlagen. Ideologische Scharfmacher wollen nicht informieren und Sachinformationen als Grundlage für Werteentscheidungen zur Verfügung stellen. Der Verzicht auf einvernehmliche Sachstandsbeschreibungen, wie ihn der Vorsitzende formuliert, ist eine Kapitulation vor einer solchen ideologisch begründeten Scharfmacherei. Die F.D.P. trägt dies nicht mit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Verzicht auf einvernehmliche Sachstandsbeschreibungen ist gleichzeitig Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Angesichts der verfahrenen Diskussionslage ist diese Kapitulation verständlich, aber sie ist keine Lösung. Wenn die Vorsitzende der Grünen-Fraktion dies auch noch begrüßt, zeigt sie, daß das Wissenschaftsverständnis ihrer Partei mit dem der katholischen Kirche zur Zeit von Galilei zu vergleichen ist. Herr Hentschel hat das eindeutig gewürdigt. Anders, als es der Kommissionsvorsitzende darstellt, bleibe ich bei der Feststellung, daß Auslöser für den Stillstand der Kommissionsarbeit die von einem von der SPD berufenen **Mitglied der Kommission** geschriebene Vorlage zur Gentechnik in der **Tierzucht** ist. Seither wurden sieben Sitzungen einberufen, aber nur drei durchgeführt, die letzte ohne inhaltliche Arbeit. Das spricht deutlich für meine Feststellung.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wenn der Vorsitzende den Umgang mit der Vorlage und seiner Autorin kritisiert, so sei daran erinnert, daß letztlich die SPD dafür die Verantwortung trägt. Denn sie hat sie berufen und akzeptiert, daß sie die Vorlage schreibt, obwohl sie fachlich überfordert ist. Es sollte auch der SPD klar sein, daß es für die Mitarbeit in einer Enquetekommission nicht ausreichend sein kann, die politisch korrekte Meinung wortreich vertreten zu können. An die Qualifikation der Mitglieder, die in eine Enquetekommission berufen werden, sind höhere Ansprüche zu stellen.

Der Streit in der Kommission hat sich daran entzündet, daß eine Abstimmung über die kritisierte Vorlage und den von Professor Jung erarbeiteten Alternativvorschlag von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder verweigert wurde. Dies ist ein Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten. Es hat auch in anderen Fällen Alternativvorschläge gegeben. Dann wurde durch Abstimmung entschieden, welcher Vorschlag als Grundlage genommen werden soll. Die Verweigerung der Abstimmung

hat ihren Grund darin, daß die fachliche Kritik an der Vorlage von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder geteilt wird. Aus genau diesem Grund wurde von den Kommissionsmitgliedern der Regierungsseite eine Abstimmung verweigert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Es wird billigend in Kauf genommen, daß die **Enquetekommission** scheitert. Damit stellt sich die Frage, warum die SPD deren Einrichtung beantragt hat, wenn sie nichts für ihren Erfolg tut. Wenn das Scheitern der Kommission so leicht in Kauf genommen wird, war das formulierte Ziel der Kommission, Empfehlungen zu erarbeiten, offensichtlich nur vorgeschoben.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Eigentliches Ziel war es wohl, den rot-grünen Streit über das Thema Gentechnik in einer weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Kommission zu versenken. Auf das Ergebnis der Kommission kommt es dann gar nicht an. Nur so ist es zu erklären, daß eine Vorlage, die von der Kommission mehrheitlich abgelehnt wird, nun ihr Scheitern verursacht.

Enquetekommissionen sind ein originäres Instrument des Parlaments. Ein derartiger Mißbrauch dieses Instruments ist nach meiner Kenntnis einmalig in der Parlamentsgeschichte dieses Landes. Die SPD hat ihn zu verantworten. - Ich beantrage Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender der Enquetekommission werde ich auch weiterhin bemüht sein, zurückhaltend zu formulieren und nicht unnötig Öl in das Feuer zu gießen. Nichtsdestotrotz können Verdrehungen, falsche Behauptungen und inakzeptable Abqualifizie-

(Jürgen Weber)

rungen einzelner Mitglieder der Kommission nicht hingenommen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zur bisherigen Arbeit der Kommission im Detail gar nichts sagen. Ich möchte direkt auf das Bezugs nehmen, was Frau Kollegin Happach-Kasan hier vorgetragen hat.

Zum einen geht es um die Frage **einvernehmlicher Sachstandsbeschreibungen**. Ich habe in meiner Stellungnahme deutlich gemacht, daß ich es für wünschenswert gehalten hätte, wir wären in allen Bereichen, die wir bearbeiten - es sind eine ganze Reihe, von der Pflanzenproduktion bis hin zur Humangenetik -, in der Lage gewesen, einvernehmliche Sachstandsbeschreibungen herzustellen. Dies wird in einigen Bereichen vielleicht der Fall sein; in einigen wird es definitiv nicht der Fall sein.

Frau Happach-Kasan, Sie haben nach dem **Wissenschaftsverständnis** gefragt. Ich spiele den Ball sehr gern zurück. Wie können Sie eigentlich behaupten, daß es in Wissenschaftsdisziplinen von großer Dynamik und von großem Streitpotential - nicht zwischen Politikern, sondern innerhalb der Wissenschaft - den nachweisbaren Sachstand gibt, über den keine unterschiedlichen Auffassungen herrschen? Wo gibt es wissenschaftliche Disziplinen, in denen nicht bereits bei der Analyse von Sachständen unterschiedliche Auffassungen vorhanden sind?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Wenn man in einer Situation, in der sich Einvernehmen nicht en detail herstellen läßt, nicht zumindest in der Lage sein soll, unterschiedliche Sachstände zu dokumentieren, dann weiß ich nicht, wer ein komisches Wissenschaftsverständnis hat.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber gewisse Mindeststandards gibt es!)

Ich will ein Weiteres sagen, weil Sie von der SPD-Verantwortung sprechen. Auch insoweit ist es meine Auffassung, daß Sie ein komisches Verständnis von der **Arbeit der Enquetekommission** haben.

(Ursula Kähler [SPD]: So ist es!)

Jetzt rede ich einmal nicht als Vorsitzender der Enquetekommission, sondern als Mitglied der SPD-Fraktion. Wir haben neben zwei Abgeordneten vier Wissenschaftler berufen. Wir haben die Wissenschaftler, bevor wir sie berufen haben, nicht gefragt, wie sie zum Schluß in gewissen Einzelfragen abstimmen werden, sondern wir haben sie ausgesucht, obwohl wir vorher wußten, daß sie zu einzelnen Fragen unterschiedliche Positionen vertreten. Wir erwarten, daß sie den Sachverstand ein-

bringen, und nicht, daß sie in der Kommission fraktionieren. Aber genau das ist passiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sachverstand, Herr Weber! Darauf kommt es an!)

Wenn sich nun einzelne Parlamentarier - vielleicht sogar Sie, Herr Kubicki - hinstellen und sich anmaßen, beurteilen zu wollen, daß einzelne Leute, von denen sie nicht abstreiten können, daß sie eine wissenschaftliche Ausbildung haben und somit Wissenschaftler sind, keinen wissenschaftlichen Sachverstand haben, und wenn sie das aufgrund eines solchen Papiers, über das man in der Tat unterschiedliche Auffassungen haben kann - das will ich gar nicht abstreiten -, auf nur eine Person projizieren, so finde ich das problematisch.

Solche Anmaßungen hat es in der Kommission, wie ich finde, in unerträglicher Form gegeben, was ich aber immer sehr zurückhaltend kommentiert habe. Dort kann man das noch machen. Aber an die Presse zu gehen und einzelne Papiere, die die meisten Leute gar nicht kennen, die eigentlich so gut wie niemand kennt, zu inkriminieren - und die Person dazu -, empfinde ich für das Arbeitsklima einer Kommission höchst schwierig, um nicht zu sagen an der Grenze des Rufmords befindlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nichts gegen eine scharfe Auseinandersetzung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie wäre es denn mit einer Stellungnahme?)

- Wir werden dazu eine Stellungnahme abgeben! Ich habe das in meinem Papier, das ich gestern habe verteilen lassen, gesagt. - Jedes einzelne Kommissionsmitglied, unabhängig von Parteibuch und Parteipräferenz, kann zum Schluß für sich nicht nur entscheiden, welcher Empfehlung es zustimmen will, sondern auch, welchem Sachstandspapier es beitreten will. Ich habe dazu auch eine persönliche Auffassung, und Sie werden sehen, wie ich mich zu diesen Papieren verhalte. Das werde ich hier nicht diskutieren, denn ich will dies erst in der Kommission diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

(Jürgen Weber)

Lassen Sie mich noch eines sagen. Ich kann nicht alle Dinge aufgreifen. An den vielen **Verzögerungen** haben viele mitgewirkt. Darüber könnte ich Geschichten erzählen. Das will ich aber nicht tun. Zur Zeit besteht Einvernehmen darüber, daß wir im September einen Bericht vorlegen wollen. Wir haben einen festen Zeitplan, um das zu erreichen. Bevor wir einen Bericht vorlegen, den wir intern diskutiert haben, werde ich einzelne Meinungen und Auffassungen nicht kommentieren. Ich werde es erst dann tun, wenn ein Gesamtpapier, wie immer es dann aussehen wird, vorliegt. Ich werde mich um ein hohes Maß an Übereinstimmung bemühen. Wir werden sehen, was dabei herauskommt. Danach werde ich mich auch inhaltlich dazu äußern. Ein letzter Satz - ich formuliere es auch ganz höflich, Frau Kollegin Happach-Kasan -: Auch die Berichterstattungspapiere, die Abgeordnete teilweise vorlegen sollten - Sie werden sich an Ihr eigenes Papier erinnern -, sind weit jenseits der vereinbarten Fristen vorgelegt worden. Ich sage das nicht vorwurfsvoll. Ich habe keinem Kommissionsmitglied einen Vorwurf daraus gemacht. Aber dann sollte man ein bißchen vorsichtiger sein, wenn man öffentlich auf die Tonne haut.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Storjohann.

Gero Storjohann [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig, daß der **Antrag der F.D.P.** gestellt wurde, denn er macht deutlich, daß wir in der **Enquetekommission** zur Zeit in einer schwierigen Phase sind. Ich halte es auch für richtig, daß der Landtag der Enquetekommission einen Hinweis darauf gibt, was er erwartet, ob der Weg, der letztes Mal mehrheitlich so abgestimmt worden ist, nämlich auf einvernehmliche Sachstandsberichte zu verzichten, sinnvoll und richtig ist oder ob innerhalb der Enquetekommission darüber nachgedacht wird, nicht doch einen anderen Weg zu beschreiten. Herr Weber, auch Sie haben als Vorsitzender mit Ihrer Stimme dazu beigetragen, daß wir keine einvernehmlichen Sachstandsberichte herbeiführen wollen, sondern daß Sachstandsberichte abgeliefert werden und es durchaus sein kann, daß es im Abschlußbericht der Enquetekommission nur eine einzige Stimme geben wird, die diesen Sachstandsbericht unterstützt. Dann besteht die Gefahr, daß sich die ganze Arbeit der Kommission einem gewissen Grad der Lächerlichkeit preisgibt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist also der Wunsch, zu dem allgemein üblichen Verfahren bei Enquetekommissionen zurückzukehren. Deswegen liegt heute der Antrag der F.D.P. vor, der von der CDU unterstützt wird. Die CDU hat die En-

quetekommission nie gefordert. Wir haben aber darauf gedrungen, daß sie rechtzeitig ihren Bericht abschließt. Das haben wir mit unserem Antrag auf den Zwischenbericht deutlich gemacht. Das hat auch auf die Enquetekommissionsmitglieder einen gewissen Druck ausgeübt. Wir finden es gut, daß jetzt alle Berichte vorliegen. Es geht jetzt also nur noch um die Art, wie wir verfahren. Deswegen lautet unser Appell: Setzen wir die Arbeit fort! Wir setzen uns für mehrheitlich verabschiedete Sachstandsberichte ein. Die CDU wird dem Antrag der F.D.P. zustimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Dr. Happach-Kasan, das Scheitern der Kommission herbeizureden, sollte nicht unser Interesse sein. Ich glaube nicht, daß das Ihr Interesse ist.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Wie Sie möchte auch ich einen **Abschlußbericht** in möglichst absehbarer Zeit. Deswegen begründe ich hier auch unseren Gegenantrag. Wir hatten leider eine kleine Panne in unserem Büroablauf. Deswegen ist der Antrag irgendwie verbuttert, aber jetzt ist er da. Der Antrag lautet: Wir wollen den Abschlußbericht im September. Damit wir das erreichen können - das hat sich bei der bisherigen Arbeit der Enquetekommission gezeigt -, müssen wir zu dem vereinfachten Verfahren kommen.

Mir scheint, daß das vereinfachte Verfahren demokratisch und auch wissenschaftlich völlig legitim ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch Quatsch!)

Denn wo sich Wissenschaftler nur um den Preis ihrer gegenseitigen Rufschädigung - und in diesem Fall einer sehr einseitigen Rufschädigung - möglicherweise mit Stimmenmehrheiten auf einen Sachstand einigen können und das dann Politiker mit ihrer Mehrheit

(Irene Fröhlich)

machen sollen, ist die Wissenschaft eigentlich zu Grabe getragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

So geht das nicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Deswegen bin ich sehr froh, daß Frau Spoorendonk in der Enquetekommission diesen Vorschlag gemacht hat.

Was war passiert? - Ich möchte das kurz erläutern. Es hat immer schon eine kontroverse Auseinandersetzung und eine große Bemühung aller mir bekannten Wissenschaftler in der Kommission gegeben, auf das einzugehen, was die befürwortende Gruppe von Wissenschaftlern sagte, eine große Bemühung, auf das einzugehen, was sie an Sachständen und Ergebnissen vorgelegt haben. Übrigens gibt es auch zwischen Professor Haneforth und Professor Jung eine große Menge an nicht abgestimmten Sachständen. Das ist überhaupt nicht mehr abzuarbeiten. Ich halte es für sinnvoll und auch für ein Stück Demokratie und Transparenz, den Bürgerinnen und Bürgern, die sich für diesen Prozeß interessieren - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat doch nichts mit Demokratie zu tun, wenn Sachverhalte falsch sind!)

- Es interessiert sich eine Reihe von ihnen dafür, weil Gentechnik ein sehr umstrittenes Gebiet ist und Menschen sehr viel Angst davor haben, daß ihnen plötzlich ohne ihr Wissen - ich sage einmal - untergejubelt wird, was sie im Grunde ihres Herzens und mit all ihren Kräften ablehnen. Das schlägt sich natürlich auch in der Wissenschaft nieder. Deswegen gibt es eine sehr kontroverse Debatte darüber. Es kann nur so sein, daß Wissenschaftler mit dem Bestreben, aufeinander zuzugehen, hier mit Sachständen umgehen. Wenn dieses Bestreben aber nicht auf beiden Seiten vorhanden ist, wird das nicht möglich sein.

Ich sage noch einmal zur Erläuterung: Am 19. Mai haben Sie in einer Presseerklärung des Robert-Koch-Instituts, das maßgeblich für Genehmigungen für gentechnische Forschungsvorhaben zuständig ist, lesen können, daß neue Herpes-Viren beim Schwein entdeckt worden sind und deswegen die Gefahren von Xenotransplantationen erheblich über das bisher vermutete Maß hinaus zu steigen scheinen.

Die andere Pressemitteilung, die ich Ihnen zu bedenken geben möchte, finden Sie in der „Frankfurter Rundschau“ vom 27. Mai 1999 unter der Überschrift: „Dolly sieht ganz schön alt aus“ - genau die Befürchtung, daß bei geklonten Tieren der Alterungsprozeß ganz anders stattfindet. Ich kann und will Ihnen das an dieser Stelle nicht erklären. Das würde weit über meine Möglichkeiten hinausgehen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Genau diese Befürchtungen sind niedergelegt in dem an Detailgenauigkeit und umfassender Fachkompetenz nicht zu überbietenden Artikel der Wissenschaftlerin, die hier so rufschädigend genannt worden ist.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Wie bitte? Das ist Unsinn! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Woher wissen Sie das?)

Diese Wissenschaftlerin hat eine beeindruckende Kenntnis der Gesamtbreite der Fachliteratur unter Beweis gestellt und bringt all dies in ihre Überlegungen ein, auch genau die Befürchtungen, die sich jetzt als wahr erweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Offensichtlich will man dies nicht diskutiert wissen, offensichtlich will man dies nicht als Grundlage von Empfehlungen in der Enquetekommission haben. Das verkürzt aber die wissenschaftliche Debatte in unzulässiger Weise, und das kann nicht Sinn und Zweck einer Enquetekommission des Schleswig-Holsteinischen Landtages sein.

Deswegen kann ich nur noch einmal an Sie appellieren: Wir möchten gern das Verfahren wählen, das Anke Spoorendonk vorgeschlagen hat. Die Sachstände werden gegeneinandergestellt, sie werden somit für jeden, der sich für diese Thematik interessiert, erkennbar, sichtbar. Empfehlungen werden in der Enquetekommission selbstverständlich mit Mehrheiten angenommen. Dann kommen wir zu einem sauberen Verfahren, das es ermöglicht, den Abschlußbericht im September zu erstellen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Das ist kein sauberes Verfahren!)

Ich bitte Sie sehr herzlich: Lassen Sie uns diesen gemeinsamen Weg gehen! Lassen Sie uns dieses gemeinsame große Vorhaben, das ich besonders wichtig finde, hier nicht zerstören und zerreden!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im September 1996 - Sie wissen es - hat der Schleswig-Holsteinische Landtag beschlossen, eine **Enquetekommission** einzusetzen, die sich mit den Chancen und Risiken der **Gentechnologie** auseinandersetzen sollte. Wichtigstes Arbeitsergebnis sollten Empfehlungen an den Landtag und die Landesregierung sein, wie mit den schwierigen und kontrovers diskutierten Problemen der Gentechnologie umgegangen werden soll. Hierbei sollten unter anderem ethische, ökologische, ökonomische und rechtliche Aspekte besonders im Blick auf Schleswig-Holstein dargestellt, diskutiert und bewertet werden.

Schon 1996 waren die Fronten im Landtag deutlich erkennbar. Der SSW hat sich von Anfang an gegen ein einfaches Schwarz-Weiß-Denken in bezug auf die Gentechnik ausgesprochen. Wir haben die völlig neuartige Qualität gentechnischer Eingriffe und die Notwendigkeit von Steuerung und Kontrolle betont.

Die zum Teil entgegengesetzten Positionen im Landtag haben von Anfang an auch die Arbeit der Enquetekommission geprägt. Schon bei der Auswahl der einzuladenden Sachverständigen kam es zu Auseinandersetzungen. Zu vielen Themen gab es mehrere Referate mit ganz unterschiedlichen Einschätzungen in bezug auf Risiken und Chancen der Gentechnologie. Es kam dabei selten zu intensiven inhaltlichen Diskussionen; meist wurden nur mehr oder weniger kritische Fragen an die Sachverständigen gestellt. Kontrovers diskutiert wurde erst ab Herbst 1998, als die ersten Berichtsentwürfe von Kommissionsmitgliedern für den Abschlußbericht vorlagen.

Die Berichte zu den einzelnen Themenkomplexen sollten die Abschnitte Sachstand, Bewertung und Empfehlung enthalten. Geplant war, zumindest für den Textabschnitt „Sachstand“ relativ schnell einen Konsens herzustellen und daß sich die Diskussion auf die Bewertung und besonders auf die Empfehlungen an die Landesregierung konzentriert. Dies hat sich allerdings als Illusion erwiesen.

Schon beim Thema „Gentechnik in der Pflanzenzucht“ wurden die anfangs genannten Fronten wieder ganz deutlich. Die Diskussion über diesen ersten Themenkomplex nahm mehr als drei Sitzungen der Kommission in Anspruch, ohne daß ein von beiden Seiten akzeptierbarer Bericht erstellt werden konnte. Die vorgelegten **Bewertungen und Empfehlungen** stehen in unveröhnlichem Gegensatz zueinander. Es werden keine Risiken beziehungsweise große Risiken für Umwelt und Menschen gesehen. Auf der einen Seite wird empfohlen, daß die Landesregierung die Forschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen intensiv fördert und hemmende Auflagen bei Freisetzungen abbaut, während auf der anderen Seite gefordert wird, daß sich die Landesregierung für alternative gentechnikfreie Forschung einsetzt und weitere Freisetzungen in Schleswig-Holstein ablehnt.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich dafür eingesetzt, den **Sachstandsbericht** aufzuweichen. Im Mittelpunkt sollte meiner Meinung nach also nicht die objektive Wiedergabe einer Wirklichkeit stehen - ich habe diese objektive Wirklichkeit nicht gesehen -, sondern es sollte dazu kommen, daß wir in den Berichten einen aktuellen Stand der Forschung darlegen, und zwar, wenn kein Konsens hergestellt werden kann, sozusagen mit eingebauten Diskussionsbeiträgen, wie man sagen könnte. Alle Beiträge sollten namentlich gekennzeichnet sein. Es sollte aus meiner Sicht aber weiterhin möglich sein, Berichte oder Teile von Berichten einvernehmlich zu beschließen. Alle Beiträge - daran halte ich fest - müssen sich daran messen lassen, wie redlich sie mit der Materie umgehen.

Nun kann man natürlich darüber diskutieren, ob diese Art von Berichtsschreibung als Erfolg oder Mißerfolg einer Arbeit einer Enquetekommission zu werten ist. Fest steht, daß dadurch die verfahrene Diskussion insgesamt in der Gentechnik dargestellt wird. Fest steht - da teile ich ganz die Auffassung des Kollegen Weber -, daß es keinen objektiven Sachstand gibt. Wenn man sich Forschungsberichte anguckt, stellt man fest: Es gibt Forschungsübersichten, es gibt Forschungsdiskussionen. Ich finde, das wäre ein Ansatz.

Natürlich darf man dabei die Zielsetzung nicht aus dem Auge verlieren. Aufgabe der Enquetekommission soll weiterhin sein, Grundlagen für die politische Entscheidung zu liefern. Ich denke aber, daß das auch mit dem gewählten Verfahren möglich sein wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Problem, wie ich es sehe, liegt weniger bei einer Berichterstatteerin oder einem Berichterstatter - eigentlich gar nicht. Ich sehe ein Problem sehr wesentlich bei dem **Vorsitzenden** dieser Kommission.

Von Anfang an war dieser den Aufgaben nicht so gewachsen, wie man sich das hätte wünschen können. Das meine ich nicht in fachlicher Hinsicht, sondern in

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

bezug auf die organisatorischen und Führungskompetenzen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich könnte Ihnen diverse Beispiele nennen. Es ging los bei der Gliederung, bei der Einladung der Wissenschaftler und so weiter. Es wurde immer wieder gegen Vereinbarungen verstoßen und so weiter. Berichterstatterinnen und Berichterstatter sind von der Kommission bestimmt worden - ebenso wie das Prozedere. So sollten die Berichte - wir hörten das schon - bis Ende 1998 vorliegen. Das ist weitgehend nicht eingehalten worden, im übrigen auch nicht vom Vorsitzenden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh!)

Versuche, wenigstens im **Sachstand** zu Einigungen zu kommen, waren bisher nicht erfolgreich. Bereits beim Themenbereich „Gentechnik in der Pflanzenzucht“ hielt man sich monatelang auf, und zwar letztlich - anders, als von Frau Happach-Kasan behauptet - ohne eine Einigung. Die **Synopsen** mit zum Teil zahllosen **Änderungswünschen** in unterschiedliche Richtung sind eben nicht abgearbeitet.

Dies führte dann dazu, daß die Kommission vereinbart hat, daß mit zwei weiteren Papieren insoweit anders verfahren werden sollte, als Änderungs- und Ergänzungswünsche nur dann berücksichtigt werden sollten, wenn sie zuvor schriftlich vorgelegt worden waren. Auch diese Vereinbarung wurde aber über den Haufen geworfen.

So sollte das Papier der Berichterstatterin Idel, das als eines der wenigen fristgerecht abgegeben worden war, am 8. Januar behandelt werden. Nach unverschämten Attacken aus der Gruppe der Gentechnikbefürworterinnen und Gentechnikbefürworter, die im übrigen keine schriftlichen Änderungs- und Ergänzungswünsche vorgelegt hatten, sondern eine Besprechung des Papiers grundsätzlich ablehnten, wurde die Behandlung gegen das vereinbarte Prozedere auf den 29. Januar verschoben. An diesem Tag spielte sich das gleiche praktisch noch einmal ab. Ich will hier nicht mit Details langweilen.

Das Problem ist, daß es bisher zu keinem der vorgelegten Papiere eine wirkliche Fachdebatte gegeben hat, die diesen Namen verdient. Schwierigkeiten wurden in Synopsen geparkt und/oder auf der Zeitschiene direkt nach hinten verschoben.

Natürlich bestand die Hoffnung, wenigstens im Sachstand zu einem einheitlichen Text zu kommen, eventuell mit partiellen Minderheitsvoten. Ebenso hat man natürlich erwartet, daß jeder versuchen würde, seine Position zu untermauern. Daß dies aber dazu führen würde, daß die Gentechnikbefürworterinnen und Gentechnikbefürworter so extrem versuchen würden, kritische Befunde unter den Teppich zu kehren, war zumindest von mir nicht erwartet worden. Auf zwei Beispiele hat Frau Fröhlich hingewiesen. Das eine: neueste Befunde zur sogenannten Telomer-Problematik! Das heißt, daß geklonte Tiere nicht nur genetische Merk-

male des Spendertieres erben, sondern auch das Alter. Faßt man das zusammen, kann man sagen: Ein Klon ist unter Umständen ein uraltes Neugeborenes.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

In dem Papier von Frau Idel ist dies natürlich - ebenso wie das andere Beispiel mit den Herpes-Viren, die unter Umständen von Schweinen auf den Menschen übertragen werden können - deutlich angeführt. Und: Bei Herrn Professor Jung fehlt das.

Daß unterschiedliche fachliche Beurteilungen dann aber zu einer öffentlichen Kampagne gegen ein Mitglied der Kommission führen - ohne Rücksicht auf dessen Ansehen und fachliche Reputation; entschuldigen Sie, daß ich das deutlich mache -, stößt gerade bei mir sehr bitter auf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Vergleichbares noch nicht sehr lange hinter mir.

Ich hoffe sehr, daß das unverzüglich beendet wird und man endlich versucht, in der Sache voranzukommen.

(Ursula Kähler [SPD]: Eine Entschuldigung!)

Vereinbarungen müssen konsequent eingehalten werden. Dort, wo es keine Einigung auf einen gemeinsamen Text geben kann, müssen in der Verantwortung der jeweiligen Berichterstatterinnen und Berichterstatter auch unterschiedliche Positionen notgedrungen nebeneinander stehenbleiben können.

Ich hoffe, daß die engagierte Rede des Vorsitzenden heute keine Eintagsfliege bleibt, sondern sich in der weiteren Arbeit der Kommission positiv fortsetzt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Frau Fröhlich, Unsinn zu produzieren und schriftlich niederzulegen, hat mit Demokratie absolut nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke Herrn Weber für die Feststellung, daß auch er das in Frage stehende Papier - der Name ist hier von mir nicht genannt worden - genauso beurteilt, wie ich es beurteile. Das ist in Ordnung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er nicht gemacht!)

- Das hat er sehr wohl gemacht! Die Auffassung von Herrn Weber war hier sehr deutlich ausgedrückt und widerspricht mit Sicherheit diametral dem, was Sie hier gesagt haben - weil das fachlich nicht haltbar ist! Das ist nicht haltbar. Das ist der Punkt dabei.

Aber, Herr Weber: Wenn Sie diese Auffassung haben, kann ich nicht ganz nachvollziehen - das ist doch die Kritik, die geäußert wird -, warum wir darüber abgestimmt haben, ob das Hanneforth- oder das Jung-Papier als Grundlage genommen wird, warum in anderen Fällen abgestimmt worden ist und in diesem Punkt nicht. Ich mache Ihnen die Voraussage: Wenn Sie dieses Papier zur Abstimmung stellen, wird es keine Mehrheit haben. Da bin ich mir ganz sicher. Ansonsten würden Sie es zur Abstimmung stellen. Genau das ist der Punkt.

Ich habe nichts dagegen - überhaupt nichts dagegen -, daß das Papier als Minderheitsvotum in einem solchen Enquetebericht auftaucht. Selbstverständlich! Man sollte die darin befindlichen Meinungen nicht unterdrücken.

Ich habe aber etwas dagegen, daß dies sozusagen einfach neben das Papier von Herrn Professor Jung gestellt wird - ohne ein fachliches Votum der Expertenkommission.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Fröhlich, Sie verstehen offenbar die Arbeit nicht.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verstehe sehr wohl!)

Es ist sehr wohl möglich, Sachstandsberichte auf fachlicher Grundlage zu bekommen. Wir haben dies auch erreicht.

Im übrigen hat es über das erste Papier von Herrn Professor Jung relativ wenig Streit gegeben. Eine ganze Reihe von Änderungsanträgen von mir zu dem Papier von Hanneforth sind einvernehmlich in das Papier aufgenommen worden.

Aber ich muß auch feststellen, daß das kritisierte Papier nicht verbesserungsfähig ist. Das ist das Problem. Ich wäre dazu bereit, wenn es denn ginge; es geht nicht. Ich habe selbstverständlich fristgerecht auch schriftlich niedergelegt und an den Vorsitzenden geschickt, warum das nicht geht. Und ich habe mich, weil das eine un-

tragbare Situation ist, ein Papier zu haben, das nicht behandlungsfähig ist, daraufhin angestrengt und Professor Jung gebeten, doch ein Alternativpapier, das beratungsfähig ist oder auch als Ergänzung dienen kann, zu erarbeiten. Das hat er gemacht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Insofern haben wir zwei Papiere zum selben Thema und müssen abstimmen, welches Papier Grundlage wird.

Meiner Pflicht in dieser Kommission, sachgemäß mitzuarbeiten, bin ich zur Genüge nachgekommen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Was hier im Augenblick abläuft - die Verweigerung einer solchen Abstimmung -, führt zum Scheitern der Kommission, und dann muß sich die SPD - die hat den Antrag gestellt - wirklich fragen lassen, welchen Zweck diese Kommission wirklich hatte. Wollte sie einfach nur rot-grünen Koalitionsstreit in einer solchen Enquete-kommission versenken? Was war denn sonst der Zweck der Kommission? Nur diese Schlußfolgerung läßt sich eigentlich ziehen, wenn man sie in der letzten Zeit taktierend zu diesem Thema erlebt hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich es eben doch schwierig finde, diese außerordentlich schwierige und ganz offensichtlich umstrittene Materie - vielleicht ist sie ja auch aus gutem Grund umstritten - auf solcher Ebene und mit solcher Qualifikation zu behandeln. Ich denke, daß es hier große Bemühungen gegeben hat, so etwas wie gemeinsame **Sachstände** hinzukriegen. Das hat aber nicht funktioniert, weil darin tatsächlich **Wertungen** sowohl auf der einen Seite wie auf der anderen Seite

(Irene Fröhlich)

sind. Das muß man einfach auch zur Kenntnis nehmen, daß das so ist.

Ich kann dem ja nichts hinzufügen. Ich habe das nicht studiert, und es ist auch nicht mein Anspruch, daß ich mit einem wissenschaftlichen Niveau darangehen soll. Ich soll bewerten: Wie kann man diese wissenschaftlichen Aussagen zusammenführen?

Ich stelle fest: Man kann sie nicht zusammenführen. Sie stehen einander diametral gegenüber. Ich kann aber sehr wohl politische Konsequenzen daraus ziehen. Das macht sehr wohl einen Sinn. Deswegen glaube ich, daß dieses Verfahren überhaupt nicht etwas ist, was man verdächtigen muß. Ich kann auch nicht verstehen, daß daran - wie Sie es jetzt gesagt haben, Frau Happach-Kasan - etwa das Scheitern dieser Enquetekommission gebunden wird. Das kann ich überhaupt nicht akzeptieren.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Konrad Nabel [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Das kann nur so interpretiert werden, daß Sie die Unterschiedlichkeit und die einander entgegenstehenden Wertungen der Wissenschaftler selber nicht aushalten können oder nicht aushalten wollen. Ich weiß es nicht. Ich möchte gern, daß wir so verfahren können, weil es Politiker nicht gut zu Gesicht steht, wissenschaftlich zu Entscheidendes politisch zu entscheiden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Daß die Erde keine Scheibe ist, darüber sind wir uns einig, nicht?)

Wir können aber trotzdem politisch mit dieser Sache umgehen, weil ich natürlich dann, wenn Wissenschaftler - das sage ich dann auch ganz deutlich - an solch einer Stelle so diametral entgegengesetzte Auffassungen vertreten - Frau Dr. Winking-Nikolay hat das hier ja auch noch einmal untermauert -, als Politikerin daraus natürlich nur den Schluß ziehen kann, daß man sagen muß: Laßt uns mit dieser ganzen Geschichte sehr vorsichtig umgehen. Das ist für mich kein Problem. Aber ich kann doch nicht die Entscheidung, die allein die Wissenschaftler treffen können, als Politikerin mit einer Mehrheit vorwegnehmen. Das kann doch überhaupt nicht sein.

Vor solchem Hintergrund dann zu sagen, die Kommission sei gescheitert, ist - so finde ich - ein bißchen kurz gegriffen, denn es war klar, als wir uns mit dieser Kommission auf den Weg machten, daß wir uns auf einen außerordentlich schwierigen Weg machen würden. Die Menschen in diesem Land warten darauf, daß wir diesen Weg nicht einfach irgendwie abbrechen, sondern daß wir ihn ganz getreulich zu Ende gehen. Darum bitte ich Sie hier an dieser Stelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will mich nicht in die Diskussion um die Beendigung einer Enquetekommissionsarbeit einmischen, sondern ich möchte lediglich einen Punkt ansprechen, bei dem ich wirklich bitte in diesem Hause darauf zu achten, daß nicht Menschen kaputtgemacht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

Hier wird ein Mitglied dieser **Enquetekommission** von einem Mitglied dieses Parlaments abqualifiziert, und zwar nicht nur einmal, sondern mehrere Male - es wird sogar wiederholt -, ohne einmal darüber nachzudenken, ob man diesem Menschen nicht möglicherweise durch solche - wie ich finde - bedauerlichen Äußerungen seine Zukunft verbauen kann.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

Ich finde, gerade ein Parlamentsmitglied hat mit solchen Dingen sensibel umzugehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Jeder in einer Enquetekommission - ich habe als Mitglied an etlichen solcher Enquetekommissionen teilgenommen - hat das Recht, ein **Minderheitsvotum** abzugeben,

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU], Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

und die anderen Mitglieder haben das Recht, eine Alternative zu dem Minderheitsvotum zu erarbeiten,

(Ursula Kähler)

und das Grundlagenpapier für die Diskussion eines bestimmten Teilbereichs wird im Vorwege festgelegt.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Wenn die Mehrheit der Kommissionsmitglieder nicht einverstanden ist, kann sie etwas anderes beschließen. Trotzdem hat dieses Mitglied, dem Sie die Qualifikation absprechen, das Recht, ein Minderheitsvotum abzugeben. Aber seien Sie vorsichtig mit Ihren Äußerungen, wenn es darum geht, einen Menschen in seiner beruflichen Qualifikation kaputtzumachen. Das gehört sich nicht.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Storjohann.

Gero Storjohann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte den Vorsitzenden der Enquetekommission ein bißchen in Schutz nehmen. Es ist hier von der Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay einiges in den Raum gestellt worden. Das möchte ich hiermit bestreiten. Er versucht wirklich, alle Interessen zusammenzubinden, so daß wir auch zu einem Erfolg kommen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD sowie Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

So versuche ich natürlich immer, ihm zu folgen.

Aber jetzt habe ich ein Problem. Es gibt ja einen Antrag, unterschrieben von Jürgen Weber und Irene Fröhlich, und es gibt eine Mitteilung von gestern von dem Vorsitzenden der Enquetekommission, in der es unter Punkt 1 heißt:

„Die Kommission hat einstimmig beschlossen, dem Landtag im September einen Abschlußbericht vorzulegen. Hierzu bedarf es keiner Aufforderung durch das Parlament.“

Jetzt kommt hier ein Antrag, unterschrieben von Herrn Weber und von Frau Fröhlich, in dem das noch einmal schlichtweg bekräftigt wird. Das ist ein Widerspruch, der nicht hätte sein müssen.

Es geht bei dem Antrag der F.D.P. um den Nachsatz, um mehrheitlich verabschiedete Sachstandsberichte; es geht nicht darum, daß der Bericht im September verabschiedet werden muß. Darüber sollten wir hier im Landtag auch ein Votum herbeiführen, und über nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Hinz.

Dr. Jürgen Hinz [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation in dieser Enquetekommission ist kompliziert; kompliziert ist sie deshalb, weil verschiedene Ebenen - auch politisch-situativ verschiedene Ebenen - zur Darstellung kommen. Es kann in dieser Situation nur ein Ziel sein, wenn schon auf der einen Seite moralisch-ethisch und auf der anderen Seite zumindest naturwissenschaftlich diskutiert wird, daß man einen Ausweg zwischen den **konträren Positionen** findet, die die Abgeordnete Dr. Happach-Kasan und das frühere Mitglied, die Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay, formuliert haben, nämlich mindestens die Toleranz gegenüber der Meinung des jeweiligen - ich nenne es jetzt einmal so - „Lagers“ zu formulieren und zu sagen: Das lassen wir so im Raum stehen.

Beide, die sich hier geäußert haben, sollten sich doch über eines im klaren sein: Keiner hat in diesem Komplex die Wahrheit - weder eine naturwissenschaftliche noch eine politisch mit der Mehrheit formulierte ethische Wahrheit. Das ist doch die entscheidende Situation.

Ich bitte nur herzlich darum - wenn wir überhaupt erfolgreich sein wollen -, den Auftrag des Parlamentes zu erfüllen, dies so nebeneinanderzustellen.

Die letzte Enquetekommission dieses Hohen Hauses, der ich die Ehre hatte anzugehören, hat es immerhin geschafft. Der Kollege Haller als der damalige Vorsitzende - er ist jetzt leider nicht im Raum - wird mir aber bestätigen, daß wir in einer einfacheren Situation waren.

(Zurufe: Doch! Hier!)

- Ach doch, da hinten hat er sich versteckt!

Er wird mir bestätigen, daß wir in einer einfacheren Situation waren, als es um die **Bewertung** - auch die politische Bewertung - von naturwissenschaftlichen und ökonomischen Zusammenhängen ging. Und auf diesem Gebiet haben wir derzeit beileibe nicht so festen Grund unter den Füßen, um beurteilen zu können, wie die Situation ist.

(Dr. Jürgen Hinz)

Die Enquetekommission kann doch nur eines leisten: Sie kann eine Augenblickssituation der verschiedenen Standpunkte aus schleswig-holsteinischer Sicht zusammetragen und diesem Hohen Haus abliefern. Und ich bitte wirklich herzlich - Frau Dr. Happach-Kasan, auch an Sie gerichtet - um etwas mehr Toleranz anderen Meinungen gegenüber.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht können wir aus der Debatte die emotionale Schärfe etwas herausnehmen. Ich stimme der Abgeordneten Kähler ausdrücklich zu, daß man sehr sorgsam und sorgfältig mit der Frage sein muß, wie **Mitglieder**, die der Schleswig-Holsteinische Landtag in **Kommissionen** beruft, öffentlich behandelt werden. Das gilt übrigens - Frau Kollegin Kähler - dann aber auch in jede Richtung und immer und jederzeit. Es ist nicht akzeptabel, daß das von Ihnen oder von den Grünen immer in Anspruch genommen wird, und umgekehrt sind dann diejenigen, die andere Auffassungen vertreten - auch wissenschaftlich begründet andere Auffassungen vertreten -, die Kernenergiefetischisten, die von der Industrie bezahlten Lobbyisten und andere Dinge mehr. Auch das haben wir hier im Haus schon erlebt. Wenn, dann sollte das für alle in gleicher Weise gelten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Als zweites möchte ich sagen, Frau Kollegin Kähler: Über das Problem, wenn es denn so wäre, wie Sie es beschreiben, hätten wir überhaupt kein Bedürfnis zu debattieren. Wenn wir einen **Sachstandsbericht** hätten, auf den sich die Mehrheit der Kommission geeinigt hat, und ein **Minderheitsvotum**, wäre das in Ordnung. Genau so zu verfahren - so habe ich das bisher verstanden, Herr Kollege Weber -, weigert sich bisher aber die Mehrheit aus Rot-Grün.

Da sollen unterschiedliche Äußerungen sozusagen ohne jede Form der Bewertung einfach nebeneinandergestellt werden, als sei die Enquetekommission eine Meinungssammelstelle und müsse dann die Vielfalt der unterschiedlichen Meinungen dokumentieren, ohne eine eigene Bewertung dazu abzugeben. Das kann es natürlich nicht sein. Dafür haben wir keine Enquetekommission mit dem hohen Aufwand einberufen. Das wäre übrigens auch in der Parlamentsgeschichte nicht nur des Landes, sondern auch insgesamt erstmalig der Fall, daß es eine Kommission gibt, die nichts anderes macht, als eine Literatur- und Meinungssammelstelle zu sein. Das letzte, was ich dazu sagen will, ist: Herr Kollege Dr. Hinz, es läßt sich schwer debattieren. Man kann

sich natürlich auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse zurückziehen oder auf Glaubenssätze im ethisch-moralischen Bereich. Da können wir uns aber Kommissionen dieser Art sparen, denn Sie können über moralische und ethische Glaubenssätze schwer diskutieren. Sie können sie einnehmen oder auch nicht einnehmen. Man kann auch über wissenschaftliche Erkenntnisse schwer diskutieren. Man kann sie einnehmen und auch nicht einnehmen.

Ich kenne auch heute noch Leute im esoterischen Bereich, die der Auffassung sind, daß die Erde der Mittelpunkt des Universums sei. Und trotzdem wissen wir aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen heraus, daß diese Auffassung - jedenfalls naturwissenschaftlich gesehen - falsch ist.

Jetzt muß man sich natürlich fragen, ob man sich als Parlament die Blöße geben darf, diese beiden Auffassungen kommentarlos nebeneinandzustellen und zu sagen, dieses Spektrum gibt es. Das wird dazu führen, daß sich dieses Parlament der Lächerlichkeit preisgibt, was wir nicht tun können, wollen und auch nicht tun sollten.

Deshalb sollten wir uns darauf verständigen, daß die Kommission, die ja zunächst einmal die Entwicklungslinien der Gentechnologie in einem Sachstandsbericht zusammenfassen soll, dies auf der naturwissenschaftlichen Grundlage tut. Und anschließend in der politischen Bewertung sollte jedem der Raum gegeben werden, seine ethischen Implikationen einzubringen. Das wäre der saubere Weg. Und nichts anderes ist der Wunsch von Frau Dr. Happach-Kasan und wohl - wenn ich das richtig verstanden habe - jetzt der Wunsch des Vorsitzenden. Dann werden wir ja sehen und abwarten, was im September dabei herauskommt.

Der Ansatz der F.D.P.-Fraktion war nicht der, die Kommission zum Scheitern zu bringen, sondern der, der Kommission zum Erfolg zu verhelfen. Und dazu sollten wir alle beitragen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Gero Storjohann [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst hat Herr Abgeordneter Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, um zwei oder drei Sachen ganz kurz klarzustellen. Ich möchte auf die Debatte gar nicht eingehen.

Kollege Kubicki, um das noch einmal zu erklären: Diese **Kommission** wird nicht nur ein Sammelsurium von Papieren vorlegen, sondern sie wird **Empfehlungen** abgeben. Und die Empfehlungen werden abgestimmt. Natürlich wird über sie mit einem Mehrheits- und Minderheitsvotum dort abgestimmt, wo es erforderlich ist, und vielleicht mit einem einheitlichen Votum, wo es nicht erforderlich ist. Das ist unstrittig.

Die Frage, über die wir sozusagen gestritten haben, wo wir jetzt einen Modus Vivendi gefunden haben und wo es zwischen uns unterschiedliche Auffassungen gibt, ist, ob man auch über die **Sachstände**, über die Darstellung der wissenschaftlichen Grundlagen, wo es ganz offensichtlich unterschiedliche Wahrnehmungen und Auffassungen gibt - die man auch nicht wegdiskutieren kann -, abstimmen und sagen soll, wer bei den Sachständen recht hat. Auch da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Aber um zu einem Ergebnis zu kommen, hat die Kommission in dieser Situation gesagt: Wir wollen die unterschiedlichen Sachstände nebeneinander stehen lassen.

Und jetzt lese ich aus dem vor, was ich in meiner Erklärung geschrieben habe:

„Deshalb hat sich die Kommission mehrheitlich entschlossen, gegebenenfalls alternative Papiere in den Abschlußbericht aufzunehmen. Jedes Kommissionsmitglied kann sich - wenn gewollt - auf diese Papiere als die von ihm akzeptierte Plattform stellen. Jedes Kommissionsmitglied hat damit die Möglichkeit, deutlich zu machen, welcher der Sachstände für ihn akzeptabel ist.“

Das ist dann keine Abstimmung, aber es ist eine deutliche und klare Äußerung darüber, wer seinen Namen für welches Papier hergeben wird. Das mag man ja als die nicht optimale Lösung kritisieren, aber es ist eine verträgliche Lösung. Und wenn diese verträgliche Lösung zu einem Ergebnis kommt, dann gehe ich sie auch gern mit - vor allem, wenn die Alternative lautet: Die Kommission fliegt auseinander!

Kollege Storjohann, ich gebe zu, es ist ein Widerspruch. - Ach, da hinten sitzen Sie jetzt! - Den Widerspruch haben Sie sauber aufgedeckt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So sind wir!)

Der Punkt, um den es geht - das, was ich jetzt noch einmal erklärt habe, was wir nicht wollen - ist, in der Kommission genötigt zu sein, den Vorgang vorzunehmen, über Sachstände abstimmen zu müssen. Das ist ja das, was der F.D.P.-Antrag möchte. Deshalb haben wir diesen Absatz herausgenommen. Wir haben aber nichts dagegen, uns noch einmal auffordern zu lassen, im

September etwas vorzulegen - was wir sowieso tun. Insofern gönne ich Ihnen sozusagen die Aufdeckung dieses kleinen Widerspruches. Aber in der Sache - glaube ich - ist er ziemlich unschädlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem bis jetzt letzten Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Hentschel.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann ist es nicht der letzte!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist interessant, daß wir uns heute schon zum zweiten Mal an einem Punkt befinden, den ich ausgesprochen wichtig finde. Es handelt sich hier um eine **Enquetekommission**, in der Wissenschaftler wissenschaftliche Positionen darstellen. Wir wissen, daß es in der Wissenschaft durchaus nicht so ist, daß es nur objektive Erkenntnisse gibt, sondern es gibt auch durchaus kontroverse Einschätzungen, die historisch bedingt sind und sich auch entwickeln.

Nehmen wir einmal an, zu Zeiten Galileis hätte eine Abstimmung über die Frage der Erde stattgefunden.

(Zurufe von der CDU)

Jeder im Saal weiß, wie sie ausgegangen wäre - auch unter Wissenschaftlern. Nehmen wir an, zur Zeit Darwins hätte eine Abstimmung über die Frage der Evolutionstheorie stattgefunden,

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

alle anderen Wissenschaftler in der Kommission hätten der Position von Lamarck zugestimmt.

Und ich habe mich sehr intensiv mit Wissenschaftsgeschichte beschäftigt. Fast jede neue wissenschaftliche Erkenntnis stand im krassen Widerspruch zu dem, was gängige Wissenschaftsmeinung zu jener Zeit war.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Das gilt übrigens auch für Einsteins Relativitätstheorie, die bei ihrer Veröffentlichung von allen Physi-

(Karl-Martin Hentschel)

kern für falsch erklärt worden ist. Das gilt auch für Heisenbergs Unschärfetheorie, die, als er sie herausgebracht hatte, sogar von Einstein für falsch erklärt wurde. Zu ihr hat Einstein gesagt, sie sei absurd. Und er hatte auch das gängige Spektrum von Wissenschaftlern an seiner Seite.

Wir sollten also sehr vorsichtig damit sein, über **wissenschaftliche Meinungen** und Ergebnisse zu einem Zeitpunkt abzustimmen, zu dem sie sich noch in der Entwicklung befinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben heute eine neues Problem. Es besteht darin, daß die Verwertung von Wissenschaft so schnell ist, daß häufig die Verwertung schon zu einem Zeitpunkt stattfindet, wo die Wissenschaft noch gar nicht abgeschlossen ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber mit der Kernenergie sind sie fertig!)

Das ist typisch für die Gentechnologie, das ist aber auch ein Punkt, der in der Kerntechnologie eine wichtige Rolle gespielt hat. Wir befinden uns auf einem problematischen Weg, gerade bei der Kerntechnologie, wo wir bestimmte Fragen - zum Beispiel die Entsorgung - noch nicht gelöst haben, aber trotzdem bereits in die Verwertung einsteigen.

Ich halte das für ein Problem, mit dem wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen. Mit einer Wissenschaft in die Verwertung einzusteigen, ohne daß die Grundlagen klar sind, ohne daß klar ist, worauf es hinausläuft, ohne daß alle Konsequenzen bedacht worden sind, mit einer Wissenschaft, mit deren Hilfe Ergebnisse produziert werden, die irreversibel sind - wie es bei der Gentechnologie und der Kerntechnologie der Fall ist -, ist ein großes Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Problem stellt die Gesellschaft und die Politik vor eine große Verantwortung. Deswegen halte ich es für durchaus legitim, die unterschiedlichen Sachstände der Wissenschaft - aber auch Minderheitsmeinungen - nebeneinanderzustellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie kneifen wieder einmal, das ist das Problem!

Andererseits sind wir allerdings als **Politiker** gefordert, uns zu überlegen, welche **Konsequenzen** wir aus den unterschiedlichen Sachständen, die in der Wissenschaft vertreten werden, ziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es unsere verdammte Aufgabe, Empfehlungen zu verabschieden. Es wird auch darauf gewartet, daß aus dieser Situation Konsequenzen gezogen werden. Daraus aber den Schluß zu ziehen, es müsse über den Stand der Wissenschaft abgestimmt werden, wie Sie es vertreten haben - Frau Happach-Kasan, überlegen Sie sich das noch einmal als Naturwissenschaftlerin -, halte ich für absurd und naturwissenschaftlich

nicht für korrekt. Man stimmt im Seminar nicht über die Mehrheitsmeinung ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur zwei ganz kurze Bemerkungen machen. Natürlich habe ich als zuständiger Fachminister ein großes inhaltliches Interesse an der Arbeit der Kommission. Aufgrund meines Demokratieverständnisses verbietet es sich aber, daß die Landesregierung die inhaltliche und formale Arbeit dieser **Kommission** kommentiert und bewertet.

Es ist allein Aufgabe der **Landtagsfraktionen** dieses Parlamentes und nicht Aufgabe der **Landesregierung**, zu diesem Zeitpunkt kommentierend einzugreifen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Alternative Abstimmung ist jedenfalls nicht ausdrücklich gewünscht worden. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2212, abstimmen. Ist das in Ordnung? - Gut. Dann lasse ich über den eben genannten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und F.D.P. angenommen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Dann muß ich noch einmal über den Ursprungsantrag in der soeben geänderten Fassung abstimmen lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

- Das ist so, Herr Abgeordneter Füllner! Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

(Unruhe)

Ich höre gerade, daß sich die Fraktionen geeinigt haben

(Unruhe)

- einen Moment, ich habe die Sitzung noch nicht geschlossen -, keinen Tagesordnungspunkt mehr mit Aussprache aufzurufen. Ich schlage aber vor, daß wir noch die Punkte ohne Aussprache behandeln, die wir bereits heute aufrufen können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Norddeutsches Hafenkonzzept

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1189

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 14/2163

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Eichelberg, das Wort. - Er ist nicht hier. Dann erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Emissionsabhängige Hafengebühren

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2116

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 14/2164

Ich erteile das Wort ebenfalls dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Ich verweise erneut auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke wieder dem Herrn Berichterstatter und lasse über den Antrag in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen.

Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG

hier: Anmeldung zum 27. Rahmenplan „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2165

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung federführend dem Agrarausschuß und mitberatend dem Finanzausschuß zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir beginnen morgen mit dem Tagesordnungspunkt 8 - Nationalparkgesetz -.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17:46 Uhr